

autonomes
Blättchen



#12

„Habt ihr das gehört?
Das ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht.
Es ist die unsere, die wiederkehrt.
Der Tag, der Tag war, wurde Nacht,
und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird“.
EZLN 21.12.2012



Editorial

Na, erschreckt? Wiedererkannt?

Das Autonome Blättchen hat seine Schrift geändert. Wir bedauern das, weil unser schlichtes und unmodernes Schreibmaschinenlayout einen hohen Wiedererkennungswert hatte. Wir mochten es.

Aber die alte Schrift war so platzraubend, dass die Ausgaben immer dicker wurden und das Blättchen mit 72 Seiten an der Grenze des Machbaren angelangt war. Vor allem die Druck- und Verschickungskosten raubten uns den Schlaf. Wir haben in Erinnerung an die ersten 11 Ausgaben die Überschriftenschrift beibehalten. Ansonsten schließen wir nicht aus, dass sich in den kommenden Ausgaben immer wieder mal was ändert.

Durch den geringeren Umfang können wir auch eine dringend geforderte Auflagenerhöhung umsetzen. Das Blättchen erhöht, wegen der großen Nachfrage, seine Auflage um 50%! Prost!

Damit sich das auch inhaltlich lohnt, rufen wir alle Leser_innen auf, uns interessante Texte zu schicken, die noch nicht ausgiebig im Netz veröffentlicht worden sind. Hannover hin oder her – wir wünschen uns eine Zeitung, die mindestens BRD-weit Diskussionen und Denken anregen kann. Dass wir dafür weiterhin Geld brauchen und dringend auf Spenden angewiesen sind, versteht sich wohl von selbst. Danke übrigens für die Spenden der letzten Monate! Immer wieder gerne sagen wir: Ohne euer Geld würde es dieses Projekt ruckzuck nicht mehr geben.

Diese Ausgabe hat einen interessanten internationalen Schwerpunkt. In D scheint nicht allzu viel gelaufen zu sein. Oder? Was ist zum Beispiel mit den Auseinandersetzungen um Zwangsräumungen in Berlin? Gibt es da nichts, was von überregionalem Interesse wäre? Die Auflösungstendenzen der radikalen Linken in vielen Städten – kein Thema?

Denkt mal nach, schreibt was, sucht was raus...

Doch auch Internationales könnt ihr uns selbstverständlich gerne schicken. Insbesondere hätten wir gerne Texte zu Griechenland, Ägypten, Tunesien und Mali. Und zu dem was euch unter den Nägeln brennt. Wir versuchen dann auch für die nächste Ausgabe wieder etwas Spannendes zusammenzustellen.

Den Text „Eine zweigleisige Strategie“ haben wir hineingenommen, auch wenn wir denken, dass er nicht immer leicht verständlich ist. Wir mussten ihn mehrfach lesen, um zu wissen, worauf die Autor_innen hinaus wollen. Es lohnt sich aber dennoch. Außerdem ist der Text Teil einer „Briefkommunikation“, die auf dem antimilitaristischen Camp 2012 als Idee entstanden war. Fragen, Meinungen und Antworten sind also ausdrücklich erwünscht. Es geht dabei eben nicht um irrsinnig ausformulierte Analysen, sondern um einen Austausch und eine Weiterentwicklung inhaltlicher Debatten. Beteiligt euch.

Bis zum nächsten mal, eure Blättchenmacher_innen

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 12

Februar/März 2013

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarismus.blogspot.de

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für 13. Ausgabe:

01.05.2013

Im Internet zu Gast bei:

antimilitarismus.blogspot.de

ViSdP:

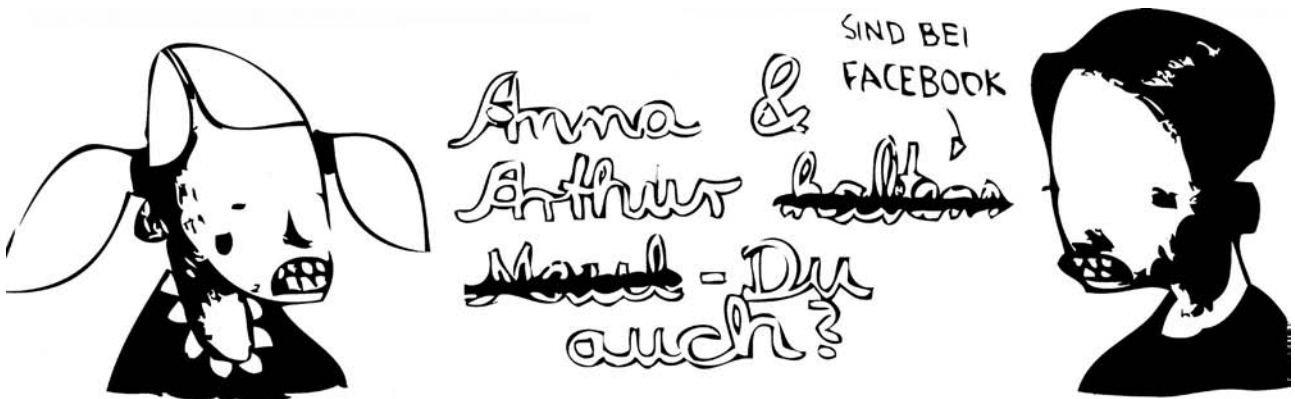
Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Inhalt:

- 04: Interview black bloc egypt und eine Welle von Brandsätzen und Straßenkämpfen
- 06: 40.000 Zapatistas besetzen schweigend 5 Städte in Chiapas
- 07: Kommuniqué EZLN
- 10: Wo ist der Krieg?
- 14: Prozess gegen Antimilitaristen
- 15: Die „13er Pflicht“ - Wie Militär gegen Demos vorgeht.
- 18: Krieg beginnt hier - in der Löberfeldkaserne
- 19: Aktionstag am GÜZ - Der Sprung ins kalte Wasser
- 22: Krieg beginnt hier - Aktionsticker Juli 2012 - Februar 2013
- 26: Eine zweigleisige Strategie und ein offener Brief
- 33: m.i.l.i.T.a.n.z - connecting people
- 37: Buchempfehlung: Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF
- 38: Wir haben mit einem Zug angefangen...
- 39: Prozesse zum Mord an Oury Jalloh
- 41: Nichts ist vergessen und Niemand! - Freiheit für Sonja Suder und Christian Gauger!
- 43: Solikomitee zum Antrag auf Aufhebung der Haft für Sonja
- 44: Die Wiedergeburt des radikalen Nationalismus in Polen
- 47: Plötzlich plappern Anna und Arthur



black bloc egypt und eine Welle von Brandsätzen und Straßenkämpfen

Ein schwarzer Block in der Nähe des Tahrir-Platzes, der für Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften vorbereitet ist, nahm in Kairo am 24. Januar an den illegalisierten Demos zum zweijährigen Jahrestag der 'ägyptischen Revolution' teil.

Anarchist_innen waren in Ägypten bereits vor, während und nach der Revolution anwesend, aber bis heute galt es noch, sich als eine massenhafte Gruppierung unter dem Banner des Anarchismus zu organisieren. Die Ultras der ägyptischen Fußballvereine sind seit Jahren mit anarchistischen Ideen und Aktionen eng verbunden und es wird ihnen zugeschrieben, dass sie das Level der Militanz initiiert haben, das die Regierung Mubarak im Februar 2011 zu Fall brachte.

Letzte Nacht ließ der Anarchismus die besprühten Wände, die kleinen Konversationen und die Onlineforen hinter sich und erweckte sich in Kairo selbst zum Leben - mit vielfachen Angriffen mit Brandsätzen gegen die Büros der Muslimbrüderschaft. Die Regierung sperrte daraufhin die Facebookseiten von "Black Bloc Cairo" und "Egyptian Black Bloc", die aber bald wieder online gingen.

Kurz darauf machte der Black Bloc seine erste Massenaktion auf dem Tahrir Platz und griff den Shura-Rat (das ägyptische Parlament) mit Brandsätzen an, riss einen Teil der Barrieren ein und begannen Straßenkämpfe mit den Sicherheitskräften.

Diese Aktion war Teil der Vorbereitung auf den zweiten Jahrestag der Revolution und auf das, was einige "eine neue Ebene" des Protests in Ägypten nennen. Anarchismus und Black-Bloc-Aktionsformen sind in den vergangenen Monaten in ganz Ägypten erstarkt.

Verschiedenste anarchistische Gruppierung / Kreise wuchsen während der revolutionären Zeit zusammen. Ein massives Misstrauen unter der Jugend aller politischen Parteien, eine scharfe Kritik an der Rolle der Religion in der Regierung und die Inspiration von anarchistischem Widerstand auf der ganzen Welt (vor allem symbolisiert durch die Revolte 2008 in Griechenland) haben geholfen, diese Tendenz zu katalysieren.

Statement Black Bloc Cairo zur Entfernung ihrer Homepage, ihre Angriffe gegen die Regierungsstellen: "Gestern, nachdem wir unser Event beendet hatten, trafen wir einige revolutionäre Bewegungen und wir entschieden uns, für unsere kommenden Angriffe zu vereinigen, da wir bisher nur unsere ersten beiden Angriffe, wie wir bereits gestern schon gesagt hatten, ausgeführt haben:

1 – Die Brandstiftung auf die Ikhwanonline-Büros (Muslimbrüderschaft).

2 – Die Brandstiftung auf die Ikhwan-Büros in der Al-Manial Str. in Kairo.

Und wir verkünden, dass unsere Revolution seit heute auf dem Tahrir-Platz stattfinden wird bis Ägypten und sein Volk ihre Rechte zurückbekommen! Leben, Freiheit und soziale Gerechtigkeit!

Black Bloc Cairo, The Hooligans

Wartet auf unsere nächsten Angriffe, da wir auf die Schließung unserer offiziellen Seite antworten werden..."

Quelle: voiceshakes.wordpress.com

Übersetzung: de.contrainfo.espiv.net

Interview

Nachdem wir den oberen Text gelesen hatten, haben wir mal versucht nachzufragen. Wir freuen uns sehr, dass es geklappt hat. Wir haben das Interview recht frei übersetzt, da weder unsere noch black blocs Fremdsprachen Kenntnisse eine wörtliche Übersetzung vorteilhaft erschienen ließen. Viel Spass beim Lesen! AB

autonomes Blättchen: Hallo, stellt euch doch bitte kurz vor.

black bloc: Wir sind die Gruppe black bloc. Wir greifen Institutionen des Staates, des politischen Systems und Wirtschaftsunternehmen an. Wenn die Wirtschaft und der Handel gut laufen, nützt dies den Herrschenden. Außerdem sind viele Unternehmen in der Hand der Regierenden oder nützen ihnen finanziell.

AB: In Deutschland ist black bloc eine Taktik auf Demonstrationen oder bei Krawallen, aber

keine Gruppe. Verschiedene Gruppen nutzen sie um gemeinsam ihre Ziele zu erreichen. Wie ist das in Ägypten?

black bloc: Ägypten versucht, wie jeder Staat, das herrschende System mit kleinen Korrekturen oder Reformen innerhalb der Logik dieses Systems zu retten. Wir versuchen das neue System der Muslimbrüder zu zerstören, weil es uns die Revolution, die das Mubarakregime hinwegfegte, gestohlen hat. Die Idee der schwarzen Masse ist eine Antwort auf die Muslimbrüderschaft und Miliz-Gruppen, die sich selbst als islamisch bezeichnen. Nur der Name der Herrschenden hat sich geändert, nicht das System.

AB: Wie ist seid ihr organisiert?

black bloc: Die Gruppen sind vernetzt und trotzdem eigenständig, solange ihre Mitglieder sich nicht verabreden. Aber Treffen gibt es nur zwischen Kontakt-

personen, damit wenn jemand verhaftet wird, der Rest der Gruppe und die Struktur verdeckt bleiben. Wenn zum Beispiel eine bestimmte Firma oder Kette angegriffen werden soll, dann arbeiten die unterschiedlichen Gruppen nicht direkt zusammen bis es zum Zeitpunkt der Demonstration wo die Aktivitäten und klandestinen Operationen stattfinden sollen. Wenn die Kontaktpersonen der Gruppen sich z.B.

geeinigt haben eine Restaurant- oder Bekleidungskette anzugreifen, wird koordiniert welche Gruppe welche Filiale übernimmt. In einer chaotischen Situation ist kein Platz für Chaos. Das Chaos ist organisiert.

AB: Und intern?

black bloc: Wir versuchen, dass alle Mitglieder der Gruppe partizipieren und versuchen die sozialen Beziehungen zwischen den Einzelnen zu stärken.

AB: Welche Rolle spielen Frauen in euren Kämpfen?

black bloc: Die Rolle der Frauen in der ägyptischen Gesellschaft hat sich durch ihre Teilnahme an der Revolution vom 25. Januar 2011 grundlegend geändert. Auch für uns. Jede_r setzt die eigenen Fähigkeiten ein. Manche können Aktionen materiell unterstützen. Andere sind fähig erste Hilfe zu leisten. Einige beteiligen sich an Auseinandersetzungen auf der Straße. Jede_r nach seinen_ihren Fähigkeiten.

AB: Wie ist eure Beziehung zur Religion?

black bloc: Für uns ist Religion die Sache jedes_jeder Einzelnen. Wir glauben, dass es ok ist, wenn das Leben und der Alltag des Individuums von Religion geprägt ist, solange sich jede_r selbst dafür entscheiden kann.

AB: Welche politischen Ziele und Utopien habt ihr?

black bloc: Wir haben keine politischen sondern nur revolutionäre Ziele. So unterscheidet sich der black bloc obwohl er Teil der Revolution ist von dem Rest der ägyptischen Revolution.

AB: Was sind eure revolutionären Ziele?

black bloc: Unsere revolutionären Ziele sind, die Muslimbruderschaft zu stürzen. Die Bruderschaft ist nicht ehrlich und hat die Revolutionär_innen in mehreren Momenten dieser schwierigen Revolution verkauft.



AB: Wie bewertet ihr die aktuelle Situation und die Kämpfe – zwei Jahre nach dem Sturz Mubaraks?

black bloc: Aus unserer Sicht ist die Revolution noch immer im Gange. Die Attacken auf das System der Muslimbrü-

der werden jeden Tag stärker. Die Stimmung auf den Straßen richtet sich mittlerweile gegen die Muslimbrüder. Wir lehnen das System der Muslimbrüder genauso ab wie wir Mubaraks Regime abgelehnt haben. Wir werden keinen Schritt hinter die Errungenschaften des 25. Januar 2011 zurück gehen. Wir haben mit allen Einschränkungen der Freiheit gebrochen und widersetzen uns gegen alle Versuche der Repression auf der Straße.

AB: Welche Mittel und Methoden setzt ihr ein um eure Ziele zu erreichen?

black bloc: Unsere Mittel um unsere Ziele zu erreichen sind alle Wege und Taktiken die dazu führen, dass das ökonomische System der Muslimbrüder beschädigt wird. Wir suchen Institutionen und Besitz der Muslimbrüder als Ziele. Später werden wir auch all jene angreifen, die sie aus dem Ausland unterstützen, z.B. die Vereinigten Staaten und Qatar.

AB: Seid ihr mit anderen Gruppen vernetzt?

black bloc: „Contact only only bmjmuatna“. [Bezieht sich auf irgendetwas mit Sonnensystem und Planeten. Wir können es nicht übersetzen. Vielleicht sowas wie: Frag doch die Sterne.] Bisher weiß niemand wer wir sind und das ist auch gut so.

AB: Der Innenminister hat black bloc als Terrororganisation bezeichnet. Islamistische Milizen haben dazu aufgerufen black block-Aktivist_innen zu töten. Wie bedrohlich ist eure Situation?

black bloc: Der Innenminister unterscheidet sich nicht von dem System der Muslimbrüder. Er ist einer von ihnen. Es ist uns egal ob sie uns ablehnen oder sogar bewundern. Es ist wichtig, dass wir auf unserem Weg weiter machen. Heute hat die Muslimbruderschaft einen neuen Zaun um ihr Hauptquartier gebaut. Dies ist eigentlich eine Erweiterung der Schutzmauer um den Präsidentenpalast. Nur weil in den Medien durchgesickert ist, dass wir den Präsidentenpalast und das Hauptquartier stürmen wollen. Sie haben Angst vor uns.

AB: Wir haben von Massenfestnahmen von angeblichen black bloc-Aktivist_innen gelesen. Stimmt das?



black bloc: Bisher gab es keine Festnahmen von Aktivist_innen unserer Gruppe. Sie versuchen uns dadurch zu verunsichern, dass sie an verschiedenen Orten um den Tahrir-Platz Straßensperren errichten und Personen festnehmen, die schwarz angezogen sind oder bei denen Marihuana gefunden wird.

AB: Wie ist eure Einschätzung für die Entwicklung der nächsten Monate?

black bloc: Ich kann nicht die nahe Zukunft für das Leben und die Politik in Ägypten vorhersagen. Aber es ist offensichtlich, dass das System



nicht mehr stark ist. Wie schnell es fällt, hängt von der Stärke der Gegengewalt ab. Aber wir machen in jedem Fall weiter.

AB: Was können wir hier tun um euch zu unterstützen?

black bloc: Wir sind uns einig, wenn ihr vor der ägyptischen Botschaft die Revolution und den black bloc unterstützt.

AB: Vielen Dank für das Interview. Wir wünschen euch viel Glück, Mut und Kraft.

Über 40.000 Zapatistas besetzen schweigend 5 Städte in Chiapas

Über 40.000 Zapatistas marschierten heute Morgen in völligem Schweigen in fünf Städten in Chiapas auf. Dies ist die größte Mobilisierung der Organisation seit dem bewaffneten Aufstand der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) am 1. Januar 1994. Von den fünf zapatistischen Caracoles in der Selva Lacandona, Los Altos und der Zona Norte aufbrechend, besetzten die Maya Völker in Rebellion (Tzeltales, Tzotziles, Choles, Tojolabales, Mam und Zoques) von Chiapas die zentralen Marktplätze von Ocosingo, San Cristóbal de las Casas, Palenque, Altamirano und Las Margaritas. Überall, in völliger Stille. Gegen 6:30 Uhr morgens konzentrierten sich mehr als 6000 zapatistische Indigenas, die meisten von ihnen Jugendliche, vor der Universidad de la Selva. Von dort marschierten sie zum Zentralpark von Ocosingo, wo sie drei Stunden lang vor dem Rathaus verweilten, das vor 19 Jahren von den bewaffneten Kämpfer_innen und Milizionär_innen der EZLN eingenommen wurde, als sie der mexikanischen Regierung den Krieg erklärten.

Dieses Mal verlief die Aktion zivil und friedlich. Die einzigen, die sprachen, waren die hochgehaltenen linken Fäuste aller Zapatistas. Gegen 10:00 Uhr verließen die letzten Demonstrant_innen den Marktplatz und kehrten in den Urwald oder ihr Dörfer zurück. Auf den Marktplätzen der besetzten Städte errichteten die Zapatistas Gedenkpodien, die alle Teilnehmer_innen der Mobilisierung mit erhobenen Fäusten passierten, in einem Aufzug beeindruckenden Schweigens. In San Cristóbal de las Casas demonstrierten etwa 20.000 zapatistische Männer und Frauen. Berichten zufolge versammelten sich in Las Margaritas mindestens 7.000 Indigenas und in Palenque 8.000. Die Anzahl aus Altamirano ist nicht bekannt. Laut Aussage eines Fahrers aus der Zone von Ocosingo, hätten vom Caracol von La Garrucha aus doppelt so viele Indigenas aufbrechen können, als letztendlich in die Hauptstadt von Ocosingo ankamen. Da es

nicht ausreichend Fahrzeuge gab, konnten nur 6.000 Personen transportiert werden. In den letzten Wochen hatte die Webseite Enlace Zapatista hin und wieder „das Wort“ des Geheimen Indigenen Revolutionären Komitees, Generalkommandantur der EZLN angekündigt, sowie der Kommissionen der Anderen Kampagne und der Sexta International.

An einem Tag, an dem viele Leichtgläubige auf der ganzen Welt das Ende der Welt erwarteten, nach einer opportunistischen Interpretation der „Prophezeiungen“ (in Wahrheit, mathematische Berechnungen) der alten Mayas, vollführten die Gemeinden der Unterstützungsbasis der EZLN, die zu den heutigen Mayas zählen, mit verhüllten Gesichtern eine machtvolle Demonstration von Stärke und Disziplin, perfekt angeordnet unter einem anhaltenden Nieselregen (ungewöhnlich für diese Jahreszeit). Geschickt darin schnell „aufzutauchen“, „verschwanden“ die indigenen Rebell_innen genauso geordnet und still, wie sie am Morgen in diesen Städten erschienen waren. Zwei Jahrzehnte nach dem hiesigen traumatischen Einfall der EZLN, wurden die Zapatistas mit Staunen und Neugier empfangen, ohne irgendein Zeichen der Zurückweisung. Unter den Torbögen des Rathauses, das heute seine Arbeit aussetzte, hatten sich Dutzende Einwohner_innen Ocosingos versammelt, um mit Kameras und Mobiltelefonen die spektakuläre Ansammlung der verhüllten Gestalten zu fotografieren. Diese schienen in einer choreographierten Anordnung vorrückten, um zum Podium zu gelangen, das am frühen Morgen in aller Eile aufgebaut worden war, die Faust zu erheben und schweigend zu sagen „Hier sind wir. Ein weiteres Mal“.

Aus der mexikanischen Zeitung „La Jornada“

Mehr und aktuelle Infos:

www.gruppe-basta.de

www.chiapas.eu

Kommunique des geheimen Revolutionären Indigenen Komitees -

Generalkommandantur der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN)

An die mexikanische Bevölkerung:

An die Völker und Regierungen der Welt:

Brüder und Schwestern:

Compañeros und Compañeras:

Am 21. Dezember 2012, wenige Stunden nach dem Morgengrauen, mobilisierten sich Zehntausende zapatistische Indigenas und besetzten, friedlich und schweigend, 5 Bezirkshauptstädte im südöstlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

In den Städten von Palenque, Altamirano, Las Margaritas, Ocosingo und San Cristóbal de las Casas betrachteten wir sie und betrachteten wir uns selbst im Schweigen.

Unsere Botschaft handelt nicht von Resignation.

Sie handelt nicht von Krieg, Tod und Zerstörung.

Unsere Botschaft handelt von Kampf und Widerstand.

Nach dem mediengesteuerten Staatsstreich, der die schlecht verstellte und armselig geschminkte Ignoranz zur exekutiven Bundesmacht erhob, traten wir in die Öffentlichkeit um sie wissen zu lassen, dass wenn sie nie verschwunden sind, wir das genauso wenig sind.

Vor 6 Jahren, machte sich ein Segment der politischen und intellektuellen Klasse daran einen Sündenbock für ihr Scheitern zu finden. Zu dieser Zeit befanden wir uns in Städten und Gemeinden, und kämpften um Gerechtigkeit für ein Atenco, das damals nicht gerade an der Mode war.

In diesem Gestern verleumdete sie uns zuerst und versuchten danach uns zum Schweigen zu bringen.

Zu unfähig und unehrlich um zu erkennen, dass sie den Samen ihres Ruins in sich selbst trugen und tragen, versuchten sie uns mit der Lüge und dem konspirativen Schweigen verschwinden zu lassen. Sechs Jahre später sind zwei Dinge klar:

Sie brauchen uns nicht um zu versagen.

Wir brauchen sie nicht um zu überleben.

Wir, die nie verschwunden sind, auch wenn die Medien des gesamten Spektrums sich bemüht haben das glauben zu lassen, erheben uns wieder als

indigene Zapatisten die wir sind und sein werden.

In diesen Jahren haben wir uns gestärkt und haben unsere Lebensbedingungen bedeutend verbessert. Unser Lebensstandard ist höher als in den regierungshörigen indigenen Gemeinden, die Almosen erhalten und mit Alkohol und nutzlosen Artikeln überschüttet werden.

Unsere Häuser haben sich verbessert, ohne die Natur zu verletzen und ihr Wege aufzuzwingen, die ihr fremd sind.



In unseren Dörfern dient das Land, an das sich früher Landbarone und Großgrundbesitzer mästeten, heute dem Anbau von Mais, Bohnen und dem Gemüse, das unsere Tische erleuchtet.

Unsere Arbeit wird mit der doppelten Zufriedenheit belohnt uns mit dem Nötigen zu versorgen um anständig leben zu können, und zum kollektiven Wachstum unserer Gemeinden beizutragen.

Unsere Jungen und Mädchen besuchen eine Schule, die ihnen ihre eigene Geschichte beibringt, die ihrer eigenen Heimat und die der ganzen Welt, sowie die nötigen Wissenschaften und Techniken um sich zu bilden ohne aufzuhören Indigenas zu sein.

Die indigenen zapatistischen Frauen werden nicht als Ware verkauft.

Die indigenen PRI-Anhänger kommen in unsere Krankenhäuser, Kliniken und Labors, weil es in denen, die die Regierung zur Verfügung stellte, weder Medikamente, noch Geräte noch Doktoren, noch qualifiziertes Personal gibt.

Unsere Kultur erblüht, nicht isoliert sondern bereichert durch den Kontakt mit Kulturen anderer Völker aus Mexiko und der ganzen Welt.

Wir regieren und wir regieren uns selbst, indem wir stets zuerst die Einigung vor der Konfrontation anstreben.

All dies wurde nicht nur ohne die Regierung, die politische Klasse und die Medien, die sie begleiten bewerkstelligt, sondern während wir auch gleichzeitig ihren Angriffen aller Art Widerstand leisten mussten.

Wir haben wieder einmal bewiesen, dass wir die sind, die wir sind.

Mit unserem Schweigen meldeten wir uns.

Nun verkünden wir mit unserem Wort, dass:

ERSTENS. - Wir bekräftigen erneut und konsolidieren unsere Zugehörigkeit zum Nationalen Indigenen Kongress, als Raum des Treffens zwischen den Ursprünglichen Völkern unseres Landes.

ZWEITENS. - Wir eröffnen erneut den Kontakt mit unseren Compañeros und Compañeras Anhänger der Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald in Mexiko und auf der ganzen Welt.

DRITTENS. – Wir beabsichtigen die nötigen Brücken zu den sozialen Bewegungen zu errichten, die sich gebildet haben und sich bilden, nicht um zu führen oder zu ersetzen, sondern um von ihnen zu lernen, von ihrer Geschichte, ihren Pfaden und ihren Schicksalen.



Hierfür haben wir die Unterstützung von Einzelpersonen und Gruppen in verschiedenen Teilen Mexikos gewonnen, formiert als Unterstützungsgruppen der Kommissionen der Sechsten Erklärung und der Sexta International der EZLN. Diese werden als Linien der Kommunikation zwischen den zapatistischen Unterstützungsbasen und den Einzelpersonen, Gruppen und Kollektiven in Mexiko und auf der ganzen Welt wirken, die Anhänger der Sechsten Erklärung sind und weiterhin die Überzeugung und das Engagement haben sich an dem Aufbau einer nicht-institutionellen linken Alternativen zu beteiligen.

VIERTENS. – Wir halten unsere kritische Distanz zur mexikanischen politischen Klasse weiterhin aufrecht, die in ihrer Gesamtheit nichts anderes getan hat als auf Kosten der Bedürfnisse und Hoffnungen der einfachen und bescheidenen Leute zu gedeihen.

FÜNFTEENS. - Hinsichtlich der schlechten Regierungen auf Bundes-, Staats- und Bezirksebene, der Exekutive, Legislative und Judikative, und den Medien, die sie begleiten, sagen wir folgendes:

Die schlechten Regierungen des gesamten politischen

Spektrums, ohne irgendeine Ausnahme, haben alles in ihre Macht stehende getan um uns zu vernichten, uns zu kaufen, uns zu unterwerfen. PRI, PAN, PRD, PVEM, PT, CC und die künftige Partei der RN, haben uns allesamt angegriffen, militärisch, politisch, sozial und ideologisch.

Die großen Massenmedien versuchten uns zum Verschwinden zu bringen, zuerst durch kriecherische und opportunistische Verleumdung, und dann durch verschlagenes und konspiratives Schweigen. Jene, denen sie gedient haben und an dessen Geld sie sich gestillt haben existieren bereits nicht mehr. Und jene, die sie gerade ablösen werden auch nicht länger als ihre Vorgänger durchhalten.

Wie der 21. Dezember 2012 es zeigte, sind sie alle gescheitert.

Es bleibt daher der Bundesregierung, der Exekutiven, Legislativen und Judikativen überlassen zu entscheiden, ob sie die Politik zur Aufstandsbekämpfung wiederaufgreifen möchte, die bisher nur eine fadenscheinige Simulation zuwege gebracht hat, ungeschickt aufrechterhalten durch Medienmanipulationen, oder ob sie ihre Verpflichtungen anerkennt und erfüllt, und die indigenen Rechte und Kultur auf konstitutionelle Ebene erhebt, wie in den sogenannten „Abkommen von San Andrés“ festgesetzt, die in 1996 von der Bundesregierung unterzeichnet wurden, damals unter Leitung der gleichen Partei, die heute an der exekutiven Macht ist.

Es bleibt der Staatsregierung überlassen zu entscheiden, ob sie weiterhin die unehrliche Strategie und das Scheitern ihrer Vorgänger fortsetzen möchte, die nicht nur korrupt und lügnerisch waren, sondern auch das Geld der Bevölkerung von Chiapas zur eigenen Bereicherung und die ihrer Komplizen eingesteckt haben, und dreist das Kaufen von Stimmen und falschen Federn in den Medien vorangetrieben haben, während sie die Bevölkerung von Chiapas in den Elend stürzten, und gleichzeitig Polizei und Paramilitärs einsetzten um zu versuchen den organisatorischen Fortschritt der zapatistischen Gemeinden aufzuhalten; oder ob sie stattdessen mit Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit unsere Existenz akzeptiert und respektiert, und sich der Idee anschließt, dass auf dem zapatistischen Gebiet in Chiapas, Mexiko, eine neue Form des sozialen Lebens blüht. Ein Blühen, das die Aufmerksamkeit aufrechter Personen auf dem ganzen Planeten an sich zieht.

Es bleibt den Bezirksregierungen überlassen zu entscheiden, ob sie weiterhin die Mühlsteine schleppen möchten, mit denen die antizapatistischen oder angeblich „zapatistischen“ Organisationen sie erpressen um unsere Gemeinden anzugreifen; oder ob sie dieses Geld nicht besser dazu nutzen sollten, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern,

für die sie verantwortlich sind.

Es bleibt der mexikanischen Bevölkerung, die sich organisiert um Wahlkampf und Widerstand zu leisten überlassen zu entscheiden, ob sie uns weiterhin als Feinde oder Rivalen betrachten möchten, an die sie ihre Frustration über die Wahlbetrügereien und Aggressionen abreagieren können, unter denen wir letztendlich alle zu leiden haben, und ob sie sich in ihrem Kampf um die Macht weiterhin mit unseren Verfolgern verbünden möchten; oder ob sie in uns am Ende eine andere Form Politik zu betreiben erkennen.

SECHSTENS. - In den nächsten Tagen, wird die EZLN durch die Kommissionen der Sechsten Erklärung und der Sexta International, eine Reihe von Initiativen bekannt geben, mit zivilen und friedlichen Charakter, um weiterhin mit den anderen indigenen Völker Mexikos und auf dem ganzen Kontinent gemeinsam fortzuschreiten, und zusammen in Mexiko und auf der gesamten Welt Widerstand zu leisten und zu kämpfen, von unten und links.

Brüder und Schwestern:

Compañeros und Compañeras:

Wir hatten früher das Glück über eine ehrliche und noble Aufmerksamkeit verschiedener Kommunikationsmedien zu verfügen. Wir danken ihnen dafür. Aber durch ihre gegenwärtige Haltung wurde dies vollständig gelöscht.

Jene, die darauf setzten, dass wir nur in den Medien existieren, und in der Umzingelung von Lügen und Schweigen verschwinden würden, haben sich geirrt.

Wenn es keine Kameras, Mikrofone, Federn, Ohren und Blicke gibt, existieren wir.

Wenn sie uns verleumden, existieren wir.

Wenn sie uns todschweigen, existieren wir.

Und hier sind wir, und existieren.

Unser Weg, wie es sich gezeigt hat, ist nicht von der Wirkung in den Medien abhängig, sondern von dem Verständnis der Welt und ihrer Einzelteile, von der indigenen Weisheit, die unsere Schritte leitet, von



dem unerschütterlichen Entschluss, den die Würde von unten und links verleiht.

Von nun an wir unser Wort sich an selektive Empfänger richten und, mit wenigen Ausnahmen, kann nur von denen verstanden werden, die mit uns gewandert sind und wandern, ohne sich der Medien- und Konjunkturbedingten Moden zu unterwerfen.

Und so, mit nicht wenigen Irrtümer und vielen Schwierigkeiten, ist eine andere Form Politik zu betreiben bereits eine Realität.

Wenige, sehr wenige, haben das Privileg sie zu kennen und von ihr direkt zu lernen.

Vor 19 Jahren überraschten wir alle, als wir ihre Städte mit Feuer und Blut einnahmen. Heute tun wir es erneut, ohne Waffen, ohne Tod, ohne Zerstörung.

Wir unterscheiden uns darin von jenen, die während ihrer Regierungen, unter ihren Regierten Tod verbreiteten und verbreiten.

Wir sind die gleichen wie vor 500 Jahren, vor 44 Jahren, vor 30 Jahren, vor 20 Jahren, und vor einigen Tagen.

Wir sind die Zapatisten, die Allerkleinsten, die in der entlegensten Ecke der Heimat leben, kämpfen und sterben, die nicht nachgeben, die sich nicht verkaufen, die sich nicht ergeben.

Brüder und Schwestern:

Compañeros und Compañeras:

Wir sind die Zapatisten und Zapatistinnen. Wir umarmen Sie.

Demokratie!

Freiheit!

Gerechtigkeit!

*Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.
Für das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee
– Generalkommandantur der Zapatistischen Armee der
Nationalen Befreiung*

**Subcomandante Insurgente Marcos.
Mexiko. Dezember 2012 - Januar 2013.**



Wo ist der Krieg?

Schweigen. Kein Wörtchen ringt sich die hiesige radikale Linke ab, keinen Gedanken wahrscheinlich, kein Versuch zu verstehen, keine Aktion des Protestes, kein Akt des Widerstandes. Seltsame Zustände sind das, voller unmündigem Desinteresse, die Zustände zu verstehen. Krieg ist Normalität. Schweigen heißt zustimmen. Oh ja, wie wahr.

Wir haben einige Ansichten, Gewissheiten, Fragen und Infos zum Krieg in Mali, die wir hier unvollständig zur Diskussion stellen. Vielleicht hat sich Frankreich schon zum Sieger erklärt, wenn dieser Text erscheint - Frieden wird sicher noch nicht herrschen in Mali.

Die Aktualität der Ereignisse stellt aber nicht die Kontinuität kolonialer Intervention in den Schatten. Deswegen ist es egal, ob Francois Hollande bereits mit stolzeschwellter Brust und Bescheidenheit betonend vor goldglitzerndem Prunk den Sieg verkündet hat - der nun noch langfristig durch die französische Armee gesichert werden müsse. Dieser Krieg wird nicht aufhören, solange die Verhältnisse in Europa (und Nordafrika) sich nicht grundlegend ändern. Davon gehen wir aus.

Wir haben uns gefragt, warum es so glatt durchgeht, wenn angesichts eines neuerlichen Kriegs mit europäischer (und deutscher) Beteiligung abermals von humanitären Verpflichtungen die Rede ist. Dieses mal wird das Gerede von der Rettung Unterdrückter gekoppelt mit dem altbekannten „Krieg gegen den Terror“. Diese Doktrin des weltweiten Mordens verschmilzt aufs Feinste mit der festen Überzeugung, zu den Guten zu gehören. Eigentlich ein alter Hut.

Wo ist Mali?

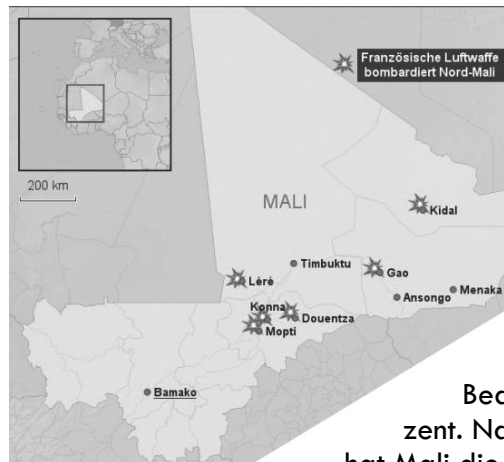
Wir wussten vor dem Aufstand der Tuareg (die sich selbst nicht so nennen, sondern in den verschiedenen Ländern, in denen sie leben, unterschiedliche Selbstbenennungen haben) gerade mal, wo Mali ungefähr liegt. Unser Wissen ist also auf die Schnelle und ungenügend angelesen. Aber trotzdem versuchen wir nun, einen Überblick über die Geschichte des Konfliktes in Mali zu geben. Denn zuallererst ist der Versuch des Verstehens notwendig, um nicht in Unwissenheit per moralischem Reflex Kriege nach kolonialem Vorbild zu befürworten, oder sich in die bequeme Bredouille des Schweigens zu bringen.

Wir denken, dass das Eingreifen Frankreichs in den malischen Bürgerkrieg vor allem wirtschaftliche Gründe hat. Deshalb nun zunächst ein paar lexikalische Ergüsse.

Mali ist seit 1960 von Frankreich unabhängig, die Grenzen wurden noch durch die Kolonialherren gezogen.

Die Bevölkerung Malis setzt sich aus rund 30 verschiedenen Ethnien zusammen. Sie haben verschiedene Sprachen und Kulturen. Das halten wir für relevant, weil in westlichen Medien ein Konflikt zwischen nomadischen, zugewanderten Araber_innen und einheimischen, sesshaften Schwarzafrikaner_innen suggeriert wird.

Der sunnitische Islam ist mit ca. 90 % die am meisten verbreitete Religion. Der malische Islam hat auch Elemente traditioneller afrikanischer Religionen angenommen, er ist also ebenso lokal geprägt wie der Islam im Rest der Welt.



Baumwolle wurde als wichtigstes Exportgut längst durch Bergbauprodukte mit einem Anteil von mehr als 75 % an den Exporterlösen abgelöst. Davon sind ca. vier Fünftel Erlöse aus dem Goldexport. Seit Ende der 1990er Jahre gewinnt Mali zunehmende

Bedeutung als Goldproduzent. Nach Südafrika und Ghana hat Mali die drittgrößte afrikanische Goldindustrie. Daneben werden Phosphate

abgebaut. Die Goldlagerstätten befinden sich im Süden des Landes. Umfangreiche Erkundungs- und Förderungslizenzen an ausländische Investoren waren für große Steigerungen der Fördermengen in den letzten Jahren verantwortlich. Auch deutsche Firmen sind an der Ausbeutung malischer Bodenschätze beteiligt. Eines der modernsten Projekte des Landes ist die Kodieran-Goldmine, die von der malischen Wassoul'Or S.A. betrieben wird und im Januar 2012 die Produktion aufgenommen hat. Die in Frankfurt ansässige Gesellschaft Pearl Gold hält eine 25-prozentige Beteiligung an Wassoul'Or.

Mali hatte im Mai 2011 eine Revision des Bergbaugesetzes angekündigt in der Hoffnung, dass ein solcher Schritt die Abläufe für den Erwerb von Erkundungs- und Abbaulizenzen strafft und weitere Investitionen anlockt.

Der französische Atomkonzern Cogema (heute AREVA) entdeckte vor Jahren Uran-, Kupfer-, Silber- und Bauxitvorkommen im Grenzgebiet zu Senegal, im Südwesten Malis. Die Bauxitvorkommen zählen zu den größten der Welt. Im Jahre 2007 schloss die Firma Delta exploration, heute Rockgate Capital Corp. (aus Kanada) mit der Regierung Malis einen Vertrag über den Abbau dieser Rohstoffe in 80 Kilometer Entfernung von der von AREVA entdeckten Lagerstätte und plante eine große Mine. Bohrproben ergaben einen Urangehalt von bis zu 6 %.

Auch die australisch-britische Oklo Uranium Ltd. erkundet seit 2007 größere Uranlager auf einer Fläche von insgesamt 20.000 Quadratkilometer, sowie Phosphatvorkommen. Beide Städte liegen im von den Rebellen eroberten Gebiet in Nord-Mali. Die kanadische Great Quest Metals Ltd. verkündete im Oktober 2012 den Investoren, dass die Phosphatvorkommen auf einer Fläche von 1200 Quadratkilometern im Tal von Tilemsi - ebenfalls im Rebellengebiet - über 50 % größer sind als bisher geschätzt. Der Abbau von Manganvorkommen ist weiterhin geplant. Malis Reserven an Mangan werden auf 10 Millionen Tonnen geschätzt. Die Aktie von Great Quest, die seit 2012 auf ein Siebentel ihres Wertes gefallen war, hat direkt nach der französischen Intervention ihren Wert fast verdoppelt.

Von den Gesamtausfuhren Malis entfielen 80,5% auf Gold, vor allem nach Südafrika, Italien und in die Schweiz.

Dass der durch die Goldexporte angehäufte Reichtum nicht dem Großteil der Bevölkerung zugute kommt, kann man sich denken. Schon vor dem Krieg waren über 30% der Malier_innen arbeitslos. Die Arbeit in den Minen ist hart, schlecht bezahlt und entgarantiert. Lohnend ist es jedoch, unter stabilen Bedingungen an der Regierung zu sein oder dem mächtigen Militär anzugehören. Die Bedingungen aber waren zuletzt nicht überall so ruhig und stabil, wie die Profiteure des malischen Rohstoffreichtums es gerne hätten. Denn die Tuareg (wir bleiben bei der im Deutschen üblichen Bezeichnung) im Norden des Landes begannen zum wiederholten mal einen Aufstand.

Mit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft in Westafrika 1960 wurde das Siedlungsgebiet der Tuareg zwischen den nunmehr unabhängigen Staaten Mali, Niger und Algerien aufgeteilt, wobei kleinere Gruppen der Tuareg auch in Libyen und Burkina Faso leben. Seitdem werden die Tuareg an den Rand der jeweils vorherrschenden Gesellschaften gedrängt. Es gibt eine gesellschaftlich tief verankerte Missachtung und Unterdrückung der Interessen der Tuareg in den Staaten Mali und Niger. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Historisch bedingt sind diejenigen Konflikte, die daraus resultieren, dass durch die Region die Grenze zwischen Menschen mit (halb)-nomadischer Lebensgrundlage als Tierhalter (Tuareg) und Bauern (Ackerbau) verläuft, die ihrerseits Staaten gründeten und in diesen staatliche Führungspositionen besetzten, von denen die Tuareg systematisch ausgeschlossen blieben. Daraus resultierten Konflikte, die zu vier Aufstän-

den führten, 1961–1964, 1990–1995, 2007–2009 und 2012/13.

Mitte der 1990er Jahre wurden den Rebellenorganisationen der Tuareg Friedensverträge angeboten. Weiterhin wurde die Aufnahme von Tuareg in die Armeen zugesichert. Regierungsbeteiligung wurde in Mali in Aussicht gestellt.

Da die Friedensabkommen dieser Jahre von den Tuareg als nicht ausreichend umgesetzt erachtet wurden, attackierten sie zunehmend wieder Wirtschaftseinrichtungen des Landes.

In Folge des Bürgerkriegs in Libyen im Jahr 2011 verschärfte sich die Lage im Norden Malis, nachdem Tuareg, die auf Seiten Gaddafis kämpften, aus Libyen vertrieben worden waren. Die als Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) auftretenden bewaffneten Tuareg-Gruppen kamen

ab Ende 2011 über Niger nach Mali und brachten Gebiete im Norden des Landes unter ihre Kontrolle.

Daraufhin warfen Soldaten der malischen Streitkräfte der Regierung von Präsident Touré Unfähigkeit bei der Bekämpfung des Aufstands der Tuareg im Norden des Landes vor und übernahmen durch einen Putsch im März 2012 die Macht. Die MNLA nutzte die Situation und eroberte in den Tagen darauf bis Anfang April alle Städte im Norden Malis. Sie nennt dieses Gebiet Azawad. Am

6. April rief sie einseitig (im Bündnis mit islamistischen Gruppen) den unabhängigen Staat Azawad aus. Neben der Anerkennung ihrer Rechte ging es der MNLA auch um Beteiligung an den Gewinnen der Rohstoffförderung, weil durch rechtliche Beschneidungen ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ebenso gefährdet wurden, wie durch fortschreitende Wüstenbildung und Trockenheit.

Wie wir wissen, wurde Azawad, anders als in den 1990ern Slowenien oder später das Kosovo, nicht von den westlichen Ländern anerkannt, sondern bekämpft.

Und plötzlich arbeiteten diese mit der zuvor geächteten Putschregierung Süd-Malis zusammen, um die Tuareg und die mit ihnen bis dahin verbündeten Islamisten von Ansar Dine und Mujao zu bekämpfen. Unterdessen spaltete sich dieses Bündnis, weil die MNLA zwar die Unabhängigkeit Nord-Malis wollte, aber kein fundamentalreligiöses Azawad. Viele aus der Führungsebene der MNLA wurden dann durch islamistische Rebellen geköpft, das kurze Zeitfenster der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen schloss sich in den Fängen eines sich aufbauenden radikalislamistischen Regimes, das seine menschenverachtende Auslegung der Scharia der gesamten Bevölkerung Azawads aufzwang.

Währenddessen hat der malische Parlamentspräsident Traoré eine Übergangspräsidentschaft übernommen und innerhalb von 40 Tagen Neuwahlen



versprochen (die nun auf Juli verschoben wurden), die ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) beendete im Gegenzug ihre Sanktionen.

Nur mal nebenbei: Am 17. April teilte das staatliche malische Fernsehen mit, Cheick Modibo Diarra werde die Übergangsregierung als Ministerpräsident leiten. Diarra war bis Ende 2011 bei Microsoft als Vorsitzender für den Geschäftsbereich Afrika tätig. Wer das Geld hat, hat die Macht... Solange, bis das Militär sie ihm nimmt. Diarra wurde mittlerweile wieder entmachtet.

Allein zwischen Januar und Juli 2012 flüchteten über 250.000 Malier_innen infolge der politischen Instabilität, der unsicheren Lage und des mangelhaften Zugangs zu Nahrungsmitteln und Wasser in die Nachbarländer Burkina Faso, Mauretanien und Niger. Außerdem gab es im selben Zeitraum rund 105.000 Binnenflüchtlinge im Norden und rund 69.000 Binnenflüchtlinge im Süden Malis.

Das Vorrücken der Dschihadisten auf die Hauptstadt Bamako löste einen Angriff der malischen und französischen Armeen aus. Die Zahl der Flüchtenden hat sich dadurch massiv erhöht, der in der südmalischen Bevölkerung stark verankerte Rassismus gegen die Tuareg hat im Laufe der französischen Offensive schon zu Massakern an diesen durch die malische Armee und Zivilbevölkerung geführt.

Warum mischt sich die französische Regierung in den Konflikt ein? Um die Kontrolle über und den Zugriff auf die Bodenschätze zu behalten. Darauf verwetten wir unsere Oma.

Wo ist Frankreich?

Frankreich führt Krieg in Mali, wie Frankreich seit Jahrhunderten Krieg in Afrika führt. Seit Napoleons Eroberungen betrachteten die Französischen Herrscher und Regierenden große Teile Nordafrikas nicht nur als ihr Einflussgebiet, sondern auch als ihr Eigentum. Die Kolonialmacht Frankreich bestimmte lange die Grenzen und Geschehnisse in Nord- und Westafrika und tut einiges dafür, dass das auch so bleibt, zuletzt durch den Angriff in Libyen.

Vor dem ersten Weltkrieg war fast ganz Nordwestafrika französische Kolonie oder es wurde partiell, wie Algerien, gleich ganz zum Teil des französischen Mutterlandes erklärt.

In den 1950er Jahren erkämpften sich die besetzten Gebiete ihrer Unabhängigkeit zurück, Algerien erst 1962, nach einem mörderischen Befreiungskrieg. Wegen dieser Geschichte hatten seitdem alle französischen Regierungen versucht, ihren Einfluss auf die Politik der nordafrikanischen Staaten zu erhalten. Die enge Verflechtung der Ökonomien und der Militärpolitik ist bis heute ungebrochen, auch wenn Frankreichs Präsident Hollande noch vor einigen Wochen beteuert hatte, dass er die, oft auch geradezu mafiose, „francafrique“ genannte Einflussnahme beenden wolle. Heute leben in Afrika über 170 000 Französ_innen. Das sind mehr als zu Kolonialzeiten in

den Kolonien. Über 5000 französische Soldat_innen sind permanent im Tschad, in Gabun, in der Zentralafrikanischen Republik, der Elfenbeinküste, Dschibuti und im Senegal stationiert. Seit dem offiziellen Ende der Kolonialzeit haben französische Soldaten über 40 mal in Afrika interveniert, wenn ein befreundeter Machthaber oder die eigenen Interessen in Gefahr schienen.

Es geht um wirtschaftliche Interessen. Damit die besten Verwertungs- und Ausbeutungsbedingungen hergestellt werden können, braucht es politische Stabilität und wohlwollende Potentaten oder Regierungen. Immer wenn diese Rahmenbedingungen in Gefahr waren, hat Frankreich Militär eingesetzt; normale neoimperiale Politik. Die gesamte EU hat zwar die nordafrikanischen Mittelmeerländer zum wirtschafts- und sicherheitsstrategisch wichtigem Raum erklärt, Frankreich verfolgt jedoch auch eigene Interessen. Die USA, China und Frankreich versuchen zur Zeit im nördlichen Afrika ihren Zugriff auf Rohstoffe mit allen Mitteln sicher zu stellen. China setzt zudem auf große Landkäufe zur Nahrungsmittelproduktion für den heimischen Markt.



Die Uranvorkommen in Mali, im Niger und im Tschad sind zu großen Teilen unter Kontrolle französischer Konzerne. Es werden weitere Vorkommen in der gesamten Sahelzone vermutet. Auch der Norden Malis wird dadurch politisch und ökonomisch so interessant, dass er auf keinen Fall unter die Kontrolle anti-westlicher Kräfte geraten soll, denn die Energieversorgung Frankreichs wird vor allem durch Kernenergie gewährleistet. Daran soll sich auch nichts ändern. Das afrikanische Uran ist überlebenswichtig für die französische Wirtschaft. Darum geht es in erster Linie, wagen wir zu behaupten. Es scheint offensichtlich und entspricht einer langen Tradition, französische Interessen kriegerisch durchzusetzen.

(Nur damit keine Missverständnisse entstehen: Wir machen hier kein spezielles Frankreich-Bashing. Das ist normale Politik kapitalistischer Staaten.)

Es gibt sicher auch ideologische Gründe für den Kriegseinsatz. Es ist aber schwer zu erkennen, wo tatsächlich ideologische Gründe für eine Kriegsbeteiligung greifen und wo eine ausgefeilte und eingeübte Propaganda einem das nur weismachen will.

Wo sind die Bösen?

Die europäischen Regierenden und ihre folgsamen Medien benennen einen anderen Grund für die westliche Intervention in Mali: den bösen Islamisten. Er hackt Hände ab, richtet Menschen hin, unterdrückt Frauen, ist nicht sesshaft und zerstört Heiligenbilder.



Es gibt auch die gute Islamisten. Die bleiben brav in ihren Ländern, hacken nur dort anderer Leute Hände und Köpfe ab und verbieten

„Wollen Sie einen Blitzkrieg oder einen Abnutzungskrieg?“
Hollande: „Einen normalen Krieg“

Frauen das Autofahren - aber die sind auf Seiten der mächtigen westlichen Staaten. Saudi-Arabien zum Beispiel. Wer ist wann und aus welchem Grund böse? Das vermeintlich so klare gute moralische Gewissen ist offensichtlich nicht der Handlungsfaden westlicher Intervention. Aber den zur Rettung der Unterdrückten mobilisierten Armeen und ihren heimischen Beifallklat-scher_innen wird beigebracht, den Fernsehbildern zu vertrauen, in denen jeglicher Kontext der Gewalt vor Ort nicht mehr erkennbar ist.

Die militärische Intervention soll zur Gewissensfrage gemacht werden und nicht zum politischen Thema, denn wenn die Islamisten zum Bösen gemacht werden, ist moralisches und kein politisches Handeln gefragt. So entsteht in den Köpfen das Bild einer von Schurken und Opfern bevölkerte Märchenwelt, in der Täter und Opfer unverändert in ihren Rollen bleiben, bis von außen ein guter weißer Prinz in Gestalt einer Militärintervention daher kommt. Die Betroffenen der Gewalt bleiben als handelndes und als politisches Subjekt unsichtbar. Auch dass die im ökonomischen und politischen Niedergang befindliche Stadt Timbuktu immer wieder als geradezu mystische Stadt für Tausend-und-eine-Nacht-Phantasien erhalten muss, ist Teil dieser Inszenierung.

Die bisher in der deutschen Märchenwelt so überaus edlen Tuareg waren plötzlich doch böse, weil sie sich mit den Islamisten verbündet hatten und werden sicher nach dem Bruch des Bündnisses, weil sie ihre Strafe durch das Blutbad an ihrer Bevölkerung erhalten haben, wie Phoenix aus der Asche zum erneuten Statthalter des Edlen und der EU aufsteigen. Wartet's ab. Der französische Kriegsminister Le Drian sagte bereits nach der Eroberung Timbuktu: „Die Tuareg sind unsere Freunde“. Denn sie seien „in Nord Mali zu Hause“.

In dieser Märchenwelt wird der Konflikt nur noch als militärisch lösbar betrachtet und nicht als politisch. „Innerhalb der Parameter der aktuellen Weltpolitik, wie sie beim Krieg gegen den Terror zum Ausdruck

kommen, ist das Böse der große Entpolitisierer“ (Mamdani). Auch bleiben die Malier_innen in dieser Sicht Abhängige vom westlichen Wohlwollen, denen eine unbefristete Rettungsaktion nur die permanente Militarisation der gesellschaftliche Verhältnisse verheißt. Diese Art Rettung bevormundet und hilft zudem nicht, die Einwohner_innen Malis als an einem souveränen politischen Prozess beteiligte Menschen wahrzunehmen.

In der jetzigen Form ist die „moralische Intervention“ nichts als ein Schlagwort hinter dem sich ein Programm der Großmächte zur Rekolonisierung Afrikas verbirgt. Die alte Leier von der Rettung der Zivilbevölkerung durch westliches Militär wird bemüht, um den eigenen Einfluss in der Region zu retten, und um einen Vorteil im Wettrennen um Rohstoffe und Sicherheit zu erlangen.

Gleichzeit zeichnet sich eine europäische Variante des „Krieg gegen den Terror“ ab. In dieser wird eine mit rassistischen Konnotationen bespickte polizeistaatliche Innen- und militärische Außenpolitik entwickelt. Das Böse wird konstruiert, damit Regierungsinteressen verschleiert werden können. Mister G.W. Bush ist nach wunderlicher Wandlung in Gestalt des Monsieur Hollande wieder aufgetaucht. Die EU wird's ihm danken.

Wo sind die Linken?

Es gibt keine Proteste vor den französischen Botschaften, keine besudelten Filialen der teilstaatlichen französischen Autokonzerne, keine Aktion gegen französische Rüstungsfirmen, keine Debatten.

Sind wir uns 100%ig sicher, wenn wir so klugscheißerisch unsere zugespitzten Thesen formulieren? Nein. Denn wir vereinfachen die Sachverhalte, damit wir deutlich machen können, wo unserer Meinung nach die Entwicklung hin geht. Eine fein säuberliche Analyse können wir hier nicht liefern. Wir wissen, dass die Verhältnisse komplizierter sind.

Wir wissen, dass die meisten Leute in Mali froh sind, dass die Dschihadisten ihnen durch den EU-Angriff nicht ihr Regime aufzwingen können. Wir sind aber gegen die Intervention, weil wir die Geschichte und die Interessen der westlichen Staaten kennen; weil die malische Bevölkerung nur die Wahl zwischen zweierlei Bevormundungen hat.

Regionale Konflikte verlangen nach regionalen Lösungen, es braucht eine Übereinkunft vor Ort, eine konsensfähige politische Lösung, die der Militarisation der Verhältnisse eine klare Absage erteilt und emanzipatorische Prozesse ermöglicht.

Mit Menschen und Gruppen, die das wollen, können und sollten wir ein solidarisches Verhältnis haben, welches die Menschen ernst nimmt und in dem Widersprüche nicht unter den Teppich gekehrt werden. Gleichzeitig gilt es, der kriegstreiberischen EU-Außenpolitik hier in den Rücken zu fallen.

Wäre die radikale Linke in der EU dazu in der Lage? Nein, in dem Sinne, dass sie zu schwach ist, aktuelle

Kriegseinsätze zu stoppen. Und Ja, weil es ihr gelingen könnte, so sie wollte, zumindest das Politische in die öffentliche Debatte zurückzubringen - durch eine Praxis, die eingreifen will in die Verhältnisse, anstatt sich mit akademischer Rechthaberei zu vergnügen. „Wenn große Teile der Linken sich nicht und einige sich sogar kriegsbefürwortend positionieren, ist dies auch eine Verweigerung, die eigenen Privilegien kritisch zu reflektieren und sich auf die Seite der Habenichtse zu stellen. Sie meisten weißen BRD-Pass-Inhaber_innen profitieren doch von der kolonialen Vergangenheit, der Absicherung des Wohlstands, der Außengrenzen und der Handelswege und den billigen Waren. (...) Flüchtlinge abschieben, Diktatoren unterstützen, Grenzen bewachen, Waffen liefern, geheim operieren, verschleppen, foltern, Polizisten ausbilden, Bomben werfen, Drohnen steuern, Piraten jagen, Länder besetzen, Kriege führen. All das ist doch Teil eines globalen Krisenmanagements, das Privilegien, die seit



Krieg beginnt hier: Als Propaganda für Krieg in vermeintlich linken Zeitungen.

dem Kolonialismus bestehen, verteidigen und Einfluss ausbauen soll. Dies gilt es anzugreifen - immer. Dabei sind antikoniale Kämpfe der letzten Jahrhunderte genau wie auch aktuelle Kämpfe um Befreiung und Teilhabe am Wohlstand, wichtige Bezugspunkte. (...) Es sind Positionen zu entwickeln, die Kämpfe zusammen denken und daraus eine Praxis abzuleiten, die den dauerhaften Kriegszustand angreift und sabotiert. (...)

Wenn wir nicht bald anfangen die Krisentendenzen und die militärische Absicherung der Herrschaft um uns herum ernstzunehmen, werden wir weiteren Zuspitzungen sowohl als Individuum als auch als radikale Linke nichts entgegenzusetzen können.“

(aus: Der Krieg den alle lieben, autonomes Blättchen Nr. 6) Dem stimmen wir zu. Der Text ist Anfang 2011 anlässlich des Libyenkrieges veröffentlicht worden und hat nichts von seiner Aktualität verloren. Wir sind froh, uns an ihn erinnert zu haben - und befürchten, dass wir beim nächsten Kriegseinsatz abermals aus ihm zitieren werden können...

einige Nimmermüde

Prozess gegen Antimilitaristen

Am 27.6.2012, eine Woche vor dem Sommerbiwak in Hannover, haben wir uns in Bad Nenndorf am Protest gegen ein Konzert der Bundeswehr-Big-Band beteiligt. Wir haben uns mit einem Transparent vor die Bühne und 2500 Konzertbesucher_innen gestellt, auf dem stand „Krieg beginnt hier“.

Außerdem wurde mit Sirenen, Taschenalarm und einer Rauchbombe das Konzert gestört. Es ging bei den Aktionen offensichtlich darum, Zivil-Militärische-Zusammenarbeit und die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft zu markieren und konkret zu stören. Für uns stellen Bundesweh Konzerte, erst recht in Zusammenarbeit mit „zivilen“ Organisationen (z.B. wie in diesem Fall der Feuerwehr), eine Kriegsvorbereitung dar, indem sie eine militärische Normalität schaffen.

Für uns beginnt der Krieg nicht erst in den Ländern, in denen er geführt, sondern hier, wo er geplant und vorbereitet wird.

Da unser Widerstand dem Staat nicht schmeckt, ist es nicht verwunderlich, dass wir uns nun vor Gericht verantworten sollen. Eine Anklageschrift wegen „Gefährlicher Körperverletzung“ hat uns schon erreicht. Ge-

fährliche Körperverletzung? Oberst Klein ist für ein Massaker an über 140 Zivilist_innen verantwortlich und wird dafür zum Brigadegeneral befördert - und wir werden angeklagt, weil wir mit einer Rauchbombe eine gefährliche Körperverletzung an drei Soldaten begangen haben sollen? Na ja, so läuft's halt... Wir wissen jetzt noch nicht, wann der Prozess vor dem Amtsgericht Stadthagen stattfinden wird. Wir wissen jedoch, dass die Mindeststrafe für Gefährliche Körperverletzung drei, bzw. sechs Monate Knast ist (die natürlich zur Bewährung ausgesetzt werden können). Deshalb wünschen wir uns eure Solidarität. Denn wie heißt es so schön: Angeklagt sind wir, gemeint sind alle.

Für uns steht fest, dass die Justiz Teil gewalttätiger Herrschaftssicherung ist und somit auch Teil der kriegerischen Verhältnisse. Unser Verhältnis ihr gegenüber sollte also klar sein. Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Sobald wir einen Prozesstermin wissen, werden wir ihn öffentlich machen. Kommt vorbei! Für eine politische Praxis, auch vor Gericht.

Die Übeltäter

Die „13er Pflicht“

Wie Militär gegen Demos vorgeht. Ein Beispiel.

In der letzten Ausgabe des Autonomen Blättchens konntet ihr einiges über die NATO-Strategie „Urban Operations in the Year 2020“ erfahren. Handelt es sich dabei um ein ausgefeiltes Konzept der Kontrolle, Manipulation und Bekämpfung von unliebsamen Teilen der städtischen Bevölkerung, so stellen wir euch heute die rustikale Variante vor. Diese ist jedoch bruchlos einzugliedern in das NATO-Konzept. Es handelt sich um die „13er Pflicht des Österreichischen Bundesheeres. Nun wird Manche/r sagen: Die sind doch gar nicht in der NATO! Stimmt. Aber sie üben fleißig die Zivil-Militärische Zusammenarbeit mit NATO-Staaten und sind über die EU-Strukturen fester Bestandteil der „europäischen Sicherheitspolitik“; schließlich bekennen sich die österreichischen Regierungen seit langem dazu.

Vorweg aber als Beispiel für die Zusammenarbeit der Militärs eine multinationale Übung, die im Herbst 2010 vor allem am österreichischen Truppenübungsplatz Allentsteig und am „ABC-Abwehr und Katastrophenhilfeübungsplatz „Tritolwerk“ im Bezirk Wiener Neustadt“ stattfand.

An der Übung „European Advance 2010“ (EURAD

10) nahmen Soldat_innen aus Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Montenegro, Schweiz, Serbien, Slowenien und Österreich teil. Etwa 7390 Soldat_innen und 86 Student_innen der Politikwissenschaft aus Salzburg waren Teil des Manövers. Sogenannte Blaulichtorganisationen (Feuerwehr, Rettungsdienste etc.) haben ebenfalls ihren Beitrag geleistet, um die Zusammenarbeit mit dem Militär zu üben. Die Firma Diamond-Sensing Aircraft hat Luftfahrttechnik beige-steuert, so dass die Bewegungen der eingesetzten ca. 1600 Landfahrzeuge und 50 Luftfahrzeuge in Echtzeit ausgewertet werden konnten.

EURAD 10 war eine Großübung, wie sie nicht selten ist. Die Verzahnung von klassischem militärischem Konflikt mit einhergehender Naturkatastrophe und zivilem Aufstand war das Übungsszenario. Das wirkt etwas übertrieben, ermöglicht den Militärs aber, im Handumdrehen von der Bekämpfung einer gegnerischen Armee, zur Beseitigung von Erdbebenfolgen zu wechseln und nebenbei auch noch eine Demo von unzufriedenen Zivilist_innen platt zu machen.

Stichworte aus dem Szenario: ethnische Unruhen... radikale Gruppierungen versuchen an Einfluss zu gewinnen... neben den eigentlichen Konfliktparteien beschäftigen Flüchtlinge und pro Tag bis zu 60 ungewöhnliche Vorfälle bzw. Unfälle die Friedenstruppen... ein Erdbeben verwüstet ganze Landstriche... ernste Situationen in Atomkraftwerken, Chemie- und Munitionsfabriken... es kommt zu Autobomben- und Selbstmordanschlägen...

Geübt wurde dabei auch die Verzahnung von herkömmlicher Kriegsführung mit „Drohnen oder Systemen zur elektronischen Kriegsführung“. Aufklärungsdrohnen mit Mess-, Sensor- und Kamertechnik sendeten die Ergebnisse in Echtzeit an die Einsatzleitung.

Die Auswertung der Übung bleibt natürlich ein Geheimnis zu dem wir leider keinen Zugang haben. Wichtig ist aber, dass auch in Großübungsszenarien kein Unterschied mehr gemacht wird zwischen originär militärischen und polizeilichen, rettungsdienstlichen und „humanitären“ Einsatzaufgaben. Das Militär soll alles können. Und es bereitet sich in internationaler Zusammenarbeit unter Federführung der NATO kontinuierlich darauf vor.

Etwas ist aber doch durchgesickert: Die Österreicher_innen hatten Ressourcenprobleme. Für die Übung mussten bereits das ganze Jahr 2010 Überstunden, Flugstunden und Panzer-Kilometer zusammengekratzt werden, um den Übungsplatz einmal nach Dienstschluss überqueren zu können. Leider dient ein solches Manöver auch immer dazu solche Schwächen offen zu machen und entsprechende Forderungen an die Politik zu erheben, um ihnen

Abhilfe zu verschaffen.

Was das Bundesheer ohne Ressourcenprobleme übt, ist das beherrschen von Demonstrationen – bis hin zum Einsatz von Scharfschützen bei diesen. Dazu hat sie folgendes entwickelt, was ähnlich auch NATO-Armeen als Übungsstandard haben dürften. Schließlich übt man ja zusammen.

Die „13er Pflicht“

Sie soll uns hier beispielhaft dazu dienen, einen Eindruck von zu erwartendem Vorgehen von Militärs gegen Demos und Unruhen zu bekommen. Einsätze paramilitärischer Einheiten gegen Demos gibt es auch in der EU schon lange. Man denke an den G8 in Genua oder an die gegenwärtige Situation in Griechenland. Es ist also, außer zur Zeit noch in Deutschland, kein Tabubruch mehr, Militärs gegen Demos einzusetzen. Im Kosovo gehört die Kontrolle von Demos zum Alltag der Bundeswehr und sie übt es seit langem auf ihren deutschen Übungsplätzen.



Die Österreicher_innen haben folgenden Standard entwickelt:

Die „13er“ ist ein Verfahren für das Erlernen eines Einsatzes gegen Demonstrierende und Aufständische. Oder um es in der Sprache der Militärs zu sagen. „Die 13er Pflicht ist ein Drillprogramm zur Anwendung der Einsatztechnik „Beherrschen einer Demonstration“ im Rahmen der Kompanie“. Im Kosovo setzt das Bundesheer das Erlernete um.

Zunächst müssen alle Auszubildenden vorher theoretisch über die Grundsätze, die Schutzausrüstung, die Grundtechnik und die Kampfmittel des „Ordnungseinsatzes“ Bescheid wissen.

Als Ausrüstung soll über Abwehrsprays, Impulslöschgeräte, Schutzschilde, Kampfhelme, Schoner, Granatgewehre und Vorderschaftrepetierflinten (sog. Pumpguns) verfügt werden. Schließlich geht es ja um einen Einsatz gegen eine Demonstration.

In die Einsatzkompanie werden mindestens ein Greiftrupp, Hunde, ein Doku-Team und ein Scharfschützentrupp eingegliedert. Der Scharfschützentrupp wird in den Richtlinien als „unverzichtbar“ bezeichnet, ebenso wie Schwenkflügelgitter und gepanzerte Fahrzeuge.

Nun folgt ersteinmal die Beschreibung der 13er Pflicht in Zitaten aus der Anleitung im Militärjargon.

„Systematik

Die 13er Pflicht ist auf vier Phasen aufgebaut und unterteilt sich in 13 Unterschritte (Tempi). Sowohl die Phasen als auch die Tempi sind in festgelegter Reihenfolge durchzuführen.

Bei den Phasen wird berücksichtigt, dass der Ordnungseinsatz auch nach taktischen Kriterien erfolgt. Die Phasen 1 und 2 sind mit dem Verzögerungskampf vergleichbar. In der Phase 3 erfolgen die Aufnahme der verzögernden Kräfte durch die im Puffer (verteidigungsgünstiges Gelände) eingesetzten Teile der Kompanie und der Übergang zur Verteidigung. In der 4. Phase wird verteidigt.

Phase 1 – Aufmarsch

Tempo 1 – Einnahme der Grundaufstellung und Einmarsch:

Der Kommandant befiehlt die Grundaufstellung. Dann erfolgt der Einmarsch in den Einsatzraum.

Tempo 2 – Beziehen der Sperrkette:

Der Scharfschützentrupp und der Dokumentations-trupp beziehen ihre Stellungen. Sie erkennen eine

Menschenmenge, die sich in Richtung der Kompanie bewegt. Teile des ersten Zuges werden als Sperrkette eingesetzt. Der Kommandant bereitet sich auf Verhandlungen mit den Demonstranten vor.

Tempo 3 – Verhandlungsführung:

Die Menschenmenge hält vor der Sperrkette. Das Verhandlungsteam beginnt mit der Verhandlung.

Phase 2 – Schildtechnik

Tempo 4 – Verstärken der Sperrkette:

Die Menschenmenge verhält sich zunehmend aggressiver. Sie ist nicht gewillt abzugeben. Der Kommandant lässt die Sperrkette verstärken. Nun bildet der gesamte erste Zug die Sperrkette.

Tempo 5 – Steinwurf:

Gegenstände werden in Richtung der Sperrkette geworfen. Diese und das Verhandlungsteam wenden die Formationsart „Schutz“ (einschließlich Schildtechniken) an. Das Verhandlungsteam macht sich zum Abrücken bereit. Der zweite

Zug errichtet eine Engstelle mit Puffer.

Tempo 6 – Bewegen der Formation:

Das Verhandlungsteam rückt ab. Der Sanitätstrupp, der Greiftrupp und der Löschtrupp rücken vor. Eine bereits in Tempo 1 errichtete Schnellsperre wird durch Soldaten entfernt. Die Sperrkette führt dabei eine Vorwärts- und eine Rückwärtsbewegung durch.

Tempo 7 – Abdrängen mit Keil:

Der Druck der Demonstranten auf die Sperrkette erhöht sich. Der Kommandant befiehlt dem zweiten Zug „Keil“. Dieser nimmt die Grundaufstellung für den Keil in unmittelbarer Nähe der Sperrkette ein. Auf Befehl wird die Sperrkette geöffnet und der Keil stößt vorwärts.

Tempo 8 – Vorbereiten zum Abfließen in die Engstelle:

Der Puffer wurde bereits durch den zweiten Zug errichtet. Die Demonstranten erhöhen den Druck weiter. Der Kommandant beschließt, in die Engstelle (sperr- und verteidigungsgünstiges Gelände) zurückzugehen und befiehlt beiden Zügen und den Trupps das Abfließen vorzubereiten.

Tempo 9 – Abfließen in die Engstelle:

Auf Befehl fließen alle Teile, die sich vor dem Puffer befinden, geordnet in die Engstelle ab. Der Puffer wird durch eine Sperre nach vorne (in Richtung der Demonstranten) begrenzt. Der Kommandant beantragt beim übergeordneten Kommando die Freigabe des Einsatzes nicht tödlicher Kampfmittel.



Phase 3 – Kampfmittleinsatz

Tempo 10 – Einsatz nicht tödlicher Kampfmittel:
Die Demonstranten versuchen, die vordere Sperre des Puffers zu räumen. Einige Aufständische dringen in den Puffer ein. Der Kompaniekommandant hat die Freigabe zum Einsatz nicht tödlicher Kampfmittel erhalten. Er setzt diese nach einer Ankündigung nun abgestuft ein.

Tempo 11 – Bergung der Verwundeten:
Ein Demonstrant wird verwundet. Der Kommandant befiehlt, ihn zu bergen. Teile der Kompanie rücken vor, bergen den Verwundeten und übergeben ihn dem Sanitätstrupp.

Phase 4 – Ausmarsch

Tempo 12 – Abfließen aus der Engstelle:
Die Demonstranten ziehen sich zurück und die Demonstration löst sich auf. Der Kommandant befiehlt das Abfließen aus der Engstelle. Die im Puffer eingesetzten Kräfte werden herausgelöst und fließen in die Tiefe ab.

Tempo 13 – Kräfteschonender Einsatz:
Es wird der kräfteschonende Einsatz befohlen. Die als Sperrkette eingesetzten Soldaten rücken ab. Nur schwache Kräfte der Kompanie verbleiben im Bereich des Puffers.



Scharfschützen auf Hubwagen

Anwendung

Die 13er Pflicht dauerte in der Übung [ein halbes Jahr lang, einmal wöchentlich], einschließlich Auf- und Abbau, jeweils maximal zwei Stunden. Durch dieses Drillprogramm wird der Kompaniekommandant im Führen seiner Einheit geschult. Es wird vermittelt, dass die eigene Handlungsfähigkeit im Ordnungseinsatz erhalten bleibt. Zusätzlich zeigt die 13er Pflicht, dass der Einsatz tödlicher Kampfmittel stets das allerletzte Mittel im Ordnungseinsatz darstellt und daher die Ausnahme ist.

Die Überprüfung aller Kompaniekommandanten in der Anwendung der 13er Pflicht wird als CRC (Crowd and Riot Control)-Matura bezeichnet.

Behelfsmäßige Scharfschützenstellung

Das Panzergrenadierbataillon 13 entwickelte eine behelfsmäßige Scharfschützenstellung speziell für den Ordnungseinsatz in urbanem Gebiet. Denn dort ist der Einsatz von Scharfschützen aufgrund verschie-

dener Vorgaben oftmals eingeschränkt. Des Weiteren kann es der Einsatz erfordern, demonstrativ – also von jedermann einsehbar – Stellung zu beziehen.

Vorgaben zwingen den Scharfschützen zu einer untypischen Stellungswahl. Die entwickelte behelfsmäßige Scharfschützenstellung ermöglicht es, Scharfschützen als Kernelement des Ordnungseinsatzes trotz Einschränkungen wirkungsvoll zum Einsatz zu bringen. Die ca. zehn Kilogramm schwere und zusammengelegt nur rucksackgroße Stellung kann von einem Schützen am Rücken mitgetragen werden. Sie ist in kurzer Zeit auf verschiedensten Gebäudedächern montierbar. Sie bietet von diesem aus die Möglichkeit zur Beobachtung und zum Waffeneinsatz. Die Stellung schränkt den Scharfschützentrupp nur wenig ein und ist speziell für demonstrative Einsätze geeignet.

Der Schütze kann – ohne Wohnungen zu betreten – vom Dach aus beobachten und schießen. Das Dach schützt ihn dabei zu zwei Dritteln vor gegnerischer Waffenwirkung. Der Schütze kann lageangepasst innerhalb weniger Minuten die Stellung wechseln oder in den verdeckten Einsatz übergehen. Die Tritt- und Brustauflagefläche sind der Körpergröße, der Körperhaltung und der Dachbeschaffenheit stufenlos anpassbar.

Schwenkflügelgitter

Das Schwenkflügelgitter basiert auf Erfahrungen und Erkenntnissen der britischen Armee in Nordirland. Es wurde bis zur Serienreife weiterentwickelt. Die Vorteile des Systems liegen im Bereich der Mobilität und der Schutzwirkung. Durch Schwenkflügelgitter können eigene Kräfte eingespart werden, die aufgrund des hohen Personalbedarfs im Ordnungsdienst meist ohnedies an anderen Stellen dringend benötigt werden.

Das Grundmodul des Schwenkflügelgitters besteht aus zwei schwenkbaren Gitterteilen und einer Grundplatte die mittels Adapter auf Ketten- und Räderfahrzeugen angebracht werden kann. Zusammengeklappt ist es schnell und leicht transportierbar. Der Aufbau ist einfach: Hat das Trägerfahrzeug sein Ziel erreicht, werden die Schwenkgitter ausgeklappt, arretiert und abgestellt. Mit einer Höhe von zumindest zweieinhalb Metern und einer Breite, die der einer durchschnittlichen zweispurigen Straße mit Gehsteig in verbaulichem Gebiet entspricht, hat das Schwenkflügelgitter eine abschreckende Wirkung auf Demonstranten und wirkt darüber hinaus deeskalierend. Es bewirkt eine personalsparende Trennung von Soldaten und Demonstranten. Darüber hinaus bietet es Schutz gegen Wurfgeschosse, kann nicht übersprungen werden und hält dem Druck von Menschenmengen stand. Das vermindert das Risiko von Verletzungen, wie sie bei Ordnungseinsätzen häufig

aufzutreten.

Die Schwenkflügelgitter kamen auf dem Kampfpanzer Leopard 2A4 und dem Mannschaftstransportpanzer Pandur zum Einsatz und haben sich bestens bewährt – vorwiegend im Ordnungseinsatz in urbanem Gebiet.“

So, jetzt sprechen wir wieder.

Es offenbart sich uns also wahrlich kein umwerfend neues Konzept oder geheimes Wissen. Es ist aber gut, eine mögliche Taktik der Gegenseite zu kennen, damit man vorbereitet agieren kann, wenn es drauf ankommt. Ähnliche Übungseinheiten durchlaufen auch die deutschen Soldat_innen, bevor sie eingesetzt werden. Allerdings erscheinen sie beim Üben von Demobekämpfung in den öffentlich verfügbaren Quellen ähnlich starr und unflexibel, wie die österreichische Variante. Es braucht halt immer einen Befehl und einen klaren Ablauf.

Die vermeintliche Schlichtheit der Übungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Brisanz des Einsatzes von Militär gegen Demonstrierende er-



halten bleibt, da im Zweifelsfall mit tödlicher Gewalt gegen Leute vorgegangen wird, die es sich lediglich herausnehmen, ihre Meinung per Demonstration kund zu tun. Der Einsatz von Militär gegen das erkämpfte

Recht freier Meinungsäußerung ist eines der schärfsten repressiven Mittel gegen dieses

Wir rechnen nicht mit einem baldigen Aufstandsszenario in Deutschland oder Österreich – nur damit das hier nicht falsch verstanden wird. Aber es ist kein Geheimnis, dass die Regierungen, die Bullen, die Geheimdienste und das Militär sich verstärkt genau darauf vorbe-

reiten. Wir sollten wissen, wie sie das tun – und sie stoppen, wo wir nur können. Zum Beispiel auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ).

Luigi Lucheni

Krieg beginnt hier - in der Löberfeldkaserne

Seit Anfang Januar wird die bundesweite Logistik der Bundeswehr aus der Löberfeld-Kaserne in Erfurt koordiniert. Wenn in Somalia ein Panzer fehlt oder in Afghanistan die Munition ausgeht, tritt das Logistik-Kommando an und liefert die Infrastruktur des Todes in alle Welt. Am 15.1.2013 fand zur feierlichen Eröffnung ein Appell statt, bei dem Prominenz aus Politik und Militär sich die Gewehre in die Hand gaben. Im Vorfeld und danach gab es mehrere antimilitaristische Aktionen.

Schon in der Nacht auf Dienstag hatten „autonome Deserteur_innen“ mehrere Kriegsdenkmäler rund um Erfurt mit Parolen versehen und dazu auf Indymedia erklärt:

„Kriegsdenkmäler mit Sprüchen wie „Und wer den Tod im heiligen Kampfe fand ruht auch in fremder Erde im Vaterland“ oder „Unseren Helden“ verhöhnend die Opfer des deutschen Militarismus. Sie feiern die mörderischen Tugenden Pflichterfüllung, Ehre und Treue, die seit Jahrhunderten dabei helfen, nationale Interessen gewaltsam durchzusetzen. Mit blindem Gehorsam wird Tod und Elend in alle Welt exportiert. Spätestens seit 1992 steht die Bundeswehr in dieser Tradition. Die Auslandseinsätze in Afghanistan, Kosovo, Libanon, Bosnien-Herzegowina, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo sichern wirtschaftliche und machtpolitische Interessen wie den weltweiten Zugang zu Rohstoffen und Handelswegen. Wer

dabei stört, wie die Piraten vor der Küste Somalias, wird erschossen – und Logistik aus Erfurt sorgt dafür, dass immer genug Munition im Magazin ist. Soldaten sind keine Helden. Generäle sind keine Helden. Büroschreibkräfte und Scharfschützen sind keine Helden. Mörder sind keine Helden. Nie wieder Krieg.“

Während des Appells demonstrierten Aktivist_innen vor der Kaserne und verteilten ein antimilitaristisches Flugblatt. Dazu gesellten sich Genoss_innen von solid. Heute, am Tag der Eröffnung gab sich DER TOD die Ehre und verteilte Flyer in der Erfurter Innenstadt. Vor allem ältere Bürger_innen waren empört, dass die vermeintliche Stadt des Friedens jetzt Kriegslogistik zur Verfügung stellt.

Doch nicht nur die Eröffnung des Logistikzentrums, auch die aktuellen Werbemaßnahmen der Bundeswehr in Erfurt waren Grund für Aktionen. Am Montag wurde während einer Berufsmesse der integrierten Gesamtschule IGS Erfurt, auf der auch die Bundeswehr mit einem Stand vertreten war, Flyer an Schüler_innen und Lehrer_innen verteilt und auch am Dienstag fanden sich Aktivist_innen, die durch das Verteilen von Flyern an der Universität Erfurt auf die, in Wissenschaft verpackte, Werbeveranstaltung eines Generals aufmerksam machten.

Erfurter Antimilitarist_innen

Aktionstag am GÜZ - Der Sprung ins kalte Wasser

Erst bleibt einem die Luft weg, dann merkt man, dass man Schwimmen kann

Seit dem Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark und dem Aktionstag am 15.09.2012 sind einige Monate vergangen. Wir hatten zu dem Aktionstag als Teil der Kampagne „War starts here! / Krieg beginnt hier!“ aufgerufen. Nun ist es für uns an der Zeit, diesen auszuwerten. Dabei verzichteten wir darauf, die Ereignisse des Tages erneut zusammenzufassen. Bereits einige Tage nach dem Aktionstag haben einige begeisterte Teilnehmer_innen den Text Aktionstag auf dem GÜZ - Zusammenfassung, Presseecho und erste Bewertung veröffentlicht. Dieser sei allen empfohlen, die einen Überblick über die gelaufenen Aktionen suchen. Wir wollen stattdessen, im Hinblick auf wahrscheinliche weitere Camps und Aktionstage gegen das GÜZ, die Erfahrungen dieses Jahres bewerten.

Die Idee: Das GÜZ öffentlich angreifbar machen

Am Anfang stand die Idee das GÜZ in zweierlei Hinsicht öffentlich angreifbar zu machen. Zunächst sollte das GÜZ als ein zentraler Ort, an dem Krieg beginnt, markiert werden. Das GÜZ sollte einer möglichst breiten Öffentlichkeit als der Ort bekannt werden, an dem jede_r Soldat_in des Heeres direkt vor dem Auslandseinsatz ein Abschlusstraining bekommt und wo die Aufstandsbekämpfungstadt Schnöggersburg gebaut wird. Darüber hinaus wollten wir aktiv in die kriegerische Normalität eingreifen. Also einen Tag den Übungsbetrieb blockieren und sabotieren.

Die Mobilisierung zu einem Aktionstag auf einem aktiven Truppenübungsplatz war für uns etwas Neues. Deshalb hatten auch wir im Vorfeld einige Bedenken, ob unsere Idee im ersten Anlauf erfolgversprechend sein würde.

Aktionstag während des Camps

Wir hatten uns dafür entschieden, den Aktionstag während des Camps stattfinden zu lassen. Dies wurde während und nach dem Camp von unterschiedlichen Zusammenhängen kritisiert. Denn die Aktionstagsankündigung hat die Platzsuche erschwert, das Camp weiter in den Fokus der Repressionsbehörden gerückt und weniger Zeit für Diskussionen gelassen. Deshalb ist es für die Zukunft durchaus diskussionswürdig, ob ein Zusammenkommen für inhaltliche Diskussionen und ein Aktionstag getrennt organisiert werden sollten. Für uns sprach und spricht weiterhin allerdings mehr gegen als für eine solche Teilung. Wir denken, dass die Mischung von Diskussion, Aktion und Ferienanarchie den Reiz von widerständigen Camps ausmacht. Wir finden es richtig eher aktions- und eher diskussionsorientierte Zusammenhänge und die, die beides

gut finden, zusammen zu bringen.

Außerdem ist es für uns schwer vorstellbar, erfolgreich zu einem Aktionstag mitten in Nirgendwo zu mobilisieren, ohne einen Anlaufpunkt anzubieten. Das heißt wir stehen immer vor dem Problem, einen zentralen und damit überwachten und im Zweifel gekesselten Versammlungsort anbieten zu müssen. Denn alleine darauf zu setzen, dass Bezüge massenhaft selbstständig aktiv werden, hieße in Kauf zu nehmen, dass nur gut vorbereitete Kleingruppen agieren und viele andere Leute, mit denen wir gemeinsam handeln wollen, nicht. Deshalb war das Gelingen unseres Konzeptes zwar davon abhängig, dass viele Kleingruppen selbstorganisiert und unübersichtlich agierten, aber es wurden auch anschlussfähige Banden auf dem Camp vorgestellt. Diese hatten die Funktion, all jene einzuladen, die keine Zeit oder Kraft für eigene Vorbereitungen hatten oder sich in größeren Gruppen einfach wohler fühlen. Wir finden es gerade auf einem so neuem Terrain der Auseinandersetzung wichtig, möglichst Vielen die Erfahrung zu ermöglichen, dass wir der scheinbar übermächtigen Kriegsmaschinerie etwas entgegensetzen können.

Trotzdem wollen wir nicht herunterspielen, dass die Ankündigung des Aktionstages den Bullen die Legitimation für offen repressive und kontrollierende Maßnahmen gegeben hat. Konkret wäre es staatlicherseits ohne angekündigte Aktionen z.B. weit schwerer gewesen, Personalienfeststellungen und Kontrollen gegen fast alle Campteilnehmer_innen zu rechtfertigen. Wir können das Dilemma nicht aufheben, dass einige nicht kommen konnten, weil sie anonym bleiben möchten. Denn wir glauben, dass

wir uns nicht vormachen sollten, dass ein reines Vernetzungs- und Diskussionscamp wesentlich weniger interessant für die Repressionsbehörden gewesen wäre. Die Überwachung würde nur verdeckter organisiert werden. Denn ein antimilitaristisches Camp, das hauptsächlich von autonomen Strukturen getragen wird und sich in den Kontext der Kampagne „War starts here! / Krieg beginnt hier!“ setzt, ist so oder so von großem Interesse.

Insgesamt denken wir deshalb, dass es richtig war, Camp und Aktionstag zusammen zu denken und dass wir auch in Zukunft ohne den Rahmen eines Camps nicht in der Lage sind, mit vielen Leuten am und auf dem GÜZ zu handeln.



Raus aus dem Camp - Rauf auf das GÜZ

Unser Konzept war also eng mit dem Camp verknüpft und hing damit von dem Erfolg der Platzsuche der Camporga-Gruppe ab. Die große Entfernung zum GÜZ, in der das Camp letztendlich stattfand, empfanden wir zuerst als Manko. Dagegen bewerteten wir das per Allgemeinverfügung erlassene Demoverbot rund um das GÜZ zwar als politisch und juristisch skandalös, aber praktisch von geringer Bedeutung. Denn wir wollten auf das GÜZ und da darf mit und ohne Demoverbot nicht demonstriert werden. Trotzdem war es für das Gelingen unseres Konzeptes sehr gut, dass vom Camp aus die Mahnwache am Letzlinger Markt aufrechterhalten wurde und Leute von außerhalb wenigstens eine der geplanten Kundgebungen juristisch durchsetzen konnten. Durch diese Konstellation der legalen Anlaufpunkte (Camp, Mahnwache, Kundgebung) wurden die ca. 15 km, die das Camp vom GÜZ entfernt war, zu unserem Vorteil. So war es für die Bullen nicht möglich, die Campteilnehmer_innen gar nicht erst aus dem Camp zu lassen oder einzeln oder im großen Wanderkessel zur genehmigten Kundgebung zu bringen. Außerdem wurde die zu überwachende Fläche dadurch noch größer und endgültig nicht mehr lückenlos kontrollierbar. Die Bullen entschieden sich, ihre Kräfte rund um das Camp, die genehmigte Kundgebung vor der Kommandozentrale und entlang der Bundesstraße 71, der westlichen Grenze der Demoverbotszone, zu konzentrieren. Dadurch gab es anderswo sehr große Lücken, die von vielen genutzt wurden, um auf das Militärgelände zu gelangen. Unserer Einschätzung nach waren die Bullen außerdem überrascht davon, wie viele Zusammenhänge nicht vom Camp aus los gegangen sind. Während die Bullen so aufgestellt waren, als ob bei der Kundgebung ein Sturm auf die Kommandozentrale zu verhindern sei, sind erfreulich viele Aktivist_innen quer durch die Wälder auf den Übungsplatz eingedrungen. So ist es auch größeren Gruppen gelungen, den ganzen Tag ohne ernsthaften Bullenkontakt auf und um das GÜZ unterwegs zu sein. Unsere Einschätzung, dass wir mit ein wenig Vorbereitung und einem Verteilen über die Fläche, trotz tausenden Bullen, nicht alle daran gehindert werden können den Platz zu entern, hat sich bewahrheitet. So hat z.B. eine Gruppe von ca. 40 Aktivist_innen berichtet, dass sie trotz ihrer Größe bis zum Zusammentreffen mit einem Panzermanöver nicht bemerkt wurde. Obwohl sie sogar von Westen, der dem Camp zugerichteten, besser bewachten Seite kam, konnte sie sich durch das Meiden von Straßen und Wegen stundenlang frei bewegen. Auch nachdem sie auf sich aufmerksam ge-



macht hatte, waren Bullen und Feldjäger nicht in der Lage, in dem unwegsamen Gelände genügend Kräfte zusammen zu ziehen, um ihrer habhaft zu werden. So berichtete die Gruppe zwar von einer stundenlangen Helikopterverfolgung und einem Zusammentreffen mit einer Handvoll Feldjägern, doch auch davon, dass diese und die Bullen viel zu unflexibel für eine Verfolgung am Boden waren. Durch die Flucht quer durch Wald und Sumpf, einem Gelände in dem an eine Verfolgung mit Autos nicht zu denken ist, konnte die Gruppe unerkannt entkommen.

Die Künstler_innengruppe Lebenslaute hat davon berichtet, dass sie, von Nord-Osten kommend, sogar mit Autos bis an die Platzgrenze fahren und sich anschließend mit ihren Musikinstrumenten auf den Wegen Richtung Westen weiter in das Gelände hinein bewegen konnte. Während im Westen, der Camp zugewandten Seite, also schon nur die Wege kontrolliert werden konnten, gab es im Osten nicht mal an allen Zufahrten Kontrollen.

Für uns bleibt festzuhalten: Wenn viele Gruppen von unterschiedlichen Orten starteten, von allen Richtungen kämen und flexibel genug wären im Zweifel Wege zu meiden, wäre ein Agieren auch mit relativ vielen Leuten möglich. Für einen nächsten Anlauf heißt dies, dass wir unsere Erfolgchancen weiter erhöhen können, wenn wir noch mehr Leute sind und die Punkte an denen wir das Übungsgelände betreten noch breiter über die ca. 90 km lange Platzgrenze verteilen können.

Übungsbetrieb lahmlegen - GÜZ umgestalten - Zusammenkommen

Zunächst müssen wir festhalten, dass das für Phase 1 angedachte Entern zwar wie geplant funktioniert hat, dies aber nicht die von uns erwartete Folge des Manöverabbruchs hatte. Es war eine Fehleinschätzung, dass die Aktionstagsankündigung oder spätestens das Eindringen von zig Aktivist_innen auf den Platz reicht, um eine Einstellung des Übungsbetriebs zu erzwingen.

Wir glauben deshalb aber nicht, wie zwei Gruppen in ihren Auswertungen (Interim 744 und links unten. indymedia) vermuten, dass wir einfach zu einem Teil der Übung gemacht wurden.

Die Bundeswehr hat einen sehr langfristig angelegten Zeitplan, der von den Auslandseinsätzen und ihren Erfordernissen abhängt. Die Panzerbrigade, deren Manöver gestört wurde, musste z.B. einige Tage später nach Afghanistan verlegt werden und eine andere dort stationierte Brigade ablösen.

Weder der enge Zeitplan, noch die Einsatzrealität in Afghanistan lassen es zu, dass die Übungsszenarien in der von uns vorgenommenen Art und Weise verändert werden. Sicher übt die Bundeswehr Aufstandsbekämpfung und

den Umgang mit Demonstrant_innen. Deshalb kann sie aber nicht eine Panzerbrigade, die ein Gefecht üben soll, plötzlich üben lassen, wie damit umzugehen ist, wenn Panzer pink angemalt werden. Dies entspricht einfach nicht den militärischen Erfordernissen des unmittelbar bevorstehenden Einsatzes. Die Übungszeiten und Szenarien sind langfristig geplant und damit nicht so flexibel, dass derartig unvorhersehbare Elemente wie unser Aktionstag einfach mal in die Übung integriert werden können. Im Gegenteil; Das GÜZ ist so ausgelastet und unflexibel, dass lieber in Kauf genommen wurde, Aktivist_innen durch die Aufrechterhaltung des Übungsbetriebs zu gefährden, als einen Tag zu verlieren. In der Begründung für die Allgemeinverfügung (Demoverbot) wurde sogar behauptet, jeder Ausfall von Übungsstunden gefährde das Leben der Soldat_innen, da diese dann schlechter vorbereitet in den Einsatz gehen müssten. Natürlich ist diese Behauptung eine propagandistische Übertreibung, die vor allem die Gerichte beeindrucken sollte, um das Demoverbot durchzusetzen. Trotzdem zeigt es, wie hoch die Bundeswehr Eingriffe in den Übungsablauf hängt.

Es stimmt natürlich, dass Bundeswehr und Bullen durch den Aktionstag eine willkommene Gelegenheit bekamen, Erfahrungen in der Durchführung gemeinsamer Großeinsätze zu sammeln. Doch so lange wir nicht in der Lage sind die Repressionsbehörden abzuschaffen, lernen sie durch jeden unserer Schritte dazu. Das kann uns aber nicht davon überzeugen, nichts Neues auszuprobieren. Denn wir haben mehr an ihnen geübt, als sie an uns. Wir haben einen kleinen Teilerfolg auf der Suche nach geeigneten Interventionspunkten in die Kriegsmaschinerie errungen und dabei eigene Erfahrungen gesammelt, auf die wir aufbauen können.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass ein offenes Aktionstagskonzept, das Raum für unterschiedliche Gruppen und Spektren und ihre jeweiligen Aktionsideen bietet, ohne anschließende Distanzierungen funktionieren kann. Wir haben gelernt, dass es möglich ist, angekündigt in militärisches Sperrgebiet einzudringen, dort massig Sachbeschädigung und Sabotage durchzuführen und unerkannt zu entkommen. Wir wissen jetzt, dass es auf dem Gelände selbst für relativ große Gruppen möglich ist zu agieren und dass wir, wenn wir mutig sind, z.B. Panzer im laufenden Betrieb stoppen und anmalen können.

Wir haben aber auch gelernt, dass die Bundeswehr die Einhaltung des Übungsplans höher hängt, als die Unversehrtheit eindringender Zivilist_innen. Wenn wir erneut auf das GÜZ gehen, muss uns klar sein, dass wir nur selbst für unsere Sicherheit garantieren. Dies zeigt sich nicht nur durch die Aufrechterhaltung des Betriebs, sondern auch dadurch, dass in einer Situation Aktivist_innen mit einem Panzer verfolgt wurden und in einer anderen Situation Feldjäger Gewahrsamnahmen mit vorgehaltenen Schusswaffen durchführten.

Aus unserer Sicht sollten wir dazu zwei Dinge diskutieren: Wie schaffen wir es, dass mehr größere Gruppen agieren oder kleine sich treffen und so durch Masse einen gewisser Schutz gewährleistet werden kann? Wie können wir eine bessere Dokumentation unserer Aktivitäten im Sperrgebiet und der Reaktionen von Bullen und Militär gewährleisten und dabei die Anonymität von Aktivist_innen schützen? Wobei dies nicht nur eine Frage unserer Sicherheit, sondern auch eine unserer Außenwirkung ist. Wir freuen uns sehr, wenn ganze Übungsdörfer in rosa erstrahlen, stinken, mit Parolen bedacht oder verwüstet werden. Trotzdem ist es schade, wenn außer uns und den Soldat_innen, die aufräumen müssen, niemand davon mitbekommt. Denn ein Laufpublikum, wie in einer zivilen Umgebung, gibt es nicht und ohne gelieferte Bilder übernimmt die Presse die Lügen der Bullen und Militärs.

Dies zeigte die Darstellung des Aktionstages in den meisten Presseorganen, die behaupteten lediglich eine Handvoll Aktivist_innen hätte das Gelände erreicht und sei dort festgenommen worden.

Also müssen wir für ein nächstes Mal auch überlegen, wie wir mit so vielen Menschen auf den Platz kommen, dass der Betrieb nicht nur gestört, sondern tatsächlich lahmgelegt werden kann.

Dieses Ziel halten wir für realistischer, als den Versuch auf dem Gelände mit vielen Gruppen zusammen zu kommen. Denn es hat sich gezeigt, dass dieses für Zusammenkommen aller Gruppen aufgrund der großen Entfernungen nicht funktioniert.

Fazit

Wir denken, die Idee zum Aktionstag und der Versuch, den wir unternommen haben, waren richtig, auch wenn wir an einigen Punkten mit unseren Einschätzungen deutlich daneben lagen.

Denn der Aktionstag hat dazu beigetragen, das Interesse am Camp, dem GÜZ und dem Bau der Übungsstadt Schnöggersburg zu steigern. In den Dörfern rund ums GÜZ und der lokalen Presse war das Thema unübersehbar.

Auch in einigen überregionalen und bundesweiten Medien wurde über GÜZ und Camp berichtet. Insofern hat die Markierung des GÜZ, als ein Ort an dem Krieg beginnt, funktioniert.

Darüber hinaus wollten wir aktiv eingreifen, in die kriegerische Normalität. Also an einem Tag den Übungsbetrieb blockieren und sabotieren. Dies ist nur teilweise gelungen. Wir sind aber zuversichtlich, dass auf Grundlage der nun gemachten Erfahrungen ein Konzept entstehen kann, das uns in die Lage versetzt, das GÜZ wirklich lahmzulegen.

Der Krieg beginnt hier - halten wir ihn hier auf. Der Aktionstag war ein richtiger Schritt, um aus dieser Parole eine reale politische Praxis zu entwickeln.

Krieg beginnt hier -

Aktionsticker Juli 2012 - Anfang Februar 2013

Wir haben mal wieder eine Sammlung von Aktionsberichten mit Bezug auf die „Krieg beginnt hier / war starts here“ - Kampagne zusammengestellt. Wir knüpfen damit an die Sammlungen, die wir im autonomen Blättchen Nr. 8 und Nr.10 veröffentlicht hatten, an. Den Aufruf zur Kampagne findet ihr u.a. im autonomen Blättchen Nr. 6 oder im Internet z.B. bei antimilitarismus.blogspot.de. Berichte zu den meisten Aktivitäten, die im Rahmen der Kampagne stattgefunden haben und einen aktuellen antimilitaristischen Aktionsticker findet ihr bei:

www.bundeswehr-wegtreten.org

Wie immer gilt, dass wir bestimmt einiges übersehen haben, denn viele Gruppen und Initiativen beziehen sich auf die Kampagne und nicht immer wird darüber berichtet. Ebenso gilt weiterhin, dass die Aktionen inhaltlich wie praktisch ein erfreulich breites Spektrum haben und diese Sammlung auch ein Anreiz sein soll, selbst aktiv zu werden.

Alle Aktionsberichte/-erklärungen sind stark gekürzt – Alle Ausschnitte aus Aktionserklärungen sind dokumentiert.



08.07.2012 Altmark: Kaserne auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) markiert

Eine leer stehende Kaserne auf dem GÜZ wurde großflächig in magenta markiert. „WarStartsHereCamp.org 12.-17. 2012, Lets stop it here! X Güz Sabotieren!“

20.07.2012 Berlin: Gelöbnix

Etwa 300 Menschen beteiligten sich an der Gelöbnix-Demonstration unter dem Motto „Der Krieg beginnt hier – der Widerstand auch!“. Außerdem wurde versucht das Gelöbnix im Bendlerblock mit Trillerpfeifen, lauter Musik und Sprechchören akustisch zu beeinträchtigen.

12.08.2012 Husum: Farbbeutel für Bundeswehrfahrzeuge

Während des „Militarismus jetzt stoppen“-Camps wurden mehrere auf dem Hof der Fliegerhorstkaserne abgestellte Bundeswehrfahrzeuge mit Farbbeuteln beworfen. In einem Schreiben zu der Aktion werden die Militarisierung nach Innen und die Kriege nach Außen thematisiert und erklärt „nicht nur symbolische, sondern auch direkte Aktionen und Widerstand gegen die Bundeswehr“ seien nötig.

16.08.2012 Haldensleben: Freikarten nach Schnöggersburg

In der Fußgängerzone wurde der erste U-Bahnfahrkartenautomat der Altmark eröffnet. Es gab Kaffee, Kuchen, Luftballons und das neue „Schnöggersburger Extrablatt - Unabhängig, Untergründig, Unberechenbar.“ Schnöggersburg ist eine Großstadt, die auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark für das Üben von militärischen Operationen im urbanen Raum gebaut wird. Bereits einen Tag später wurde auf dem Gardeleger Marktplatz ein zweiter Fahrkartenautomat eingeweiht. Einige Tage später bekam dann auch Letzlingen einen Automaten.

20.08. - 01.09.2012 Hamburg: Kriegstreiber markiert und sabotiert

Im Rahmen von antimilitaristischen Aktionswochen vor dem Antikriegstag gab es zahlreiche militante Aktionen. In einem Schreiben bekennen sich Antimilitarist_innen zu folgendem:

„x brennender Fahrzeugpark bei Kriegsschiffausrüster x Siemens-Kfz tiefergelegt und Scheiben eingeschlagen x Farbe am Haus des Vorstands von EULER/HERMES-Versicherungen x Häuser von Mitgliedern des FREUNDESKREIS AUSBILDUNG AUSLÄNDISCHER OFFIZIERE an der Führungsakademie mit Farbe beworfen“ In der Presse wird zudem ein abgebranntes Bundeswehr-

auto erwähnt. Die Antimilitaristen schreiben außerdem: „Die Führungsakademie der Bundeswehr ist die militärische Ausbildungsstätte der Streitkräfte in Deutschland. Viele tausend Killer sind hier zu Generals- und Admiralstäblern ausgebildet worden. [Er ist] eines der besten militärisch-diplomatischen Instrumente der BRD. Euler Hermes Kreditversicherungen schützen Exporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen. Insbesondere im Rüstungsgeschäft ist die Gewährung von Exportkreditgarantien extrem wichtig. Wärtsilä Deutschland GmbH produziert Schiffspropeller und Schiffsdieselmotoren für Kriegsschiffe aller Art. Krieg dem Krieg es gibt kein ruhiges Hinterland!“

27.08.2012 Berlin: Orte zivil-militärischer Zusammenarbeit (ZMZ) angegriffen

In einem ausführlichen Schreiben thematisiert eine antimilitaristische Gruppe die Funktion der ZMZ und der von ihr angegriffenen Firmen/Orte und erklärt: „Die Imtech Hauptniederlassung in Neukölln, die Niederlassung des Sonderforschungsbereich SFB700 in Dahlem wurden mit Farbe und Steinen markiert und Autos des BW/Deutsche Bahn Furhparks und des Technischen Hilfswerks den Flammen des antimilitaristischen Feuers übergeben. Wir sehen unsere Aktion

als dezentralen Beitrag zum antimilitaristischen Aktionstag des Antifa Camps in Dortmund, als Teil der „War Starts here“ Kampagne und für den Internationalen Antikriegstag am 1. September.“

27.08.2012 Dortmund: Antimilitaristischer Stadtrundgang

Etwa 60 Teilnehmer_innen des Dortmunder AntifaCamps beteiligten sich an einer Stadtführung zum Thema zivil-militärische Zusammenarbeit. Außerdem wurde das Justizgefängnis Lübecker Hof der Schießstand Buschei, wo im Zweiten Weltkrieg mehrere Deserteure der Wehrmacht hingerichtet wurden, besucht. Dort fand eine Gedenkveranstaltung, mit dem Wehrmachtsdeserteur und Antimilitaristen Ludwig Baumann, für die Opfer der NS-Militärjustiz statt.

29.08.2012 Kiel: Feuer und Farbe gegen IMTECH

Die „Autonome Gruppe „Give peace a chance!““ schreibt in ihrer Erklärung zu der Aktion: „Wir haben die Firma IMTECH MARINE Germany mit der Parole „WAR STARTS HERE“ versehen. Vor der Eingangstür vekippten wir außerdem einige Liter rote Lackfarbe. [Wir haben] den Fuhrparkbestand der IMTECH Deutschland GmbH durch Feuer verringert. Die Imtech Marine ist Teil der deutschen Rüstungsindustrie. Sie rüstet u.a. deutsche, polnische, britische, holländische, indonesische und singapurische Kriegsschiffe aus. Die Angebotspalette reicht von Technik für U-Boote über Schiffskühltechnik für Fregatten, hier z.B. die F124, die zur modernsten der Bundesmarine gehört, bis zu Modulen zur Kühlung von Waffensystemen. Ihnen klebt nicht nur rote Lackfarbe am Gebäude, auch ihre Hände sind blutrot. Für mehr Sand im Getriebe der Mordmaschine!“

30.08.2012 Kiel: Militärklotz verschönert

Ein Denkmal für deutsche Marinesoldaten des 1. und 2. Weltkrieges im Kieler Schickimicki-Regierungsteil Düsternbrook wurde mit pinker Farbe verschönert. In einem Schreiben zu der Aktion wird die ungebrochene Tradition des deutschen Militarismus angegriffen und festgestellt: „Angriffspunkte können ganz konkrete HerstellerInnen von Waffen sein, aber auch der ideologische Background, der Waffenproduktion in Deutschland erst ermöglicht.“

01.09.2012 Ansbach: Flashmob/Straßentheater

7 vermomnte Aktivist_innen stürmten mit Pappgewehren bewaffnet in der Innenstadt aufeinander zu. Gleichzeitig wurden Schuss- und Bombengeräusche abgespielt und Flyer zum Thema Antimilitarismus verteilt. Die Aktion endete mit einem Die-In der „Soldat_innen“ und Redebeiträgen zur nahen US-Hubschrauberbasis in Katterbach und der Kommune Ansbach, die die Kaserne durch Straßenumbau und andere Maßnahmen finanziell unterstützt.



01.09.2012 Lüchow: U-Bahnstation zur Kampfstadt Schnöggersburg eröffnet

Kriegsgegner_innen eröffneten nun auch auf dem Lüchower Marktplatz eine U-Bahn und thematisierten die Trainingsstadt für Aufstandsbekämpfung auf dem Gefechtsübungszentrum.

01.09.2012 Villingen-Schwenningen: Aktionen rund um den Antikriegstag

Zum Antikriegstag organisierte der DFG/VK eine „Alternative Stadtführung“ zu Militär und Rüstung. An einer anschließenden Kundgebung mehrerer Gruppen und einer spontanen Demonstration in die Innenstadt beteiligten sich knapp 100 Menschen. An einem Infotisch gab es eine Broschüre sowie eine Wandzeitung, die auch schon im Vorfeld in mehreren Städten der Region verteilt wurden. Oberndorf am Neckar wurde außerdem mit Transparenten als Standort der Rüstungsindustrie markiert. Außerdem reinigten Aktivist_innen des Aktionsbündnis gegen Rechts den Gedenkstein für die Opfer des deutschen Faschismus, an dem die Kundgebung zum Antikriegstag stattfand.

03.09.2012 Oberndorf: Krieg beginnt hier - im Ländle / Lebenslaute bei Heckler & Koch

Ab 4.40 Uhr blockierten 100 Chor- und Orchestermusiker_innen sowie bis zu 300 Zuhörer_innen alle fünf Werktoere der Kleinwaffenfabrik. Der musikalische Besuch bei Heckler & Koch unter dem Motto „Waffenhandwerk schafft nur Unheil“ (G.F. Händel) stieß bundesweit auf ein breites mediales Interesse. Ein Sprecher von Lebenslaute sagte: „Unser Ziel war, nicht nur vor der Gewehrfabrik zu musizieren, sondern nach Möglichkeit ihren Betriebsablauf zu stören. Es kam kein Fahrzeug mehr durch! Die Beschäftigten, die zu ihrer Schicht wollten, wurden vom Werkschutz umgeleitet. Dabei mussten sie sich natürlich durch die jeweiligen Orchester und Chöre hindurchschlängeln.“

05.09.2012 Köln: Farbe auf Anwaltskanzlei

Die verantwortlichen Antimilitarist_innen schreiben: „Zum dritten Jahrestag des vom Kriegsverbrecher Oberst Klein angeordneten Kundus-Massakers habe wir gestern den Eingangsbereich der Anwaltskanzlei Oppenhoff & Partner unter Farbe gesetzt und die Parole „Krieg beginnt hier“ hinterlassen. Die Kanzlei ist eine der renommiertesten Kanzleien in der Beratung von Rüstungs- und Logistik-Unternehmen bei deren Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder anderen NATO-Partnern. Hauptkunde der Kanzlei in diesem Sektor ist Krauss-Maffei Wegmann. Oppenhoff & Partner ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft fuer Wehrtechnik und des Foerderkreis Heer. Wir moechten mit dieser Aktion der Opfer des Kundus-Massakers gedenken und den zum General beförderten Kriegsverbrecher Georg Klein an seinem neuen Dienstort Koeln einen Nicht-Willkommensgruss als Zeichen unserer Verachtung uebersenden.“

08.09.2012 Letzlingen: Trauerspiel beim antifaschistischen Gedenken beim GÜZ

Anlässlich des jährigen Gedenkens zum Todesmarsches von KZ-Häftlingen 1944 lud Bürgermeisterin Lessing zum antifaschistischen Mahnmal ein. Anwesend waren nur wenige Menschen ohne Uniform, davon einige vom Bund der Antifaschist_innen aus Gardelegen. Die Mahnung „Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus“ schien hier nicht ernst genommen zu werden. Die Bundeswehr benutzt das antifaschistische Gedenken zur Imagepflege. Nur 1 km entfernt trainiert sie das Töten im Krieg. Antimilitarist_innen verteilten Flyer an alle Anwesenden, die die Verknüpfung von Militär und Faschismus verdeutlichten.

10.-17.09.2012 Altmark: Antimilitaristisches Camp beim Gefechtsübungszentrum (GÜZ)

Mit einem Treck aus dem Wendland und einer anschließenden Mahnwache auf dem Letzlinger Marktplatz begannen die Aktivitäten rund um das Warstarts-here-Camp. Ab dem 12.09. wurde dann das Camp aufgebaut, an dem sich im Laufe der Woche rund 350 Menschen beteiligten.

In vielen kleinen und großen Runden wurden antimilitaristische Analysen und Strategien diskutiert, gestritten, gekocht, gefeiert und Protest und Widerstand gegen Europas größten und modernsten Truppenübungsplatz in die Region getragen. Es wurde verabredet die Diskussionen schriftlich weiter zu führen. Auch 2013 soll ein Camp in der Region, ein Zusammenkommen unterschiedlicher antimilitaristischer Spektren, für Diskussion und Aktion ermöglichen.

14.09.2012 Halberstadt: Wehrdienstbüro eingefärbt

Als solidarischen Gruß an die Antimilitarist_innen, die am nächsten Morgen den Militärbetrieb im Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide sabotieren wollen, wurde das örtliche Wehrdienstbüro eingefärbt.

15.09.2012 Altmark: GÜZ geentert, markiert und sabotiert

Ca. 400 Leute beteiligten sich an dem Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ). Davon waren etwa 100 Menschen auf der Demo vor der Kommandozentrale und rund 300 haben in kleinen und größeren Gruppen auf den Militärgelände und drum herum Unruhe gestiftet. unterwegs. Maschinengewehrgeknatter und Panzerlärm wurden jäh unterbrochen, als eine 40-köpfige Gruppe mit Fahnen und Sprechchören die Deckung des Waldes verließ und einen im Manöver befindlichen Panzer umzingelte.



Eine Sichtluke wurde zugesprüht und der Panzer mit rosa Parolen verziert. Das Biwak-Süd, in dem Soldaten bei Manövern untergebracht werden, wurde mit fetten pinken Farbflecken und Parolen markiert. Bei Versorgungsgebäuden wurden Scheiben eingeworfen und diese mit stinkender Buttersäure bedacht. In einem Übungsdorf wurden Transparente aus Fenstern der Häuser gehängt, eine Antifa-Fahne auf dem Dorfplatz gehisst und Leichenpuppen hinterlassen. Auch hier wurden Parolen gesprüht. Die Musikaktionsgruppe „Lebenslaute“ gelangte mit sieben Personen bis zur Baustelle der Aufstandsbekämpfungstadt „Schnöggersburg“ und gab dort ein Friedenskonzert mit klassischer Musik. Eine größere FrauenLesben-Trans-Gruppe radelte ungestört entlang der Grenze des Militärgeländes und überklebte Militärischer-Sicherheitsbereich-Schilder mit feministischen Plakaten. Auch an zahlreichen weiteren Stellen wurden solche Schilder umgestaltet und Wege blockiert. ca. 40 Personen veranstalteten eine Spontandemonstration auf der Bundesstraße 71, die entlang der westlichen Grenze des Übungsplatzes verläuft. In Folge der Demo und des Polizeieinsatzes war die Bundesstraße längere Zeit vollständig blockiert. Es ist gut möglich, dass weitere Gruppen auf dem Gelände und drum herum unterwegs waren und Aktionen gemacht haben.

17.09.2012 Berlin: Farbe gegen Rüstungsfirma Boeing

Ein Gebäude der Firma Boeing wurde mit zahlreichen Farbbeuteln markiert. In einem Schreiben erklären Aktivist_innen: „Boeing ist einer der weltweit größten Rüstungsfabrikanten im Bereich Luft und Raumfahrt und profitiert an Kriegen und damit am Tod und Zerstörung für Kapitalinteressen.“ Sie führen einige Rüstungsprojekte auf an denen die Firma beteiligt ist und grüßen die Teilnehmer_innen des Warstarts-here-camps.

22.09.2012 Ansbach: Reservistenpropaganda gestört!

Der Reservistenverband organisierte den „Marsch der Verbundenheit“, von Würzburg nach Ansbach zum Abschluss wurde der Marsch von einigen Antimilitarist_innen gestört, indem sie mit Transparenten vor die etwa 30 uniformierten Reservist_innen liefen.

24.09.2012 Bonn: Kundgebung bei Prozessauftakt wegen GIZ-Besetzung

Einigen Antimilitarist_innen wird vorgeworfen im Vorfeld der Afghanistankonferenz 2011 die Zentrale der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bonn besetzt zu haben. Vor dem Gericht demonstrierten ca. 30 Personen gegen die kriegerische Entwicklungspolitik der GIZ und Solidarität mit den Angeklagten. Es gab bisher kein Urteil, weitere Prozesstermine folgen 2013.

07.09.2012 Altmark: Gleissabotage beim GÜZ

In einem Schreiben erklärt ein „Antimilitaristisches Ausgrabungsteam Altmark“: „Der einzige Gleisanschluss des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) Altmark ist derzeit unpassierbar. Ein zehn Meter breites Loch im Bahndamm macht Militärtransporte von Bahn und Bundeswehr vorübergehend unmöglich. AntimilitaristInnen haben am Wochenende nicht nur das Gleisbett, sondern den oberen Teil des Damms abgetragen. Mit diesem Eingriff in den Kriegsverkehr südlich von Gardelegen wollen wir zeigen, dass Krieg dort sabotierbar ist, wo er gedacht, geübt und mit Nachschub versorgt wird. Das Gefechtsübungszentrum in der Altmark ist Europas modernste Kriegsübungseinrichtung. Auf diesem riesigen Areal üben alle! Bundeswehr-SoldatInnen des Heeres bevor sie in einen der deutschen Kriege geschickt werden.“

26.09.2012 Düsseldorf: Blockade der Rheinmetall-Zentrale

Mit kurzzeitigen Blockaden und einer stundenlangen Kundgebung vor der Zentrale des Rüstungskonzerns Rheinmetall protestierten 120 Friedensbewegte gegen den Export von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien und in andere autokratische Staaten. Mindestens 200, vielleicht bis 800 deutsche Leopard-2-A7-Panzer will das saudi-arabische Regime importieren. Ähnliche Aktionen fanden auch in Heidelberg und Freiburg statt.



31.10.2012 Hannover: Rheinmetall sagt Stand auf Uni-Berufsmesse ab

An der Uni Hannover fand die Firmenkontaktmesse „Kiss Me“ statt. Hier sollen angehende KarrieristInnen mit Großkonzernen flirten. Der Messestand und der Vortrag „Rheinmetall: Faszination Technik – Einstieg und Karriereöglichkeiten“ wurden aber kurzfristig abgesagt, weil Proteste befürchtet wurden. Der Asta hatte schon vorher mehrfach die Einführung einer Zivilklausel gefordert.

16.11.2012 Freiburg: Proteste gegen Bundeswehr-Stand auf Messe

Es wurden Flugblätter verteilt und 3000 bedruckte Schnipsel wurden rund um den Bundeswehrstand und den der Rüstungsfirma Northrop Grumman verteilt.

22.09.2012 Freiburg: Protest gegen die Bundeswehr in der Arge

Polizei, Zoll und Bundeswehr veranstalten monatlich die Informationsveranstaltung „Berufe in Uniform“. Diese wurde mit Parolen rufen und 2000 bedruckten Schnipseln gestört. Außerdem veranstaltete das Friedensforum vor der Arge eine Mahnwache.

23.11.2012 Hannover: Azubitage gestört

Vom Dach der Messehalle regnete es Flugblätter und ein großes Transparent wurde herunter gelassen. Anschließend versperren die AktivistInnen den Aufgang zum Dach mit Kettenschlossern und verschwand. Andere AntimilitaristInnen stellten sich mit einem Transparent vor einen Bundeswehrstand und verteilten Flugblätter.

08.12.2012 Freiburg: Warm-Up Kundgebung vor BW-Adventskonzert

Drei Tage vor dem Bundeswehr-Adventskonzert in der Kirche St. Barbara machten etwa 40 Leute ihrem Ärger über Militarisation Luft. Es gab ein Die-In und eine Kundgebung sowie eine spontane und lautstarke Demo in der Innenstadt.

10.12.2012 Bremen: Demo gegen Friedensnobelpreis an die EU

Die EU versteht es ihre ökonomischen und politischen Machtinteressen kompromisslos durchzusetzen – ob mit kriegerischen oder anderen Mitteln. Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreis an die EU demonstrierten ca. 200 Menschen lautstark in der Innenstadt und durch den Weihnachtsmarkt.

11.12.2012 Freiburg: Blockade und Sambaband gegen Bundeswehrkonzert

In der Sankt Barbara Kirche fand das Adventskonzert des Luftwaffenmusikkorps 2 statt. Etwa 70 DemonstrantInnen und blockierten den Haupteingang. Ein Papp-Panzer sowie umherliegende „Leichen“ nahmen den Vorplatz in Beschlag. Eine Sambaband sowie dröhnende Kriegsgeräusche vom Band sorgten für angemessene Stimmung. Transparente wurden aufgespannt und Flyer verteilt.

17.12.2012 Sachsen: Bundeswehr-Konzert in Kirche gestört

Nur wenige Sekunden könnten drei AntimilitaristInnen ihr Transparent vor die Bühne halten. Sogleich kam es zu tumultartigen Szenen und auch der Rauschmiss dauerte nicht lang. Trotzdem konnte das Konzert noch mit einigen Parolen gestört werden.

17.01.2013 Heilbronn: Farbe für HypoVereinsbank

Die HypoVereinsbank in der Innenstadt wurde mit Farbe und „Krieg beginnt hier“ markiert. In einem Schreiben dazu heißt es: „Die HypoVereinsbank ist einer der Hauptsponsoren der „Sicherheitskonferenz“. Damit unterstützt die Hypovereinsbank die Kriegstreiber bei ihrer Arbeit.“

30.01.2013 Rastatt: Mobi-Aktionen zur Siko

In der Innenstadt wurden an verschiedenen Stellen antimilitaristische Transparente aufgehängt. Bereits drei Wochen zuvor war die Arbeitsagentur roten Farbbeuteln markiert worden. AntimilitaristInnen erklärten: „Grund für den Angriff ist der

geplante Vortrag von Jugendoffizieren im Berufsinformationszentrum. Seit der Abschaffung der Wehrpflicht finden immer häufiger solche Werbeveranstaltungen statt. [...] Alljährlich treffen sich im Münchener Hotel „Bayerischer Hof“, Regierungsmitglieder der NATO-Staaten, Militärs und die Kriegslobby.“

30.01.2013 Freiburg: Proteste gegen die Bundeswehr auf der Job-Start-Börse

20 Minuten konnte der Stand der Bundeswehr am Eröffnungsabend durch mit einem Transparent blockiert werden. Es wurden Parolen gerufen und „Werbematerial“ wurde von Aktivist_innen in einer Mülltüte gesammelt und fachgerecht entsorgt. Ein Die-In verdeutlichte zudem, dass Soldaten eben doch so einiges mit Töten und Getötetwerden zu tun haben. Bedruckte Schnippsel landet auch beim Stand des Rüstungsunternehmens Northrop Grumman

02.02.2013 München: Demo gegen NATO - Sicherheitskonferenz

Jährlich treffen sich in München hochrangige Politiker_innen, Kriegsstrateg_innen und Vertreter_innen von Wirtschafts- und Rüstungskonzernen – vorwiegend aus den NATO- und EU-Staaten. Trotz Streit im Vorfeld im Bündnis um völlig unnötige Distanzierungen

einiger friedensbewegter Mächtigenchefs von ehemaligen und aktiven Militanten demonstrierten rund 2000 Menschen gegen die SiKo 2013, davon einige Hundert im antikapitalistischen Block. Im Aufruf, in Redebeiträgen und mit Transparenten wurde sich auf die Kampagne bezogen.

05.02.2013 Frankfurt (Main): Bundeswehrauto angezündet

„autonome grüppchen“ veröffentlichen folgende Erklärung: „unsere wut über die verhältnisse entzündete sich an einem bundeswehrauto in frankfurt. wir möchten dieses kleine zeichen setzten gegen militarismus, staatliche überwachung und patriarchale strukturen. hierfür steht die bundeswehr. ihr geschäft ist das töten, jetzt neu auch mit drohneinsatz. die bundeswehr probt die aufstandsbekämpfung und die autoritäten träumen bereits vom großen einsatz im inneren. dem werden wir nicht tatenlos zusehen. deshalb kommt zum polizeikongress am 16.2 in berlin, natürlich auch freiheit und glück für alle in den knästen, ob sonja und christian oder denis und tim, das krümelmonster und all die anderen. krieg beginnt hier - wir können ihn stoppen“

Antimilitarist_innen von hier wo der Krieg beginnt

Eine zweigleisige Strategie -

ein offener Brief zur Fortsetzung der Debatte vom antimilitaristischen Camp

Werte MitstreiterInnen,
Wir ergreifen hiermit die Gelegenheit, einige Fragen aufzugreifen, die im Zuge der Diskussionen zu Aufstandsbekämpfung auf dem GÜZ-Camp¹ aufkamen. Zunächst wird es um das Funktionalisieren von Opfern gehen – wir möchten euch dazu einen sehr aufschlussreichen Text zum Krieg in Darfur vorstellen, der als eine Art Blaupause von Legitimierungsstrategien im Krieg gegen den Terror gelesen werden kann. Außerdem werden wir über kollektive Erinnerung reden, um das von uns geteilte Wissen über diejenigen, die sich zu unseren Feinden erheben, um ihre sich wandelnden und doch gleichzeitig altbekannten Strategien - sowie die sich ebenfalls wandelnde Wahrnehmung derselben unsererseits, die zu unterschiedlichen Einschätzungen und Konsequenzen führt. Über den einzelnen Aspekten dieses Briefes schwebt die Frage, die ein Genosse gleich zu Beginn der Freitags-Debatte an uns richtete: „Und was wollt ihr nun von UNS?“ Wir nehmen diese Frage gern auf, zeigt sie doch, dass es uns trotz aller Holprigkeit des Vortrags gelungen ist, das ins Zentrum der Betrachtung zu stellen, was unserer Ansicht nach einer der Knackpunkte ist, wenn wir den Krieg wirklich aufhalten wollen:

¹ GÜZ steht für das international genutzte, High-Tech Gefechts Übungszentrum der Bundeswehr, zwei Stunden westlich von Berlin gelegen. Mehr Infos zum GÜZ, dem War Starts Here Camp vom September 2012 und den Aufruf in mehreren Sprachen gibt's auf <http://warstartsherecamp.org>

Eine zweigleisige Strategie zu entwickeln und durchzuhalten, die gleichzeitig mit dem Versuch, den laufenden Krieg in seiner objektiv schrecklichen Existenz zu verstehen und anzugreifen immer von unserem höchstpersönlichen wie kollektiven Leben in Kriegzeiten ausgeht. Für eine realistische Einschätzung unser Handlungsmöglichkeiten halten wir es für nötig anerkennen, was wir uns nicht ausgesucht haben: Dass wir uns überall auf der Welt im Kriegszustand befinden, auch wenn die internationale Arbeitsteilung das Leid ungleich verteilt. Dies anzuerkennen ist nicht zu verwechseln mit einem selbstgefälligen Ja zum Krieg, mit kämpferischem Pathos, der sich zwar weniger hilflos anfühlt, aber nichts desto trotz steckenbleibt in einem im Wortsinne verkehrten Verständnis unserer Situation, einer Verwechslung der Orte, an denen in unserem Leben Macht und Ohnmacht zu finden sind. Grob gesagt kann es den Herrschenden scheißegal sein, welcher Allmachtsfantasie wir uns hingeben, ob wir uns in der Pose weiser Friedenspropheten oder nihilistischer Endzeitkrieger besser gefallen. Beide erfüllen die Funktion, unseren Wunsch nach Selbstbestimmung in unerreichbare Sphären zu entrücken, während wir im Alltag bereits den kleinsten Veränderungen wie ohnmächtig gegenüberstehen.

Die Verkennung der Bereiche, in denen wir etwas bewirken können, kann als Effekt einer Operation

verstanden werden, die im lautstarken Überlagern für uns wichtiger strategischer Diskussionen – unsere eigene Kraft zu erkennen und zu organisieren – mit ethisch aufgeladenen Fragen besteht, in denen wir kaum irgendwelche Entscheidungsgewalt haben. Like/Dislike Artensterben, Al Qaeda, Fukushima??? In Perspektive gelebter Autonomie stellen sich die Fragen anders. Wie es vermutlich kein Dorf gibt, das sich angesichts bleibenden Atommülls für ein AKW entscheiden würde, wird es sich eine Gesellschaft zweimal überlegen, ob sie die Folgen eines Krieges auf sich nehmen will.

Wem nutzt es, wenn wir auf eine Art und Weise diskutieren, als hinge davon, ob wir uns innerhalb oder außerhalb des Krieges definieren unsere real existierende Position im Krieg ab? Erkennen wir an, dass die Allermeisten auch in den befriedeten, reichen Staaten des Westens erneut ungefragt von ihren Eliten in den Krieg geführt wurden. Anstatt diese Tatsache in einem Schuldreflex den Opfern gegenüber auszublenden – was uns nichts kostet und ihnen nichts bringt – sollten wir uns lieber den Opferdiskurs der letzten Jahre mal genauer anschauen, der uns noch mit der Scham über die Taten unserer Armeen in die Kriegspartei des Westens einzugemeinden sucht. Nicht, dass wir es ablehnen Verantwortung zu übernehmen, etwa für unser offenkundig nicht ausreichendes Handeln gegen den Krieg. Die Frage ist, wessen Verantwortung für was. Schließlich sind wir weder Nato-Headquarter noch Verteidigungsministerium. In der regelmäßig – zuletzt im libyschen Bürgerkrieg – auch bei uns nahestehenden Leuten für Verwirrung sorgenden Diskussion, ob wir denn verantworten könnten „weiter zuzusehen“ wenn Menschen „da unten“ bombardiert werden, ob wir nicht von daher doch zähneknirschend der militärischen Intervention zustimmen müssten, ist mehr als nur eine Heuchelei der Kriegstreiber zu sehen. Zum einen organisiert diese Frage in einer Zeit, in der es mancherorts an offener Unterstützung für den Krieg mangelt, hinreichend Verunsicherung, um ihn dennoch führen zu können, zum anderen aber, und wichtiger noch, entpolitisiert der vorgeblich selbstlose Blick auf die Opfer den Krieg selbst, macht ideologisch den Weg frei für eine politische Umstrukturierung, die sich in Wortwahl, Geographie und Logik entlang alter kolonialer Linien entwickelt.

Im Buch von Mahmood Mamdani zum Darfur-Konflikt haben wir eine erhellende Beschreibung dafür gefunden, wie der Opferdiskurs als Werkzeug eines neuen Paternalismus funktionieren kann. Unser Mitgefühl mit den Opfern wird auf eine Art mobilisiert, die in erster Linie auf Entmündigung zielt. Im Mittelpunkt steht nur mehr das passive, nackte Überleben der „Menschen“. Politische oder kollektive Rechte, das Recht auf selbstbestimmung einschließlich der Legitimität,

dafür persönlich zu kämpfen, stehen nicht mehr zur Debatte. Dass Frankreich in Libyen erst intervenierte, nachdem die Verträge über Öllieferungen unter Dach und Fach waren; dass ein Einsatz der NATO auch stets dazu dient, die Entwicklung eines Landes im westlichen Interesse festzulegen (Öffnung der Märkte, Struktur-anpassung, Flüchtlingsmanagement), wird nicht mehr als Widerspruch zum Freiheitskampf der Aufständischen empfunden. Der Opferdiskurs



löscht Autonomie als potenzielle Antwort aus, denn in herrschaftlicher Perspektive können denkbare „Akteure“ nur ordnungsgemäße Institutionen sein²; er reduziert die im Aufstand sich eröffnende Frage „Wie wollen wir leben?“ aufs Multiple-Choice-Raster „Wer soll die Bevölkerung regieren?“- und gibt sich selbst die Antwort: Leider wohl wir!

Denn da der alte Staat nachweislich gescheitert ist, bleiben auf der Liste der „Schutzmächte“ nur externe Kandidaten übrig. Und wer dies als Fremdbestimmung weiter zurückweist, riskiert als egoistisch, gefühllos oder instrumentalisierend dazustehen. Dir sind die Opfer wohl egal? Dabei ist es absurd, wenn ausgerechnet die Fans militärischer Intervention den Ball mit der Behauptung zurückspielen, dass der kriegerische Prozess, der Leute zu Opfer macht für uns unbedeutend wäre. Schließlich kämpfen wir nicht zuletzt aus Empathie gegen den Krieg. Indem nun die Herrschenden vorgeben, im gleichen Interesse wie wir zu handeln – wer will „bedrohte Bevölkerungen“ nicht schützen - versuchen sie den Anschein zu erwecken, dass in Wirklichkeit sie diejenigen sind, die aus zutiefst empfundener Sorge für die Menschen die Folgen des Krieges zu lindern suchen. Ohne die Idee der Autonomie, die selbstverständlich angeborene Freiheit aller, über ihr persönliches wie kollektives Leben zu verfügen, wieder offensiv ins Spiel zu bringen, lässt sich der hermetischen Argumentation, der umfassenden Eingemeindung der Heimatfront nicht beikommen.

Doch zurück zu den Gesprächen auf dem Camp, und damit zur Frage einer Genossin, was wir uns davon versprechen, die alte Geschichte von der Aufstandsbekämpfung wieder auszugraben. Nähern wir uns der Frage im Geist einer nötigen Suche: Warum gelingt es uns nicht, den Krieg aufzuhalten, obwohl eigentlich – fast – alle dagegen sind? Ist unsere Analyse falsch oder überholt? Kennen wir unseren Feind nicht gut genug, oder nicht mehr gut genug? Einigen von Euch geht jetzt beim Wort Feind bestimmt der Hut hoch. Aber wie sollen wir diejenigen sonst nennen, die bewusst und mit aller Gewalt verhindern wollen, dass wir uns unser Leben zurückholen? Die sich

² Ein faszinierender Trick, um „gemeine“ Frauen und Männer als Handelnde - schwuppdwupp - verschwinden zu lassen. Funktioniert im Nachkriegs-Protectorat nicht anders als in der Zivilgesellschaft, achtet mal drauf.

gegen die Vernunft planetaren Überlebens und ohne Not zu unseren Feinden machen?³ Die Gewalt ist in der Welt – dies gilt es ebenso anzuerkennen, wie sich der Verlockung zu verweigern, daraus ein zynisches Sich-Einrichten in der Gewalt abzuleiten, den Hoody überzuziehen und sich solange cool zu fühlen im Sozialen Krieg, bis ein Messer im Bein einen daran erinnert, dass Krieg die Verhältnisse vielleicht erkennbarer, aber doch um keinen Deut besser macht.

Zurück zu Thema: Die Gefühlswallung, die sich in den letzten Zeilen Bahn gebrochen hat, ist einer gewissen Verzweiflung geschuldet (wer von euch den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ kennt...), dass wir in unseren Analysen, Kampagnen, Kritik und Praxen immer wieder gegen die gleichen Blockaden rennen, in die gleichen Fallen tappen, wahlweise eine alte Einseitigkeit gegen eine 180° gedrehte neue Einseitigkeit austauschen. Warum ist das so? Vorausgesetzt, wir suchen nicht einfach nach bequemen Ausreden, oder einer alternativen Karriere (gäääh!), stellt sich die Frage, ob wir etwas übersehen haben – in unserem Verständnis dessen, wie das System, der Feind, wir selbst, das Kampfterrain usw. zusammenhängt und in ihrem Sinne funktioniert. Warten wir nicht aufs nächste turbo-autoritäre Regime, um den Traum von einer Sache wieder mit Leben zu füllen. Dies sagen wir beileibe nicht, um Stress zu verbreiten nach dem Motto: Die Revolution ruft, um Nebenwidersprüche kümmern wir uns später! Im Gegenteil. Gerade weil wir das Privileg haben, nicht Hunger zu leiden oder im Schützengraben zu liegen, sollte es uns ein Anliegen sein, den wahrhaft unangenehmen Widersprüchen unserer Politik auf den Grund zu gehen – dabei aber, anders als so oft in den letzten Jahren nicht stehenzubleiben. Um einen greifbaren Anfang zu finden, ohne uns in modischer Selbstbespiegelung zu verlieren, schlagen wir vor, eine Idee des SPK, des Sozialistischen Patientenkollektivs aus den 1970ern aufzugreifen und unsere „Krankheit“ zur Waffe zu machen. Unser Durchzogenheit von Machtverhältnissen, unser Befremden uns selbst, den anderen und der Welt gegenüber zunächst festzustellen und in Ausmaß und Auswirkungen zu begreifen kann dabei nur ein erster Schritt sein. Die nächsten können nicht immer noch besser verstehen, noch komplexer darstellen bestehen. Auch diese kleine hermetische

³ Warum wir denken, dass wir uns mit der Utopie einer gewaltfreien Welt (eine Vorstellung die, wie kann es anders sein, einer extrem gewalttätigen Welt entspringt) in die Tasche lügen, warum ein Bann der Gewalt vielleicht eine andere Welt hervorbringen kann, aber keine weniger gewalttätige, könnte Thema eines weiteren Briefes sein. Eine aufrichtige Auseinandersetzung mit nicht auf staatliche Lösungen zielenden PazifistInnen wäre uns ein Vergnügen. Nicht zuletzt, weil dadurch (wieder) klarer werden könnte, was eine emanzipative pazifistische Argumentation von den sich zunehmend professionalisierenden Strategien der Gewaltfreiheit in NGO-Kreisen unterscheidet, die sich den Herrschenden nicht zuletzt im Krieg mit BeraterInnenteams und Methodenlehrgängen andient.

Welt können wir erst verlassen, wenn wir einem externen Element erlauben hinzuzutreten. Nicht bloß als genealogische Komponente unserer Selbstschöpfung, sondern auch für sich genommen, nennen wir es den Rest der Welt.

Wenden wir den Blick denjenigen Personen, Strukturen und Techniken zu, die diesen Zustand der Fremdheit, Sinnlosigkeit und Leere in uns erzeugen, und die uns überdies nahelegen, uns noch in der Ruhe unseres täglichen Scheiterns wohlzufühlen. Nicht nur uns sollten wir betrachten, wenn wir an unserem miesen Zustand was ändern wollen, sondern das, was sich unserer Emanzipation entgegenstellt. An unseren Schmerz, unsere Ohnmacht, werden wir ohnehin täglich erinnert, diese Komponente geht so schnell nicht vergessen – ihr Gegenstück, jene Personen und Strukturen, die ein aktives Interesse daran haben, uns in einem passiven Modus zu halten schon eher. Schließlich legen die Leute, die weiterhin wie die Bekloppten am Erhalt des Systems arbeiten, nicht selten großen Wert auf Diskretion. Wer kennt schon die Strategien vom „Buchklub“ Bertelsmann? Wir schlagen vor, die Opferperspektive zu verlassen, oder vielmehr in einer gleichzeitigen Bewegung aufzuheben. In Anerkennung der Erfahrungen der Opfer kämpfen wir – gemeinsam und verschieden - gegen all jene, die sich erdreisten, andere zu Opfern zu machen. So bewahren wir als Kämpfende (nicht als abstrakte „Öffentlichkeit“, die unsere Feinde mit einschließt) die Erfahrungen der Opfer, heben sie in vielfältiger Form unseren kollektiven Erinnerungen auf. Gleichzeitig aber gehen wir Beziehungen ein, versuchen eine Art von Zusammen zu kultivieren, in dem so kindischer



Scheiß wie angeborene Überlegenheit bereits heute keinen Platz mehr hat. Das ist der Zauber der Parole

„All power to the people!“

Trauen wir dem Bedürfnis, unsere Verstricktheit mit Herrschaft und Unterdrückung stets aufs Neue herauszustellen nicht so einfach über den Weg. Unser Vertrauen in

dieses Verlangen verdeckt das enorme Misstrauen, das wir offenbar gegen uns selbst hegen. Weshalb sonst fixieren wir unsere westlichen Privilegien mit derart starrem Blick, als ob das chauvinistische Verhalten automatisch bei uns einrasten würde, sobald wir uns auch nur einen Moment den Verantwortlichen der Misere zuwenden? Dass Weiße die schwarze, Reiche die arme und Männer die weibliche Perspektive auf die Welt ignorieren können, heißt das noch lange nicht, dass sie es müssen. Die Botschaft ist eine andere: Ganz so, wie jede Fernsehsendung sagt „Bleib sitzen auf der Couch und freu dich, nichts zu tun!“, so strahlt der Minderheiten-Talk, der auf noch abgefahrenere theoretische Diskurse setzt und schließlich nicht mehr weiß, was ihn vom Gender-

Mainstreaming eines beliebigen Groß-Konzerns unterscheidet, vor allem eins aus: „Es gibt keine Solidarität, kein kämpfendes Wir. Misstrau dir und den anderen - und lass die Regierung in Ruhe“. Sind wir an die vorgegebene Richtung derart gewöhnt, dass wir die Zurichtung nicht mehr sehen?

Nehmen wir als weiteres Beispiel unsere alltägliche Teilnahme am Sicherheitsdenken. Ohne groß für Verwunderung zu sorgen gilt heute als Argument für den Abschied von der Revolution, dass man eben arbeiten muss und daher keine Zeit mehr hat. Auch hier sehen wir eine merkwürdige Umkehrung am Werk. Wir machen die Revolution nicht mehr, weil die Verhältnisse zum Kotzen sind, sondern hören deshalb damit auf. Persönlich betrachtet kann Erschöpfung freilich vollkommen nachvollziehbar sein und sollte unter GenossInnen unbedingt auf Milde stoßen. Nichts desto trotz bleibt es als Argument unlogisch und politisch nicht hinnehmbar. Was ist also faul an der Sache? Was der Opferperspektive die Überlagerung der Perspektive Autonomie ist dem Sicherheitsdiskurs das Vergessenmachen der Möglichkeit, unserer Existenzangst, Normalzustand im Kapitalismus, gemeinsam gegenüberzutreten - uns auf FreundInnen zu verlassen statt auf Geld. Erinnern sollen wir uns einzig der Fürsorge des Großen Bruders.

Auch bei dieser Operation greift der billige Trick, ein absurdes Gegenteil zu behaupten: Sobald vom Kollektiv die Rede ist, wird der Reflex aktiviert, kollektives Leben ziele darauf, das Individuum auszulöschen – was nicht nur von Natur aus unmöglich ist (ich finde das Bild sehr schön, zu versuchen, die zwei Seiten von einem Blatt Papier auseinanderzureißen) sondern auch überhaupt nicht im Interesse des Kollektivs sein kann, da der Wald bekanntlich nur so stark ist wie die Bäume, die ihn bilden. Außer einer Handvoll hirnerbrannten Stalinos wird heute niemand

mehr anderes behaupten. Und dennoch: Wie oft hören wir auf größeren Treffen, dass wir keinen gemeinsamen Aufruf, keine gemeinsame Aktion brauchen, weil doch auch zu fünf ganz tolle Sachen möglich sind. Sicher doch! Das hat nie jemand in Frage gestellt! Die Abwehrhaltung kollektivem Handeln gegenüber kommt nicht daher, dass ernsthaft vertret-en würde, gemeinsame Aktionen verhindern Kleingruppenaktionen am Rande des Geschehens oder in der restlichen Zeit. Es geht mehr um das Gefühl, uns vor Vereinnahmung schützen zu müssen. Woher kommt dieses Gefühl? Gibt es dafür handfeste Gründe? Wo es auf autonomen, anarchistischen, linksradikalen Treffen der letzten Jahre wirklich kaum noch Gruppen gibt, die sowas ernsthaft



versuchen.⁴ Und diejenigen, die es probieren, die Interventionistische Linke zum Beispiel, sind eigentlich argumentativ ziemlich schwach und durchsichtig in ihren Absichten. Der Vorschlag auf Gewerkschaft und Parteien zu setzen, bräuchte uns nun wirklich nicht zum Schlottern zu bringen.

Woher kommt der Reflex der Verteidigung des Individuums. Warum trauen wir unserer eigenen Organisation nicht über den Weg, während wir dem Individuum mit seiner Geschichte und Kultur der Vereinzelnung zwecks Unterwerfung weit weniger skeptisch gegenüberstehen? Einer Kultur, die nichts zu bieten hat, als uns im Einheitsbrei des Konsums mit verschiedenen Farben der gleichen Produkte zu erfreuen. Wenn wir befürchten „aufgelöst zu werden“ im Kollektiv, haben wir dann den iPodAmeisenStaat mit seiner permanenten Drohung vor Augen, sich konform zu verhalten oder rauszufliegen? Erkennen wir in der kollektiven Organisation unter uns das Mittel, das uns die Sicherheit zum Überleben gibt, oder ist es letztlich doch Riester-Rente und Eigentumswohnung?

Was hat das nun mit Krieg zu tun? fragt ihr euch. Zugegeben fällt es nicht gerade leicht, die Fäden der subtilen, uns durchkreuzenden Zurichtung für den Krieg zu ordnen. Eben deshalb finden wir es vielversprechend, uns mit Aufstandsbekämpfung auseinanderzusetzen, weil diese von Anfang an Repression und Meinungsbildung zusammendenkt und praktisch verbindet. Es geht dabei nicht um die große Weltverschwörung, sondern um ein systemisches Funktionieren, für dessen Verständnis die Frage nach der bewussten Entscheidung und Manipulation für den Krieg allein

nicht ausreicht. Es geht um sich ausbreit-ende Techniken militari-sierten Denkens, um die Transformation unseres Lebens in Richtung Systemerhalt um jeden Preis. Social Engineering. Auf welche Weise wir diesen Umbau mit seinen bewusst-unbewussten Prozessen verstehen und demontieren können, wie es möglich wird, das oft als Regelkreis mit Feedbackschleifen dargestellte kybernetische Modell von Gesellschaft zu verlassen, könnte durch eine alte Erkenntnis des Feminismus klarer werden.

Es trug nicht wenig zum Erkennen der eigenen Stärke bei, die direkte wie die strukturelle Gewalt des Patriarchats in enger Bindung mit dem persönlichen Erleben in Beziehung, Freundeskreis, Job, usw. zu denken. Das eine Frau, die stets zuerst an sich selbst zweifelt,

⁴ Für die meisten von uns ist es selbstverständliche Basis der Begegnung, diese Form der Organisation nicht richtig zu finden. Vergessen wir nicht, dass die Autonomen entstanden, als sie der dogmatischen Politik der K-Gruppen den Rücken zuekehrten. Dachten da einige, schon aus der Gegenüberstellung allein würde sich – quasi automatisch - eine andere Praxis ergeben? Oder warum reagieren wir oft so hilflos auf die Kritik, noch einiges an verkorkstem Orga-Erbe mit uns herumzuschleppen? Wozu nicht zuletzt der Glaube an den Neuen Menschen gehört.

die sich fragt, ob ihr Mann sie deshalb betrügt, weil sie zu alt, zu hässlich oder zu dumm ist, dass diese Frau die falsche Frage stellt. Falsch deshalb, weil es genau die Frage ist, die das Patriarchat ihr nahelegt zu stellen, damit alles bleibt, wie es ist. Weil es die Funktionsprinzipien des Patriarchats schützt, wenn die Frau mit sich selbst hadert, statt zu sehen, dass ihr persönliches Empfinden bereits gefärbt ist von patriarchalen Vorannahmen. Das eigene Gefühl nicht als behüteten Schutzraum zu denken, welches der kalt berechnenden Außenwelt gegenübersteht, sondern eben auch als Kollaborateur des Patriarchats, der eigenen Unterwerfung, ist kein leichter Schritt. Sind hingegen die Gefühle einmal ihrer scheinheiligen Unmittelbarkeit entkleidet, fällt es viel leichter, sie in die Idee vom Kampf um Befreiung aufzunehmen, was verheißt, eine alte Trennung zu überwinden und den Kampf endlich mit Herz und Verstand zu führen.

Vielleicht kann dieses Beispiel⁵ helfen, uns davon zu lösen, Militarisierung entweder als persönlich inszenierte Intrige der Generale und Chefs zu denken – was nicht funktionieren würde, könnten sie nicht in irgend einer Weise mit unserer Kooperation, zumindest unserem Stillhalten rechnen - oder als einen abstrakten Mechanismus, in dem es keine Handelnden mehr gibt, was derart absurd ist, dass wir nicht näher darauf eingehen. Und ist klar, dass wir die Antwort auf dieses Dilemma nicht aus dem Studium der Aufstandsbekämpfung ableiten können, war diese doch selbst Abwehrreaktion auf die revolutionäre Bewegungen. Dort, nicht in der Angst der Herrschenden vor ihnen, ist unsere Stärke zu finden. Dennoch hat uns die Auseinandersetzung mit Aufstandsbekämpfung vor Augen geführt, dass es nicht reicht, ihre repressive Seite zu bekämpfen, um die Mechanismen zu zerstören, die den Beitrag der Bevölkerung zum Fortbestand des Establishment zu sichern suchen. Auslöser der Idee für die Diskussion auf dem Camp war ein neuerer Text von CLESID, einem französischen Think Tank, der ausdrücklich davon redet, den Krieg möglichst wenig auf den Schlachtfeldern, und vielmehr bereits in der Wahrnehmung zu führen. Das wollte erstmal so gar nicht zu dem Begriff passen, den wir uns von Aufstandsbekämpfung gemacht hatten, in dem es wenig anderes gab als gezielte Morde und Folter. Dass Aufstandsbekämpfung gleichzeitig Intergration ist, wie ein Militär-Handbuch aus den 1970er Jahren betont, war uns neu. Irgendwie hatten wir es nicht geschafft, diese Kenntnis über die Methoden unserer Widersacher über die Generationen zu retten. Hiermit ging zugleich vergessen, dass die Herrschenden seinerzeit tatsächlich überzeugt davon waren, es nötig zu haben, der Guerilla das Wasser abzugraben, soziale Angebote zu machen, um den

⁵ Wir wissen leider nicht, auf welche Theoretikerinnen sich diese Bresche im Denken in den 70ern stützte. Wenn sich welche daran erinnern (und nicht nur wie wir seinerzeit praktisch darin unterrichtet wurden) könntet ihr unser aller Dekolonisierung einen großen Gefallen damit tun, diese Texte wieder in die Diskussion zu bringen oder für die aktuelle Situation neu zu formulieren. Bitte!

Leuten weis zu machen, dass die Regierung – nicht sie selbst - am besten für sie sorgen kann. Die Erinnerung an unsere Niederlagen haben wir gut bewahrt, nicht so die Erinnerung an das zu Zeiten immer wieder äußerst reale Wissen um die Machbarkeit der Revolution.

So lasen wir Texte über Aufstandsbekämpfung und machten einige überraschende Beobachtungen. Beginnen wir mit den Worten eines fast vergessenen Sozialdemokraten, der es weit besser als die offen reaktionären Hunde verstand, sein Gift in nachhaltiger Weise unter die Haut zu spritzen:

„Alle Veränderungstendenzen greifen auf Kleinkriegsmodelle zurück. Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, dass der Prozess der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte.“ - „Es würde von einem gefährlichen Mangel an Vorstellungskraft zeugen, wenn [...] die beschriebenen Entwicklungen für ausgeschlossen gehalten würden. Als Möglichkeit und dann in ihren Entwicklungslinien vorgezeichnet müssen sie in den auf Abwehr gerichteten Überlegungen schon jetzt real existieren. Von einer solchen strategischen Sicht her erlangt die Bekämpfung des Terrorismus natürlich einen gänzlich anderen Stellenwert. Er ist ein Thema, das sich für den Staat als existenziell erweisen kann. Wenn der Terrorismus ein erstes Glied einer viel tiefer reichenden Gefahrenkette sein kann, so genügt es nicht mehr, ihn lediglich in Schach zu halten, er muss beseitigt werden.“

- Horst Herold, BKA-Chef, 1979

Aufstandsbekämpfung wurde in Kolonialkriegen entwickelt, nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Strategie ausgearbeitet und im Abstand von jeweils 20 Jahren immer wieder ins Feld geführt. Da die Bildung historischen Wissens unter uns weitgehend persönlicher Initiative und Zufall überlassen bleibt, geschieht es nicht selten, dass Ältere beim Thema Aufstandsbekämpfung abwinken „Alter Hut, ist doch eh klar“, während Jüngere aktuelle Bestrebungen zivil-militär-ischer Zusammenarbeit als neue Qualität einer, auf die konventionelle folgenden, vernetzten Form der Kriegführung einordnen. Ob Fatalismus oder Zukunftsangst: Letztlich trägt das Beharren, dass alles beim Alten bleibt ebenso zur Erstarrung bei wie stets aufs Neue zu beweisen, dass alles immer schlimmer wird.

Unsere Erinnerungslücke ist nicht allein unserem Unvermögen der Wissensweitergabe geschuldet, sondern ist zugleich Resultat der schmutzigen Geschichte der Aufstandsbekämpfung, die weniger erfolgreich ist, als man auf den ersten Blick denken mag. Eine Schwachstelle der Strategie liegt in der Notwendigkeit, ihren Einsatz der eigenen Bevölkerung wie der Weltöffentlichkeit gegenüber zu legitimieren. Sobald unmittelbares Schönreden unmöglich wird, geht man andere Wege: Ausbau von Kompetenzen und Umwidmen bereits bestehender Institutionen, Verschärfung

der Kontrolle von Information und Kommunikation, Diffamierung der Opposition, Manipulation der Erinnerung.

Endete ein Krieg, in dem Aufstandsbekämpfung eine Rolle spielte, hatten die Kriegsherren großes Interesse daran, ihr Vorgehen zu verschleiern und herunterzuspielen (Indianerkriege), nicht mehr davon zu reden (was das Trauma Vietnam erst richtig befeuerte), und die Sache beim nächsten Mal anders zu nennen (Reagan's Low Intensity Warfare der 80er Jahre in Mittelamerika). Die vielen Namen, die der Aufstandsbekämpfung im Lauf der Zeit gegeben wurden, verweisen neben dem Bestreben, die Bevölkerung vom Sinn der Einsätze zu überzeugen (Krieg gegen den Terror, humanitäre Einsätze) auf eine Schwäche – vielmehr eine vergessene Stärke – unsererseits. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte das Establishment noch in anti-subversive, bzw. anti-revolutionäre Kriege. Das Militär nutzte diese Begriffe noch lange Zeit, während in der Öffentlichkeit längst von Terroristen, Banden, Kriminellen usw. die Rede war.

Die psychologische Operationsplanung muss erkennen:

a) *Dass erfolgreiche Counterinsurgency-Operationen auf der Grundlage der Einbeziehung und Identifikation der Bevölkerung mit den Plänen und Operationen der Regierung basieren.*

b) *Dass die Bevölkerung auf der Grundlage dessen, was sie glaubt auch handelt – ohne Berücksichtigung der Tatsachen.*

c) *Dass die Aktion der Bevölkerung zur Unterstützung der Regierung nur dann entstehen wird, wenn die Leute glauben, dass sie ihre individuellen und kollektiven Ziele am Besten durch diese Regierung erreichen können.*

- Counter-Insurgency Planning Guide, U.S. Army Special Warfare School, Fort Bragg



Sahen sich die Herrschenden in den 60er Jahren mit der revolutionären Gefahr konfrontiert (nach Mao und Fidel 1,2,3, viele Vietnams?) - was dazu führte, dass ein Handbuch des von Kennedy neu geschaffenen Ausbildungszentrum für Counterinsurgency sich fast zur Hälfte mit der Vereitelung der Revolution durch (gefühlte) Sozialreformen befasst - so war die kommunistische Bedrohung, die Reagan in den 80ern am Werk sah, schon derart zu einem Produkt von Paranoia & Propaganda Ltd. geworden, dass man sich nicht mehr die Mühe machte, Programme auch nur scheinbar in die Tat umzusetzen, „die Leute beeindrucken mit der Fähigkeit und Entschlossenheit der Regierung, ihren Bürgern zu helfen, ein besseres Leben zu erhalten“. Die Eckpunkte der Counterinsurgency dieser Zeit sind rein militärische: „Preventive Medicine

– Urban Insurgency – Rapid Deployment – Massive Firepower“. ⁶ Es ist vor allem diese Form, die unsere Erinnerung prägt: Massaker an ZivilistInnen durch die Contras in Nicaragua, Politik der verbrannten Erde in Guatemala, CIA, Folter. Der in dieser Zeit vernachlässigte konstruktive Moment des Einwirkens auf die Bevölkerung kehrt heute in neuem Kleid zurück.

Das militärische Scheitern in Irak und Afghanistan führte zu einer Rückbesinnung auf das Konzept Aufstandsbekämpfung und zum Aufwallen eines Richtungsstreits innerhalb der Streitkräfte darüber, wie mit der sich ändernden Form des Krieges umzugehen sei, und was diese Veränderung überhaupt ausmacht: Werden kommende Kriege hochgerüstete High-Tech-Auseinandersetzungen oder Kriege der vierten Generation in Tradition der Guerilla sein (4GW) - die, nicht zuletzt in Anbetracht der militärischen Übermacht ihrer Feinde, in erster Linie an der politischen Front ausgefochten und gewonnen werden. Fest steht, dass sich dieser Streit einzig um das beste Mischungsverhältnis aus dem seit jeher rein taktischen (!) Kampfes um die Herzen und Köpfe und dem Einsatz militärischer Gewalt dreht – dass die beiden sich notwendig ergänzen steht für Militärs allerseits außer Frage.

Die Ausbeutbarkeit der Dritten Welt mit der Stabilität der westlichen Industriestaaten zu verbinden – das ist das Idealbild einer erfolgreichen Counterinsurgency-Kampagne.

- Jochen Hippler, Krieg im Frieden

Nach dem Zweiten Weltkrieg zielte Counter-Insurgency mit allen zivilen wie militärischen Mitteln auf das Roll-Back der kommunistischen Bedrohung. Ihr konstruktives Moment, das heute in der Schaffung einer passiven, sich selbst freudig im Containment haltenden Bevölkerung besteht, ist die Weiterführung der Idee, der Guerilla die Unterstützung zu entziehen wie den Fischen das Wasser. Bereits die Art, wie wir uns in der Gesellschaft wahrnehmen, wie sehr wir die Trennung von Fisch und Wasser verinnerlicht haben - uns entweder als hilflose Fische fühlen oder über das Wasser nachdenken, die anderen, die Bevölkerung im Visier - zeugt von Jahrzehnten präventiver Counter-Insurgency, vom nicht mehr in Betracht ziehen der Revolution. Wir können unsere Strategie nicht aus dem ableiten, wie gegen uns vorgegangen wird. Denn genau das, was wir dem Bestehenden voraus haben, soll ja neutralisiert, oder, wo das nicht geht, simuliert werden. Die Idee von einem besseren, einem guten Leben ohne Schweinesystem!

⁶ In Betonung der allgemeinen Tendenz verbannen wir in die Fußnote, dass es natürlich auch in den 80ern Versuche gab, die Bevölkerung zu kaufen. Wie Thomas O. Enders (State Department) es für El Salvador sagte: „Niemand zweifelt daran, dass landbesitzende Bauern ein starkes Bollwerk gegen die marxistisch-leninistische Bedrohung sein werden. Es gibt keine andere Wahl, wenn wir ein wirtschaftliches und soziales Chaos und einen schließlichen Sieg der Guerillas verhindern wollen.“ (zitiert in Hippler 1986)

Innerhalb der US-Armee wird die Diskussion über die Feinde des Westens rein technisch geführt. An der zu bekämpfenden Idee interessieren nur ihre Auswirkungen. Die letztlich den Krieg politisch entscheidende Stärke der sozialen Basisprojekte der Ersten Intifada bzw. der Hizbollah wird analysiert, ohne deren politische Perspektive auch nur zu erwähnen. Es sei „unvermeidbar, dass diverse Gruppen überall auf der Welt zurückbleiben, während die Welt zur Ökonomie der Informations-Ära voranschreitet“. Ende Aus. Der Rahmen ist als alternativlos gesetzt, welches andere Ziel als westliche Werte und Verwertung könnte es auch geben? Dass das Establishment sich im Moment nicht gezwungen sieht, irgendwelche Pseudo-Alternativen anzubieten, kann als Erfolg früherer Counterinsurgency-Kampagnen gewertet werden. Oder als Schwäche der Bewegungen: Warum gab es in Folge des Arabischen Frühlings kaum ein praktisches Sich-Wiedererkennen in Europa? Warum verhalten wir uns ruhig, obwohl die Zustände, die in den 1970er Jahren alle Welt in Aufruhr versetzte, nicht besser geworden sind? Im Krieg gegen Mensch und Natur tritt in allen Bereichen heute das real ein, was damals als kommender Schrecken an die Wand gemalt wurde. Vielleicht sind wir weder schlauer, noch desillusionierter als die alten GenossInnen, sondern einfach befriedet?

Kein X für ein U

Unser Anliegen ist es nicht, herumzumäkeln, weder an uns noch an den Verhältnissen. Wir erhoffen uns von einer Diskussion um Aufstandsbekämpfung ein Stück Klarheit über unsere Situation, um zurück zu finden zu einer Perspektive des Kampfes um Befreiung – den wir nicht weniger nötig haben als Leute im globalen Süden, Iran oder Russland. Indem wir im staatlichen Angriff nicht nur Repression, die bewusste Unterdrückung innerer und sonstiger Feinde sehen, sondern ergänzend die konstruktive Komponente – das Sich-Ergänzen von Eier zerschlagen und Omelette backen - könnte es nebenbei gelingen, zu verstehen, was es mit jener eigentümlichen Lähmung auf sich hat, die noch unsere Kritik zu Bekenntnissen gerinnen lässt. Das Konstruktive der Aufstandsbekämpfung besteht heute – am Ende der Geschichte des Fortschritts (und seiner falschen Versprechungen) - darin, uns glauben zu lassen, dass wir keinen Einfluss auf die Wirklichkeit haben. Dass wir unsere Perspektive nicht ändern können, selbst wenn das existierende System keine mehr anbietet. Ob wir das einfach glauben oder hochgelehrt herleiten, ob wir aus Gleichgültigkeit nichts anderes versuchen, aus Angst vor Vereinnahmung oder aufgrund militärischer Übermacht ist aus Sicht der Aufstandsbekämpfung egal. Was zählt ist der Effekt. Ohne die Vorstellung von einer autonomen Perspektive bleiben unsere Linienstreits, so radikal sie in Theorie oder Praxis auch sein mögen, anschlussfähig an ihre Second-Life-Strategie: Eine Zusammenleben zu konstruieren, das als Anpassungskreis funktioniert, insofern wir es als selbstverständlich erachten, auf

den Staat als Mittler notwendig angewiesen zu sein. Insofern unsere Erinnerung nicht von unserer Unterwerfung erzählt, der Zerstörung nicht konformer Solidaritäten und kollektiver Unabhängigkeiten, der äußerst gewaltsamen Herstellung individueller Erpressbarkeit als Grundlage des folgenden Wiederauffüllens mit Gütern und Dienstleistungen. Realitätskontrolle.

Und doch muss noch ihre weiße Lüge sich aus dieser Welt speisen, auf der echten Welt aufbauen, denn eine andere gibt es nicht! Was Autonomie bedeutet, ist das Festhalten an anderen Perspektiven auf die Welt und folglich die Verteidigung anderer Praxen. Was uns zunächst eint, ist die Ablehnung des bescheuerten Monopols auf das Leben, mit dem wir uns heute konfrontiert sehen. Der Rest – Kooperation, Separation, Krieg – wird dann zwischen denen zur Diskussion stehen, die es betrifft. Wir haben nicht vor, ihr abstraktes Modell durch ein anderes zu ersetzen - und uns in Folge mal wieder solange zu streiten und gegenseitig zu töten, bis nur noch ein Vorschlag übrig ist. Autonomie heißt fürs Erste, ihren hermetischen Scheiß zu beenden, anzuhalten, durchzuatmen und die Tür aufzustoßen. Frohen Herzens, voll und ganz auf unser eigenes Risiko. Do the real thing!

Die von der Freitagdiskussion, Januar 2013

Es wäre schön, Resonanz auf diesen Brief zu bekommen. Wir haben damit versucht, einige weniger augenfällige Aspekte genauer unter die Lupe zu nehmen, die unserer Ansicht nach von Operationen der Aufstandsbekämpfung berührt werden, im Sinne einer präventiven Zurichtung für den Krieg, auf dass niemand in diesen täglich absurder werdenden Zeiten plötzlich auf die Idee kommt, sich des Empires zu entledigen. Zu Wahrnehmung, Bewusstsein und Erinnerung gibt es jede Menge zu diskutieren: Die Rolle der Medien als Kitt der Gesellschaft, einer Bildung, die aufs Hervorbringen von Funktionseliten und AnwenderInnen reduziert ist, die Förderung eines schematischen Denkens à la PowerPoint, das nur mehr auf Vollständigkeit der Aufzählung und Treue zur Aufgabenstellung prüft. Nicht zuletzt die Wiedergeburt eines Menschenbildes potentieller Mörder, die paradoxerweise einzig der Staat bändigen kann, soll die Welt nicht im Chaos versinken. Der Bock als Gärtner... Weiter die Frage, inwieweit es im Rahmen unseres Briefwechsels interessant sein kann, über die im Militär diskutierten Richtungsentscheidungen und strukturellen Veränderungen zu reden, etwa die Transformation der Bundeswehr oder die Debatte um den Krieg der Vierten Generation in der US-Armee. Was könnte unser politisches Interesse einer solchen Untersuchung sein? Welche Fragen haben wir an den Ausbau und das Zusammenwachsen der europäischen „Sicherheitskräfte“? Gegen wen wird hier eigentlich eine Sicherheitsarchitektur errichtet?

(Eine Liste mit Büchern und Texten, auf die sich im Text bezogen wird, weitere Leseempfehlungen sowie einen langen Ausschnitt aus Mahmood Mamdani's Buch „Blinde Retter: Über Darfur, Geopolitik und den Krieg gegen den Terror“ haben wir weggekürzt. Ihr findet den ungekürzten Text u.a. auf www.bundeswehr-wegtreten.org) AB

m.i.l.i.T.a.n.z - connecting people

Der folgende Text ist der Versuch einer Konkretisierung einiger Gedanken aus den „antagonistischen Nachtwanderungen“ (siehe La Rage 7) anhand einer möglichen Kampagne gegen die Telekom. Auch wir beginnen mit einer kleinen Revue:

Am 3. Oktober 2011 greifen die „PropagandistInnen der Tat“ in Berlin den Fuhrpark der Telekom mit Brandsätzen an. Im April 2012 steckte die anarchistische Gruppe „Komando Lambros Foundas“ ebenfalls in Berlin mehrere Fahrzeuge auf einem anderen Gelände der Firma in Brand. Begründet werden die Aktionen u.a. mit der Rolle des Konzerns bei der Privatisierung der ehemals staatlichen griechischen Telekommunikationsgesellschaft OTE. Eine praktisch-solidarische Resonanz fand die Tat nur wenige Tage später, in Form eines Angriffes auf den OTE Konzern in Athen. Die griechischen Genossinnen sprechen in der Erklärung auch die Rolle des Telekom-Konzerns (30% Beteiligung an OTE) bei der Zusammenarbeit mit deutschen Repressionsbehörden an. Auch in Hamburg und München finden im Laufe des Jahres mehrere militante Aktionen gegen die Telekom statt.

Wir haben uns gefragt, inwieweit eignet sich der Konzern für eine militante antikapitalistische Kampagne, bzw. um einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu den Kämpfen in Griechenland und andernorts zu schaffen? Ist es notwendig eine solche mit konkreten Forderungen an den Konzern zu verknüpfen und welche könnten das sein?

Warum Telekom?

Sicher, technisch ist die Telekom ein überaus reizvolles Ziel: Neben einem riesigen Fuhrpark, Dependancen in nahezu jeder Stadt der BRD und ihren Werbeständen in den Fußgängerzonen, besitzt der Konzern ein weitläufiges (schwer zu wachsendes) Netz an Kabeln und Leitungen kreuz und quer durch die Republik, sowie etliche Funk- und Sendemasten die irgendwo

unbewacht in der Pampa stehen. Doch auch politische Gründe gegen den Konzern vorzugehen wie z.B. diese:

Als Netzmonopolist ist die Telekom beteiligt an der Abhörung von Telefonen und Internetanschlüssen, sowie der Weitergabe von Verbindungsdaten an die Bullen und leistet damit den Repressionsorganen direkte Amtshilfe bei der Bespitzelung sozialer Bewegungen und vermeintlicher „Terroristen“. Allein

2009 wurden laut Telefonüberwachungsstatistik des Justizministeriums Bundesweit rund 20.000 Telefone abgehört, etliche Funkzellenabfragen und Verbindungsdaten wurden weitergegeben. Doch nicht nur auf Anfrage des Staates werden Informationen gesammelt und weiterverwertet:

Die sogenannte „Überwachungsaffäre“ der deutschen Telekom AG umfasst von der Telekom angeordnete Überwachungen von Aufsichtsräten, einem Vorstandmitglied der Telekom, Angehörigen und Mitarbeitern von Betriebsräten als auch

von GewerkschaftsfunktionärInnen und JournalistInnen. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat Ermittlungen gegen acht Beschuldigte, darunter ehemalige leitende Angestellte und Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Telekom AG wegen des Verdachts, das Post- und Fernmeldegeheimnis sowie das Bundesdatenschutzgesetz verletzt zu haben, aufgenommen. Ansätze der Affäre wurden der großen Öffentlichkeit ab Ende März 2008 durch einen Spiegel-Artikel bekannt, nach bisherigem Ermittlungsstand der Staatsanwaltschaft Januar 2009 gibt es rund 60 Opfer der Überwachungen, unter anderem der Verdi-Chef Bsirske.

Es gibt immer wieder Kritik an den internationalen Tochterunternehmen der deutschen Telekom, insbesondere der US-Tochter T-Mobile USA, bezüglich „mangelnder Corporate-Responsibility“.

Zahlreiche Gewerkschaften, Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen werfen der Deutschen

Aktionen gegen die Telekom:

Bristol (GB), 21. Mai 2010: Ein Funkmast der Telekom-Tochter T mobile wird mit einem Feuer sabotiert.

Berlin, 3. Oktober 2011: Auf dem Gelände der Telekom in Lichtenberg brennen mehrere Firmenfahrzeuge aus.

Berlin, 8. April 2012: neuen Autos der Telekom AG werden bei einem Brandanschlag komplett zerstört, 5 weitere beschädigt.

Athen (GR), 19. April 2012: Brandanschlag auf den Fuhrpark der griechischen Telekom-Tochter OTE.

Hamburg, 3. Mai 2012: An verschiedenen Standorten werden insgesamt 7 Fahrzeuge der Telekom in Brand gesteckt.

Berlin, 19. Mai 2012: Brandanschlag auf Baufahrzeuge der Spandauer Fernmelde- und Gleisbaufirma LAT. Die Firma führt u.a. Aufträge für Telekom, deutsche Bahn und Siemens aus.

München, 23. Mai 2012: zwei Telekom Fahrzeuge werden in Brand gesetzt und vollständig zerstört.

Hamburg, 22. August 2012: Farbe und Glasbruch an einem Bürogebäude der Telekom.

München, 7. September 2012: Erneut brennen zwei Telekomautos.

Berlin, 4. Januar 2013: In Friedrichshain wird ein Auto der Telekom angezündet.

Telekom wiederholt Arbeitsrechtsverletzungen und Gewerkschaftsfeindlichkeit vor. NGOs wie „American Rights at Work“ und Human Rights Watch“ haben Berichte veröffentlicht, die belegen, dass die Deutsche Telekom mit enormem Druck versucht, Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, einzuschüchtern.

Über die 100% Tochter T-Systems, ist die Telekom auch in der Rüstungsindustrie rege tätig. „der ideale Partner für Streitkräfte und Wehrindustrie“ (T-System Werbung) betreibt das Telefonnetz der Bundeswehr mit 3500 Anschlüssen und rüstet militärische Projekte mit Kommunikationstechnik aus. Am Aufbau des Polizeieigenen Digitalfunknetzes ist der Konzern in mehreren Bundesländern ebenfalls beteiligt.

Auch an der Ausbeutung von Strafgefangenen bereichert sich die Telekom: sie hält das Monopol an Münzfernsprechern im Offenen Vollzug der deutschen JVs. Die abgerechneten Tarife liegen dabei weit über den Normaltarifen des Unternehmens. Um das Telefonieren mit eingeschmuggelten Geräten zu unterbinden, sind in einigen Gefängnissen inzwischen Handyblocker installiert worden, so dass die Gefangenen auf die Überteuerten Anstaltstelefone angewiesen sind.

2000 ArbeiterInnen verloren in Griechenland ihren Job nach der Übernahme der staatlichen Telefongesellschaft OTE durch die Telekom. Jene Unternehmen anzugreifen, die aus der unerträglichen Situation in Griechenland Profit schlagen, oder diese sogar herbeigeführt haben - also mit Bestechung und Korruption jahrzehntelang die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des Staates zu Ungunsten der Bevölkerung beeinflusst haben, halten wir für eine gute Möglichkeit, praktische Solidarität mit den aufständischen GenossInnen zu zeigen und Verbindungen zu den konkreten Kämpfen vor Ort herzustellen. (Neben der Telekom sind da unter anderem die Siemens AG und MAN, zu nennen.)

Mit der Telekom trifft es also sicherlich nicht die Falschen! Die Frage ist eher, ob sich aus den Angriffen konkrete Ansatzpunkte für eine breit angelegte Kampagne (wie z.B. gegen den Kriegslogistiker DHL) ergeben und was genau deren Zielsetzung sein könnte.

Autonome Krisenpolitik:

Wir haben nicht den geringsten Zweifel daran, dass die „autonome Szene“ in der Lage ist noch etliche Telekom-Autos in den frühzeitigen Ruhestand zu schicken, aber entwickelt sich so eine aufständische Perspektive, gar ein emanzipatorischer Prozess?

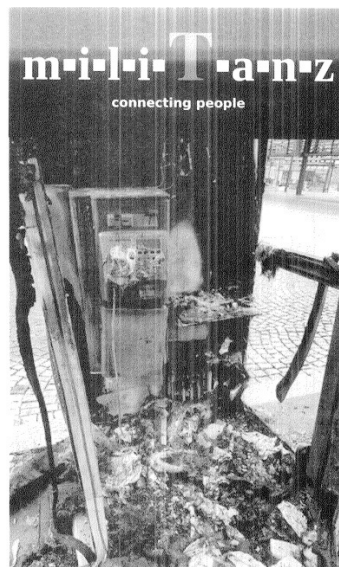
Gerade die Stagnation der sozialen Revolte in Griechenland seit dem dreitägigen Generalstreik im Januar 2012, während dem knapp 100 Gebäude - überwiegend Banken, teure Läden und Regierungsbehörden - in der Athener Innenstadt von AnarchistInnen und anderen aufständischen Gruppen in Brand gesteckt wurden, sollten uns nachdenklich stimmen. Wenn es auch

über Tage hinweg gelingt, die staatliche Ordnung außer Kraft zu setzen, solange der Masse der Bevölkerung die gesellschaftliche Perspektive fehlt wird nach dem Ausbruch erneut Ruhe einkehren.

Die Hoffnungen, die viele von uns haben, wenn sie auf Griechenland und die Stärke der anarchistischen Bewegung dort schauen sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Griechenland inzwischen sehr viel näher am Rand zu Diktatur und Bürgerkrieg steht, als auf dem Weg in eine befreite Gesellschaft. Das Land erlebt derzeit einen rassistisch-faschistischen roll-back gigantischen Ausmaßes: Massenverhaftungen und Folterungen von MigrantInnen sowie rassistische Morde sind keine Seltenheit mehr, Überfälle (zum Teil direkt durch die Polizei gedeckt) faschistischer Schlägerbanden sind an der Tagesordnung.

So schön wir es finden, dass die solidarischen Rauchzeichen bis nach Athen gesehen wurden, müssen wir darüber nachdenken, wie wir über symbolische Anteilbekundungen praktischen Widerstand gegen die EU und Troika, aber auch gegen die überall erstarkenden nationalistischen und rassistischen Tendenzen organisieren können.

M31, Blockupy, oder jüngst die Mobilisierung N14 halten wir für wichtige Versuche als radikale Linke in der BRD ein praktisches Verhältnis zu den in „der Krise“ verorteten sozialen Kämpfen Europas zu erlangen. Aber auch der Anschlag auf dem Privatgelände des Leiters der Task Force Griechenland der europäischen Kommission Horst Reichenbach bei Potsdam, bei dem dessen Villa verschönert wurde



Deutsche Telekom AG:

Die Deutsche Telekom AG ist Europas größtes Telekommunikationsunternehmen. Sie hat Tochtergesellschaften und Kapitalbeteiligungen auf fünf Kontinenten dazu gehören: Telekom Deutschland GmbH, T-mobile, T-online, Telekom Shop Vertriebsgesellschaft mbH (TSG), T-System, T-Venture, Deutsche Funkturm (DFMG), Magyar Telekom, OTE, Polska Telefonia Cyrowa, Scout24 Holding, Slovak, Telekom, T-Harvatski Telekom, Crnogorski Telekom.

und des Auto seiner Frau (der SPD-Abgeordneten Dagmar Roth-Behrendt) abbrannte, zielt dabei in die richtige Richtung. In einem BekennerInnenschreiben findet auch die Rolle der Telekom Erwähnung. Der Angriff auf Reichenbach dürfte in Griechenland einiges an Freude ausgelöst haben: in seiner Funktion die Sparauflagen der Troika zu Überwachen, gilt der in den griechischen Medien wahlweise als „Gauleiter“, oder „Stadthalter Angela Merkels“. Ebenfalls gefreut haben wir uns in dieser Hinsicht über den Brandanschlag auf das Auto des Militärattachés der griechischen Botschaft in Berlin im Oktober 2012.

Die Telekom stellt ein Paradebeispiel Neoliberaler Geschäftspraktiken dar und gehört zu den eindeutigen Krisengewinnern und das nicht nur in Griechenland. Die „Erfolgsgeschichte“ des Konzerns ist untrennbar verbunden mit der Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen (angefangen bei der deutschen Post). Die den „Krisenländern“ aufgezwungenen Sparpakete und die damit einhergehenden Privatisierungen machen die Krise zu einem lukrativen Geschäft für Unternehmen wie die Telekom. Auf einer Petition von 3500 Menschen vor dem Portugalbesuch von Bundeskanzlerin Merkel und ihrer Wirtschaftsdelegation im November 2012, in der diese zur unerwünschten Person erklärt wird, findet sich auch der Name des Präsidenten von Portugal Telecom Henrique Granadeiro. Dass Engagement des Portugiesischen Topmanagers läßt uns erahnen wer da am Rockzipfel Merkels mitgereist ist.

Eine anti-Telekom Kampagne könnte ein sinnvoller Baustein autonomer „Krisenpolitik“ sein, die Lösung ist sie sicher nicht. Die Angriffe auf die Telekom sind für uns vor allem deswegen spannend, weil hier versucht wurde einen solidarischen Bezug zu den Arbeitskämpfen der Belegschaft aufzubauen. Genauso bemerkenswert, dass die meisten Aktionen zwar auf die konkreten Kämpfe der OTE ArbeiterInnen Bezug genommen haben, aber keine einzige Forderung an den Konzern formulieren, insbesondere zumal gleiches für den Generalstreikaufruf 2010 bei OTE selber gilt: Kein Ruf nach besseren Arbeitsbedingungen oder höheren Löhnen; anstatt in eine Standortlogik zu verfallen, wird das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis als ganzes angegriffen.

Die Arbeitskämpfe gegen die OTE Privatisierung sind dabei exemplarisch für die Situation unzähliger der von den Kürzungen und Sparprogrammen Betroffenen: Während Politik und Medien uns weiterhin von der Alternativlosigkeit zur Verarmung und Verelendung immer größerer Teile der Bevölkerung zu Überzeugen versuchen. Stellt sich auf der Strasse als Antwort auf den sich verschärfenden sozialen Krieg von oben zunehmend die Systemfrage.

In immer mehr Ländern v.a. in Südeuropa, kommt es zu (teilweise mehrtägigen) Generalstreiks an denen sich - am Boden ihrer Bonbonschale angekommen - auch die großen Geschäftsgewerkschaften beteiligen. Trotz der Befriedungsversuche der Selben sowie der massiven staatlichen Gewalt die den Streikenden entgegengebracht wird, findet der Generalstreik immer auch als offene Klassenkämpferische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System statt. Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt und Angriffe auf die herrschende Ordnung sind integraler Bestandteil dieser Kämpfe, nicht nur in Griechenland.



So wichtig eine Kritik an der kapitalistischen Gesamtscheiße ist, finden wir es notwendig immer wieder konkret zu werden, gesellschaftliche Konfliktfelder auf zu machen und

zu intervenieren und denken, dass die Telekom durchaus Potential in diese Richtung aufweist. Gerade die Globale Ausweitung des Konzerns, der nach eigenen Angaben auf fünf Kontinenten vertreten ist, bietet eine gute Gelegenheit, sich in den einzelnen sozialen Kämpfen aufeinander zu beziehen. (So kam es z.B. 2010 in Großbritannien zur Sabotage an einer Funkmastanlage von T Mobil durch eine öko-anarchistische Gruppe, um den Betrieb eines Großbahnhofs zu stören.)

zur Bedeutung von Medien & Kommunikation:

Ähnlich wie zum Beispiel das Netz der Hochgeschwindigkeitszüge TGV in „der kommende Aufstand“, stellt auch die Telekom ein durchaus geeignetes Symbol einer bis ins Letzte vernetzten Gesellschaft dar, in der jederzeit, überall der uneingeschränkte Zugriff auf Mensch und Ressourcen gewährleistet ist, in der wir jedoch sozial voneinander isoliert werden und die Ressourcen nur wenigen zur Verfügung stehen.

Es geht bei diesem „aufständischen“ Ansatz nicht um die Technologiefeindlichkeit und ein „zurück in die Steinzeit“, nicht um die Abschaffung von Telefon und Internet, oder aller Transportmittel im Gegenteil: Es geht darum, sich die Mittel der Kommunikation und der Fortbewegung anzueignen und dem Selbstzweck ihres Daseins zu entreißen. Darum, zu reisen um sich näher zu kommen, anstatt sich voneinander zu entfernen; darum echte soziale Netzwerke globaler Solidarität zu knüpfen, statt Facebook Freundschaften anzuhäufen.

Dass das Internet und andere Medien für globale soziale Bewegungen heute unverzichtbar sind ist wohl unstrittig. Gerade die schnelle Resonanz der griechischen GenossInnen auf die Aktion in Berlin zeigt

wieder einmal, wie wichtig es ist Erklärungen auf Seiten und Blogs wie indymedia, contrainfo, oder directactionde.ucrony.net zu veröffentlichen. Dass in diesem Fall gerade das Ziel der Wahl im Besitz jener Datenleitungen und Netze ist, über die diese Informationen fließen, stellt für uns mehr eine gewisse Ironie als einen inhaltlichen Widerspruch dar: Telefonieren, Surfen, Chatten, E-Mails- oder SMS schreiben, permanente Erreichbarkeit bestimmt unseren Alltag. Diese für viele Menschen zum Grundbedürfnis avancierte Technologie der unablässigen Ströme an Informationen, unterliegt einem durch und durch kapitalistisch zugerichteten Markt. Einen guten Lösungsansatz, im Sinne einer selbstbestimmten, gerechten Gesellschaft fänden wir (ähnlich wie in der Frage der Energieversorgung) die Forderung nach einer dezentralisierten Vergesellschaftung des gesamten Telekommunikationssektors.

„Wir haben keine Angst, dass das Licht ausgeht!“ konterte die autonome Anti-Atom Bewegung in einem Aufruf zum Gorleben Castor 2011 das von den Konzernen verbreitete Szenario eines Mega-Blackouts im Falle des sofortigen Atomausstiegs.



Die Bedeutung die den „neuen Medien“ (2nd web) während der Aufstände im „arabischen Frühling“ aber z.B. auch bei den Riots von London im August 2011 zugekommen ist, dürfte bei den weltweiten SpezialistInnen in Sachen law and order für einiges an Aufsehen gesorgt haben. Telekommunikation ist eben nicht nur ein lukratives Geschäft, sondern erfüllt auch eine wesentliche Grundbedingung für Rebellionen und Revolten: das Zusammenkommen von Menschen. Die Kontrolle und in letzter Konsequenz die Abschaltung dieser Informationswege ist integraler Bestandteil jeder Aufstandbekämpfungsstrategie. Dabei hat sich gezeigt, dass gerade die Stilllegung dieser Kanäle wie z.B. in Ägypten, die Intensität des Austausches und letztendlich des Aufständischen Prozesses eher befördert haben, als diesen aushalten zu können. Die Koordinierung und Vernetzung von Widerstand ist durchaus auch ohne Handy, PC & co. möglich und oft entsteht erst durch die Abwesenheit ein subversiver Raum. Kurzum: Wir sollten die Technischen Möglichkeiten die sich uns bieten nutzen, statt uns davon abhängig zu machen.

„... Die Vervielfältigung der Transport- und Kommunikationsmittel entreißt uns unablässig dem hier und jetzt, durch die Verführung, immer woanders zu sein. Einen TGV, eine RER oder ein Telefon zu nehmen um bereits dort zu sein. Diese Mobilität beinhaltet nur Zerrissenheit, Isolation und Exil...“ (Der kommende Aufstand)

Zurück zur Telekom:

Die anfängliche Frage, ob sich die Telekom für eine militante anti-kapitalistische Kampagne eigenen könnte ist inzwischen obsolet - eine solche existiert offensichtlich bereits, so konfus sie auch sein mag. Bleibt die Frage, ob es notwendig und möglich ist dieser ein konkretes Profil zu geben, gemeinsam eine Forderung, oder Zielvorstellung zu formulieren (wie z.B. den Rückzug der Telekom aus sämtlichen Griechengeschäften, oder aus bestimmten Geschäftssparten wie der Rüstungs- und der Knastindustrie, von uns aus jedoch lieber gleich ihre vollständige Enteignung).

Dass konkrete Forderungen und allgemeine Kapitalismuskritik sich in einer Kampagne nicht ausschließen müssen, sondern sich gegenseitig stärken können zeigte schon die internationale Kampagne „shell to hell“ Mitte der achtziger Jahre gegen die Verstrickungen des Konzerns in das süd-afrikanische Apartheitsregime. Wir finden es durchaus sinnvoll, die Telekom sowohl als Symbol neoliberaler Wirtschaft anzugreifen und allgemeinen deren Abschaffung zu fordern, wie auch für die konkreten Schweinereien in die das Unternehmen verwickelt ist eine Öffentlichkeit zu schaffen. Trotz ihrer offensichtlichen Medienmacht ist

die Telekom bestimmt kein Unternehmen, das ein besonders gutes Image bei der Bevölkerung hat. (T-Aktie, Korruptionsaffären, Abhörskandal und sicherlich nicht zuletzt, die monatliche Telefonrechnung im Briefkasten um nur einige Beispiele zu nennen) Von daher sehen wir gute Möglichkeiten dass eine „Schmutzkampagne“ gegen den Konzern auf durchaus offene Ohren stoßen könnte: Obwohl die Bürgerpresse sich reißerische Überschriften wie z.B. „Hass-Chaoten brennen sich warm“ (BZ) gönnte, wurde ausführlich über die Tathintergründe berichtet. Um eine breitere Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, müssten sich neben den Angriffen auf den Fuhrpark allerdings auch Aktionsfelder und -formen finden, zu denen die Menschen ausserhalb der „Szene“ einen (positiven) Zugang haben.

Aber auch wenn sich die Aktionen vornehmlich an die aufständischen GenossInnen selbst wenden, oder „nur“ dem Zweck dienen die Friedhofsruhe in diesem Land für einen Moment zu durchbrechen meinen wir, dass ein Konzern wie die Telekom noch weit attraktiveres als Kleinwagen im Angebot hat. Als durch den Brandanschlag am Berliner Ostkreuz 2010 Tagelang der S-Bahnverkehr beeinträchtigt wurde, waren auch mehrere Mobiltelefonnetze und Teile des Internets von den Störungen betroffen. Ein Sprecher der (damals nicht betroffenen) Telekom erklärte der Presse, dass das Netz ihres Unternehmens gegen solche Angriffe sicher sei. Ob das so stimmt? Finden wir es heraus!

P.S.: Zufälle gibt's...

„Gerade die Netze (...) anzugreifen und zu sabotieren, die die Schnittstellen zwischen der Abwicklung privaten und beruflichen Alltags und der reibungslosen Abwicklung von Krieg, Umweltzerstörung und globaler kapitalistischer Ausbeutung darstellen, halten wir für einen wichtigen Schritt um zu einem gesellschaftlich breiter angelegten Bewusstsein für den laufenden sozialen Krieg von Oben zu gelangen.“, schreiben die Genossinnen der AG Nach(t)berachtungen in ihrem lokalen Militanzdebattenbeitrag. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Wir senden solidarische Grüße an alle bisher an den Aktionen Beteiligten: passt auf euch auf und lasst euch nicht erwischen! Wir sehen diese Kampagne noch lange nicht am Ende ihrer Möglichkeiten und würden uns wünschen, dass noch mehr Zusammenhänge diesen Faden aufnehmen und der Telekom auch in Zukunft heiße Zeiten ins Haus stehen. Wir hoffen mit unserem Text ein Paar Denkanstöße in diese Richtung gegeben zu haben und sind gespannt auf weitere inhaltliche Beiträge und Aktionen zu diesem Thema.

Arbeitsgruppe T.Error

Während wir noch daran rumgrübelten, welche Ansätze es gäbe, eine Kampagne gegen den Konzern auch breitere Füße zu stellen, taucht in Bremen ein Großformatiges, magentafarbenes Plakat auf, welches in der Aufmachung einer Telekom-Werbung mit dem Slogan „wild plakatiert*“ wirbt.

„*Der öffentliche Raum Bremens ist an ein privates Unternehmen verkauft. Bis 2025 bestimmt die deutsche Telekom, wer sich zu welchem Preis präsentieren darf. An nahezu allen belebten Stellen der Stadt sind modernisierte Werbemöglichkeiten aufgestellt. Hier soll uns gesagt werden, was wichtig ist. Platz für nicht-kommerzielle Botschaften gibt es keine. Diese werden von der Telekom abgemahnt, angezeigt und behördlich verfolgt. Seid klug: Bestimmt selbst, was wichtig ist. Nutzt die Flächen für euch! Die Stadt gehört allen! Lasst euch nicht rumTelekommandieren! Wir wünschen euch von ganzem Herzen einen schönen Tag!“

Schön, dass sich Menschen gefunden haben, diesen Regionalen Bezugsrahmen aufzugreifen und die Telekom auf der Ebene Stadtentwicklung und freiräume zu kritisieren! (da scheint sich in Bremen ja eh gerade einiges zu tun.) Wirklich schade finden wir hingegen die verpasste Gelegenheit einen solidarischen Bezug, auf die Themensetzung der laufenden Aktionen gegen die Telekom zu nehmen, um auf diese Weise Multiplikatoren zu schaffen, die sich im Optimalfall zu einer breiten, unkontrollierten Kampagne verdichten.

Auch wir wünschen euch von ganzem Herzen einen schönen Tag - und vergesst nicht die Nächte!

Buchempfehlung: Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF

Trotz Auflösung der RAF im Jahr 1998 lässt der deutsche Staat auch heute noch keine Möglichkeit ungenutzt, um die Geschichte im Sinne der Herrschenden umzuschreiben und alles anzuschwärzen, zu diffamieren und anzugreifen, was sich seinerzeit fast 30 Jahre lang unter dem Banner der RAF gegen das herrschende System aufgelehnte. Das Ergebnis dieser regelrechten Kampagnen ist aus einer linken Perspektive heraus betrachtet verheerend: Eine revolutionäre Gruppe, die ihre Anfänge im 68er Aufbruch hatte und für ihre politischen Ideale in den Untergrund ging, um eine Stadtguerilla aufzubauen und mit dieser den internationalen Kampf um Befreiung voranzutreiben, wird heute von weiten Teilen der Bevölkerung als Abenteurer oder gar als kriminelle Bande betrachtet. Der politische Kontext, der der RAF in diesem historischen Abschnitt überhaupt erst seine Legitimation verlieh, wurde somit systematisch aus den Köpfen ausgeradiert.

Das erscheinende Buch ist eine überarbeitete Neuauflage der in den 90ern erschienenen Broschüre „Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF“ und möchte Interessierten den Einstieg in die Geschichte der RAF erleichtern und hat den Anspruch, die Geschichte, Politik und Praxis der RAF sowohl aus einem authentischen als auch aus einem solidarischen

Blickwinkel heraus vorzustellen. Somit enthält das Buch neben der kompakten, historischen Darstellung der Geschichte der RAF viele weiterführende Literaturtipps sowie die Abdrucke von Paolo Neris 2008 in der BRD ausgestellten Mosaiken von Gefangenen aus der RAF, die den Knast nicht überlebten.

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (Hg.)

Selbstdruck im Eigenverlag
72 Seiten, Preis 5,00 Euro
ISBN: 978-3-00-039885-8

Zu bestellen über:
kontakt@political-prisoners.net
oder den Buch-/Infoladen deines Vertrauens.



Wir haben mit einem Zug angefangen...

Am 23. November letzten Jahres hatten 800 Personen es sich in den Kopf gesetzt, den CASTOR Zug mit radioaktiven Abfällen in der Umgebung von Valognes zu blockieren – und sie haben es geschafft. Zum ersten Mal seit langer Zeit hatte die Anti-Atom-Bewegung in Frankreich den Weg der gemeinsamen direkten Aktion eingeschlagen. Sie hat eine Stimme hören lassen, die nicht gezittert hat. Sie hat den zehntausenden Deutschen geantwortet, welche seit zwanzig Jahren diesen Zug blockieren. In der für die Atomindustrie wichtigsten Zone des am meisten Atomenergie produzierenden Landes der Welt war das eine inakzeptable Sache. Und weil es Gewohnheit ist, alle Ereignisse, welche die Existenz der Kraftwerke und der Wiederaufbereitungsanlagen angreift, zu verschweigen, wollte man auch alle Gegner zum Schweigen bringen.



Deshalb wurde sechs Monate später auf dem Camp von Montabot gegen die Hochspannungsleitungen alle Gewalt entfesselt und es kam zu 25 Verletzten, drei davon schwer. Und danach kam es zu einer richtigen Walze von juristischen Verfahren gegen alle, die Widerstand leisten: neun Angeklagte für Valognes; der Bürgermeister von Chefresne in Polizeigewahrsam genommen, woraufhin er und der gesamte Gemeinderat zurückgetreten sind; mehrere Gerichtsprozesse und Verurteilungen, davon eine richtige Knaststrafe für die Teilnahme am Kampf gegen die Hochspannungsleitung Contentin-Maine; mehrere Einschüchterungsversuche durch Vorladungen. Diese Aneinanderreihung von juristischen Angriffen, welche ihre einzige Waffe darstellt, ist nichts anderes als ein politischer Angriff auf die Feinde der Atomenergie. Am 9. Oktober 2012 fand in Cherbourg ein neuer Prozess gegen jene drei Leute statt, die es auf sich genommen hatten, den Sinn der Initiative des Camps von Valognes gegenüber den Medien zu vertreten. Dies ist ein Präzedenzfall für politische Kämpfe, dass allein der Fakt, sich gegenüber Journalisten zu äussern unter folgende Anklagepunkte fällt: direkte Provokation, auf die eine bewaffnete Versammlung folgt, Organisieren einer verbotenen Demonstration und Komplizenschaft bei der Zerstörung von öffentlichem Eigentum. Und mit welchen Beweisen werden diese schweren Vorwürfe unterlegt? Zwei oder drei Interviews auf dem TV-Sender BFM, in Le Figaro oder France Soir reichen aus, um die Angeklagten als die Grauen Eminenzen zu präsentieren, welche eine Herde folgsamer Schafe kommandieren.

Die Operation ist folglich komplett schamlos. Es geht darum, eine Situation herzustellen, in der Ereignisse wie das von Valognes nicht von einem Diskurs begleitet werden können, der öffentlich geteilt wird. Es geht darum, dass wer an solchen Aktionen teilnimmt, als gewöhnliche Kriminelle oder als Spinner behandelt werden. Es geht darum, so zu tun als gäbe es Chefs, um die Möglichkeit zu leugnen, dass es nicht hierarchische Formen der Organisation gibt. Es wird versucht, jede verständliche Formulierung eines kollektiven und offensiven Engagements zu verhindern. Um was es uns geht, ist, die unanständige Verbindung zwischen Gesten und Gedanken möglich zu machen.

Bericht vom Prozess in Cherbourg

2011 - im November-erinnert ihr euch? Da warteten wir auf den Zug und er kam nicht und kam nicht. Kam nicht los, denn in Valognes blockierten 800 Leute seine Abfahrt und das war ein Erfolg!

Jetzt standen am 9.10.12 drei von ihnen vor Gericht in Cherbourg, dem hohen Gericht wohlgermerkt, denn es ging um was Schwerwiegendes: Rädelsführerschaft, Anstiftung zu und Teilnahme an Beschädigungen von Bahnanlagen, Gefährdungen von Menschen... 2 mal 3 und 1 mal 6 Monate auf Bewährung waren vom Staatsanwalt gefordert, tausende Euros von der SNCF- der französischen Bahn-, die war aber schon mal gar nicht gekommen. Dafür saßen und standen 150-200 Leute im Verhandlungssaal, um den 3en den Rücken zu stärken. Das war wirklich nötig, denn in Frankreich stehen die Angeklagten die ganze Zeit vor dem Richter, der da oben thronte mit seinen beiden Beisitzerinnen, und los ging die Auflistung und Befragung zu den Anschuldigungen, ob sie sich unter falschem Namen in den Medien präsentiert hätten, wie sie denn über Gewalt dächten etc.pp Keine leichte Situation, aber da kann Mensch doch mal was über Stellvertreterinnen- Funktion, kollektives Handeln und die Gefahren des Atommülls sagen- die Asse wurde als gescheitertes Beispiel genannt. Und außerdem wurde ja doch nur zu einem Camp aufgerufen, das zu der Zeit nicht verboten war. Das Verbot des Präfekten gab's erst einen Tag vorher und das



war nicht in den Akten vermerkt, stellten dann die beiden Anwälte heraus, die desweiteren die Argumente des Staatsanwalts zerpfückten (der sich derweil mit einer Kollegin plaudernd

über sein Pult legte, von Leuten aus dem Saal dafür lautstark aufgefordert wurde, doch gefälligst zuzuhören, was wiederum den Richter veranlasste, die beiden aus dem Saal „entfernen“ zu lassen....) Die 3 Angeklagten waren auf jeden Fall gar nicht an den Schienen gesehen worden und sie waren ja auch nicht vermummt vor der Presse und in den Medien aufgetreten, sondern präsentierten sich zwar unter Pseudonym, aber doch sichtbar für alle vor den Kameras. Dann am Schluss die Überraschung für alle Anwesenden: das Urteil wird nach kurzer Beratung verkündet und lautet: Freispruch für alle 3!!! Bravo Rufe von 200 Leuten, na das kann man nicht wiedergeben...

Dass es nicht der letzte Transport war, wie vom Staatsanwalt angeführt wurde, wissen wir ja alle und dass der Widerstand in Valognes gegen Castor-Transporte weitergehen wird, ist klar. Wer weiteres über den Prozess und so erfahren will, kann sich hier informieren:

valognesstopcastor.noblogs.org
(französisch/englisch)

ganva.blogspot.com (französisch)

Ein weiterer Prozess steht schon für 2013 fest: Anfang März in Caen gegen die sieben Leute, die sich vorletztes Jahr auf die Gleise legten, um den Castorzug zu stoppen und - wie ihr euch vielleicht erinnert- von den Bullen so brutal behandelt und rausgeschnitten worden waren, dass es heftige Verletzungen gegeben hatten. Da steht die Revision des Prozesses an und das sollte ein Grund sein, hinzufahren und die Leute zu unterstützen.

Prozessbeobachter_innen aus dem Wendland



Prozesse zum Mord an Oury Jalloh Ein Stück Justiz in 2 Akten und bislang 125 Szenen

Zur aktuellen Situation im „Fall Oury Jalloh“: Einen Tag nach dem Urteil im Revisionsprozess legte die Staatsanwaltschaft (die übrigens eine Strafe von 6000 Euro gefordert hatte) Revision ein, eine Woche später auch Verteidigung und Nebenklage. Die Gewerkschaft der Polizei lässt in einer gemeinsamen Presserklärung mit der Verteidigung folgendes verlauten: „Wenn dann ein Inhaftierter sein allgemeines Persönlichkeitsrecht nutzt – und auch davon waren beide Tatsachengerichte überzeugt – um widerrechtlich selbst ein Feuer zu entfachen, ist der dadurch eingetretene Tod ein strafrechtlich nicht zu sühnender Unglücksfall.“

Für den „verfolgten Polizeibeamten“ richtete sie zu allem Überfluss ein Spendenkonto ein, auf welches „jeder ehrliche Bürger mindestens einen Euro“ überweisen sollte. Derweil ist ein Brandsachverständiger beauftragt worden, ein unabhängiges Gutachten zu erstellen. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ruft deshalb zu Spenden auf.

Ein beispielhaftes Schauspiel

Am 4. März 2011 wird der Polizeibeamte Schulze vernommen. Schulze hat Oury Jalloh zuletzt lebend gesehen und die Zelle kontrolliert. Hatte er zunächst

der Nebenklagevertreterin verneint, jemals an einem Treffen von Zugehörigen der Polizei in Vorbereitung auf den damaligen Prozess vor dem Landgericht Dessau-Roßlau teilgenommen zu haben, erinnerte er sich dann bei der Vernehmung durch die Verteidiger des Angeklagten Schuberts doch an ein solches Treffen. Dabei soll den Polizeibeamt/innen gesagt worden sein, bei Gericht das auszusagen, was man wisse. Auf die verwunderte Rückfrage der Nebenklagevertreterin, ob er das vorher nicht gewusst habe, weiß auch Schulze keine Antwort mehr, ersucht das Gericht um eine Pause und blickt hilfeschend in den Zuschauerraum. Dort sitzt ein Vertreter vom Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost. Er nahm



bereits an den vorherigen Prozesstagen teil – aus „fürsorgerechtlchen Gründen“, wie er am vierten Prozesstag im Zeugenstand verkündete. Das bedeutet soviel wie Pausengespräche mit dem Angeklagten Schubert, oder, wie am siebten Prozesstag, mit dem Zeugen Schulze. Danach vernahm der Staatsanwalt den Zeugen. Darin wurde deutlich, dass es ein polizeiinternes Treffen vor(!) dem Prozess in Dessau gab, und somit interne Absprachen nahe liegen. Mit seiner Vernehmung lenkte der Staatsanwalt

jedoch die Aufmerksamkeit auf ein von ihm selbst anberaumtes Treffen von Mitgliedern der Polizei während(!) des laufenden Prozesses, was angeblich dazu dienen sollte, das Mauern der Polizeibeamt/innen zu beenden.

Im Juni 2012 wird die für das Dessauer Revier zuständige ehemalige Polizeipräsidentin erneut vernommen. Sie wurde unter anderem gefragt, warum sie den kollegialen und innenministeriellen Hinweisen nicht nachgegangen sei, dass das Dessauer Polizeirevier „im Umgang mit Ausländern öfter unangenehm aufgefallen“ sei? Eine beamtenumständliche Umschreibung für behördlichen Rassismus. Sie habe, zugegebenermaßen, von den Zuständen im Dessauer Revier gehört – aber bislang nichts unternommen. Was hatte die Polizeipräsidentin stattdessen unternommen? Sie hatte die beteiligten, gerichtlich als Zeugen geladenen Beamten des Polizeireviers, wie es die Fürsorgepflicht einer Vorgesetzten gebietet, in Informationsveranstaltungen auf die „feindliche Atmosphäre“ im Gerichtssaal vorbereitet. Nein, Absprachen seien nicht getroffen worden.

Im folgenden Dialog wurden Originalzitate aus dem Revisionsprozess in Magdeburg so angeordnet, dass sie nun noch mehr Sinn ergeben.

Richterin: Gab es vor der Zeugenvernehmung eine Zusammenkunft?

Zeuge: Ja, wir sind geschult worden, dass im Gewahrsamsraum nichts brennen kann und wir die Wahrheit zu sagen haben und nichts als die Wahrheit. Das Ganze nennt sich dann Öffentlichkeitsarbeit nach innen.

Richterin: Wurden immer Mängelmeldungen erstellt?

Zeuge: Bei kleineren Sachen sicher nicht, also z.B. der Papierkorb ist voll oder das Fenster schließt nicht richtig.

Richterin: Und bei größeren Sachen: An wen ging die Meldung?

Zeuge: An den Dienstgruppenleiter der 2. Abteilung.

Richterin: Aber war der Angeklagte nicht selber Dienstgruppenleiter?

Zeuge: Ja, dann ging es wohl an wen anders. Meine Erinnerung verwässert auf Nachfragen.



Richterin: Lassen wir das. Wie war das nochmal mit dem Rauchmelder der öfter anschluss?

Zeuge: Ja, das war ein besonderes Vorkommnis das allerdings öfter vorkam.

Richterin: Und was dachten Sie als Sie wiederum den Feueralarm hörten?

Zeuge: Dass man SOFORT handeln muß. d.h. den Sachverhalt prüfen. Ich denke auch, daß wir schon einmal an einem Feuerlöscher vorbeigekommen sind. Ich sah es später auch nur am Schatten, daß mir da jemand in dichten Rauch entgegenkam.

Richterin: Kennen Sie den Angeklagten?

Zeuge: Persönlich kenne ich ihn nur dienstlich. Und außerdem kann ich nur davon ausgehen, was mir mitgeteilt wurde.

Richterin: Reden wir über die Zeugin H. Für den Fall, daß sie weiß, daß es so gewesen ist, wie wäre der Mann dann bei der Personalienfeststellung in die Bauchlage gekommen?

Einwurf Verteidigung: Frau Richterin, daß das ein Mann gewesen ist, muß erst noch durch einen Sachverständiger geprüft werden!

Zeuge: Darauf kann ich antworten, ich kann dazu nämlich nichts sagen.

Richterin: Lassen wir das. Die Zeugin H. betreffend: kam es da zu Informationsverlust?

Zeuge: Ja, dazu kam es tatsächlich, die Meldebestätigung für den Eingang des Schreibens wurde nämlich in der Lohnbuchhaltung abgeheftet. Allerdings ist das nicht weiter schlimm, sie hatte nur eine Vorzimmerfunktion im Haushaltsliegenschaftsbeschaffungsdezernat.

Richterin: Wann erfolgte eigentlich die letzte Kontrolle im Gewahrsam?

Zeuge: Der ausländische Staatsbürger schnarchte stundenlang gesund und ruhig. Aufgrund des Personalmangels der allgemeinen Auftragslage wegen, konnte um die Mittagszeit keine Kontrolle erfolgen. Dann fing es an zu brennen.

Richterin: Bei Ihrer ersten Vernehmung meinten Sie noch, daß bei der Polizei keine Personalknappheit herrsche. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Zeuge: Die Vernehmungen wurden damals ins Mikro gesprochen. Ich bin nicht sicher, ob es genauso abgeschrieben wurde. Ich fühle mich jetzt auch intellektuell überfordert.

Richterin: Gut, dann schließen wir die Verhandlung für heute, ein 2. Frühstück haben wir uns alle verdient.

Offensichtlich hat die Richterin keinerlei Interesse irgendetwas aufzuklären!

ein Prozessbeobachter

Siehe auch:

www.initiativeouryjalloh.wordpress.com
www.grundrechtekomitee.de

Nichts ist vergessen und Niemand!

Freiheit für Sonja Suder und Christian Gauger!

Für Solidarität - Für militante Geschichtsarbeit – Militant in die Zukunft!

Die beiden jahrzehntelang abgetauchten Genossinnen werden beschuldigt, als Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) an mehreren Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die ihnen zu Last gelegten Anschläge auf Rüstungskonzerne und Atommafia haben unsere Sympathie, Zustimmung und unseren Respekt. Auch gegen den Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss als Zeichen gegen die Kahlschlagsanierung und Zerstörung sozialer Lebensräume in der dortigen Innenstadt haben wir auch heute - und heute in Anbetracht von prekärer Lebensverhältnisse und Gentrifizierung erst recht - nichts einzuwenden. Diese militanten Aktionen waren und bleiben richtig und haben an Aktualität nichts eingebüßt.

Sonja Suder wird außerdem eine Mitwirkung im Rahmen der OPEC-Aktion als Teil der RZ vorgeworfen. Die RZ als bewaffnete Stadtguerillagruppen agierten zum damaligen Zeitpunkt auch im internationalen Bereich teilweise mit anderen Guerillagruppen zusammen.

Das Gericht hat nun die Absicht, die Genossin zu lebenslanger Haft zu verurteilen.

Wir sprechen der Klassenjustiz jedes Recht ab, über die Legitimität, die militanten-bewaffneten Aktionen und über die Fehler der Stadtguerilla zu urteilen. Wir vergessen nicht, dass der west-deutsche Staat in der Tradition des Faschismus gegen alles Linke restauriert wurde. Die Schergen des Dritten Reichs in den neuen Sicherheitsapparaten bauten ihn von Anfang an zur „wehrhaften Demokratie“. Justiz, Bundeskriminalamt, Polizei, Verfassungsschutz und all die anderen Ministerien waren durchsetzt und geprägt von „Leuten, die von früher was verstanden“. Der Prozess gegen Sonja steht in dieser historischen Kontinuität. Sowie die Entstehung der NSU, und seine Deckung durch den Inlandsgeheimdienst, in dieser Kontinuität steht. Die Mordserie ist nur ein Symptom dieses postfaschistischen Staatsentwurfs. Aufbau und Unterstützung immer neuer Nazi-Strukturen über V-Mann-Gelder aus den Geheimdiensten sind ein weiteres.

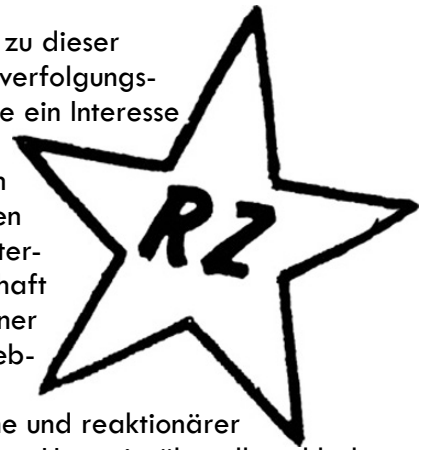


Auch 1977, als die RZ eine militante Aktion gegen den Rüstungskonzern MAN und die atomare Aufrüstung des rassistischen Regimes in Südafrika machte, waren die Justiz, die Polizei, die Verwaltungen besetzt mit NS-Verbrechern und -Mördern, an deren Verurteilung und Aussonderung aus staatli-

chen Strukturen auch zu dieser Zeit seitens der Strafverfolgungsbehörden der BRD nie ein Interesse bestand. Die alten Nazis im Staat waren vielmehr die Garanten für die autoritäre Unterersetzung von Gesellschaft und Demokratie in einer Form, die den maßgeblichen Einfluss von Kapital, Militär, Kirche und reaktionärer geistiger Eliten sicherte. Heute ist überall nachlesbar, wie, zu welchem Zweck und mit welchem Personal aus den NS-Apparaten von vor 1945 der sogenannte Sicherheitsapparat der BRD nach 1948 aufgebaut worden war. Über diese ideologischen und personellen Kontinuitäten pflanzten sich auch Feind- und Vernichtungsdenken innerhalb der west-deutschen Behörden fort. So entschied sich die demokratische Elite 1977 zu einer Offensive gegen linke Strukturen, die später den Namen „deutscher Herbst“ bekommen sollte. Es ging ihnen darum, nicht integrierbare Zusammenhänge der Linken mit allen Mitteln zu vernichten. Stammheim ist dafür betoniertes Symbol. In diesem Zusammenhang ist auch die Folterung (!) des RZ-Genossen Hermann F. zu bewerten.

Der Genosse Hermann F. verletzte sich lebensgefährlich bei dem Versuch, einen Sprengsatz zu testen, der für die Botschaft des Folterstaates Argentinien bestimmt war. Über vier Monate erstreckte sich danach der rechtlose Zustand, in dem der traumatisierte, blinde und verstümmelte Mensch immer wieder in Verhörsituationen gepresst wurde. Wir können nur allen empfehlen, die Berichte der GenossInnen aus der damaligen Zeit noch einmal zu lesen. In der aktuellen Berichterstattung fällt meist unter den Tisch, dass diese Aussagen, 1978 unter Folterbedingungen zustande gekommen, jetzt gegen Sonja verwendet werden. Dabei bilden diese verbrecherischen Verhöre die Grundlage auf die sich heute ein entscheidender Teil der Anklage stützt. Das heutige Verfahren und diejenigen, die es betreiben, stellen sich damit in die Tradition der „furchtbaren Juristen“, die sich in der NS-Zeit in mörderischer Weise ihrer Ämter bedienten, wenige Jahre später die west-deutsche Justiz „neu“ aufbauten und weiter gegen Kriegsgegner_innen, Antifaschist_innen und Linke voringen.

So entschlossen die Justiz die Linke verfolgte – von Knast bis hin zu Berufsverboten – so schützte sie immer schon die Rechten. Juristisch unaufgeklärt bleibt bis heute der faschistische Anschlag hinter dem



Der Verfassungsschutz hatte seine Hände im Spiel – der Anschlag sollte Linken in die Schuhe geschoben werden. Eine sicherheitspolitische Zuspitzung war das Ziel, in der der Folterbefürworter und Pinochetfreund F.J. Strauß (CSU) als „starker Mann“ auftreten, sich als energischer Sicherheitspolitiker profilieren und an die Macht kommen sollte

– ganz demokratisch per anstehender Bundestagswahl. Dass es nicht dazu kam, lag vielleicht nur daran, dass die Bombe mitsamt dem Neonazi zu früh hoch ging. Juristisch ebenfalls ungeklärt die Ermordung des VS-Spitzels Schmücker. Kein Wunder – der Verfassungsschutz stand auch hier Schmiere. Die Mordwaffe fand sich mehr als ein Dutzend Jahre später in einem VS-Panzerschrank.

Und nun aktuell der NSU. Neun Migranten (und ein Bulle) werden über einen Zeitraum von 10 Jahren hingerichtet, und um die Drecksschweine vom NSU herum wimmelt es nur so von V-Männern und Verfassungsschutzmitarbeitern. Aber niemand will etwas gewusst haben. Der NSU als bewaffneter Arm der Geheimdienste? Der missglückte letzte Banküberfall als die einzige wirkliche Panne im Zusammenhang mit dem NSU? So wie in München die zu frühe Explosion? Die Hoffnung, dass irgendwelche Untersuchungsausschüsse nur ein Minimum der Verwicklung staatlicher Stellen in die NSU-Verbrechen aufarbeiten könnten, geht an der historische Bestimmung des Inlandsgeheimdienstes und der Repressionsstrukturen vorbei. Die Wahrheit gibt es nur über die Öffnung aller Archive von Geheimdienst und Staatschutz – für alle. Klar: das geht nur über die Erstürmung und Zerschlagung der letzteren – bevor sie auch noch die letzten Akten geschreddert haben.

Wir haben weder die Ermordung von Holger Meins noch die von Ulrike Meinhof vergessen, weder die Schüsse der Springerpresse auf Rudi Dutschke noch die Killfahndungen und alle anderen Verbrechen gegen Linke im Kontext der Zeit, keinen Brandt und seine Berufsverbote, keinen Schmidt und seinen Krisenstab, nicht die Hochsicherheitsknäste, die Weiße Folter, Kalkar und die auf uns gerichteten Maschinenpistolen. Dies alles kommt mit dem Prozess gegen Sonja wieder hoch und heizt unseren alten Zorn an!

Über Fehler und politische Entscheidungen zur Art und Weise des bewaffneten



Firmensitz von MAN nach RZ Anschlag 1977

Kampfes, die im Kontext der Zeit ihre Richtigkeit hatten, oder richtig schienen, müssen die alten Militanten selbst urteilen. Jene libertäre Militante, die heute das Erbe der militanten Bewegung aufgenommen haben und fortführen, so sie denn ein Geschichtsbewusstsein haben - und das sollten sie verdammt noch mal haben!

- werden über die Bedeutung dieser Fehler der Vergangenheit für heute zu Rate sitzen. Es geht darum, die Schritte in die Zukunft auch in Bezug zu den politischen Fehlern der Vergangenheit zu bestimmen. Und zu den Erfolgen! Dafür fehlt es aber nach wie vor an einer kontinuierlichen politischen Auseinandersetzung mit historischer, militanter und bewaffneter Praxis in ihrem Bezug zur jeweiligen Gegenwart. Denn nicht das Konzept Stadtguerilla RZ ist gescheitert – es hat im Rahmen seiner Zeit einen Platz eingenommen, der heute seinesgleichen, und mit der Roten Zora ihresgleichen, sucht.

Die RZ galten mit ihrer Konzeption einer sozialrevolutionär aufgestellten Guerilla, die auf breiten Rückhalt und mehr als klammheimliche Sympathie zurückgreifen konnte, dem Staat als ausgesprochen gefährlich. Bei einigen alten Aktiven der RZ, die heute auf ihre Geschichte zurückblicken können, mischt sich dennoch das Gefühl in die Erinnerungsarbeit, als RZ gescheitert zu sein. Das halten wir für Quatsch! Gescheitert sind die Militanten vielleicht nach dem Ende ihrer Praxis durch ihre Vereinzelung und als Einzelne. Oder auch schon vorher an ihren überzogenen Ansprüchen an ihre eigene Leistungsfähigkeit, an persönlichen oder politischen Zerwürfnissen oder an den äußeren Bedingungen, die streng klandestine Arbeitsstrukturen notwendig machten und vielleicht zu viel Disziplin erzwangen. Verloren gegangen, aber nicht gescheitert, ist auf jeden Fall für den Moment die Perspektive auf gesamtgesellschaftliche Befreiung. Ansätze, die vor dem Hintergrund ihrer Zeit daran gearbeitet haben, werden dadurch in der Rückschau aber weder falsch, noch für heute bedeutungslos. Wenn die Befreiung damals auch als mögliche Perspektive erschien, so werden weder damalige noch heutige Kämpfe und die sie begleitenden militanten Kampagnen dadurch falsch, dass die Befreiung zwar nicht mehr absehbar, aber dennoch objektiv notwendig ist. Vor dem Hintergrund der immer auswegloseren Gesamtsituation sind sie vielmehr aktueller denn je.



Wir rufen also den lebenden Träger_innen dieser Vergangenheit zu: Ihr tut gut daran, endlich und ohne Konkurrenz untereinander die Geschichte und die historische Bedeutung Eures Vereins aufzuarbeiten und zur

Diskussion zu stellen! Dass auch heute noch nicht alles offen auf den Tisch gelegt werden kann und darf, versteht sich von selber. Die Schuldfrage interessiert eh nur die Justiz.

Im Zweifelsfall müsst Ihr Differenzen eben nebeneinander stehen lassen. Auch unüberbrückbar erscheinende Gegensätze müsst ihr dabei vielleicht aushalten, genauso wie politisch traurig anmutende Biographien. In allen bewaffneten Organisationen hat es Brüche und Verwerfungen gegeben. Dennoch brauchen wir die analytische Arbeit aus dem Gestern übers Heute ins Morgen. Fehler sind nicht dazu da, Schuldzuweisungen darauf aufzubauen, sondern um daraus zu lernen. Wir wünschen uns eine Aufarbeitung der Erfahrungen einer bewaffneten sozialrevolutionären, libertären Metropolenguerilla, damit diese nicht verloren gehen und andere Menschen in diesem und kommenden Widerstandszyklen darauf aufbauen können.

Diskutiert mit denen, die heute praktisch arbeiten oder über Praxis nachdenken, wo das Vermächtnis der Revolutionären Zellen/Rote Zora heute noch und wieder seine praktische Relevanz hat. Das wäre ein beachtlicher Akt der Solidarität, den Ihr Sonja in ihrer Zelle und darüber hinaus zukommen lassen könnt.



Sonja Suder gehört raus aus dem Knast. Sofort!
Keine Beugehaft für Niemand!
Staats- und Verfassungsschutz gehören restlos abgewickelt.
Schafft zwei, drei, viele militante Kerne!

Wir widmen diesen Text dem Genossen und Internationalisten Gerd Albartus von den RZ - ermordet von welchen, die für ihn Genossen & vielleicht auch zeitweise Freunde waren, bzw. die er dafür hielt (genauer in „Gerd Albartus ist tot“, Dezember 1991).

Freie Radikale, Dezember 2012

Frankfurter Landgericht in Erklärungsnot: Verteidigung beantragt Aufhebung des Haftbefehls.

Am Verhandlungstag am 1.2.2013 fasste die Verteidigung die Widersprüche des Kronzeugen Klein zusammen, die bezüglich seiner Anwerbung und des Waffentransports für den OPEC-Überfall 1975 in Wien vorliegen. Damit ist die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen völlig demontiert.

So gibt Klein gibt in seinen bisherigen Aussagen vier verschiedene Versionen von seiner Anwerbung im Stadtwald an. Immer war B. Kuhlmann dabei, dann fügte er verschiedene Namen von einem oder mehreren Männern hinzu. Der Name Sonja Suder fiel erst nach seiner Inhaftierung 1999, als Namen gefordert waren, um Strafrabatt in der Kronzeugenregelung zu erlangen.

Die grundlegenden Widersprüche waren schon bei der Anklageerhebung 2012 bekannt. Sie wurden in Kleins Prozess 2000 bereits gerichtlich festgestellt und führten folgerichtig zum Freispruch eines Mitangeklagten. Die Zulassung der Anklage gegen Sonja Suder zeigt daher, dass das Gericht offenbar nicht an Fakten interessiert ist.

Die in der Hauptverhandlung erörterten Widersprüche sind so massiv, dass die Verteidigung am Freitag

die Aufhebung des Haftbefehls von Sonja Suder beantragte und ihre sofortige Freilassung fordert. Es ist ein Skandal, dass Sonja Suder seit fast 1,5 Jahren in U-Haft sitzt und das Frankfurter Landgericht nur Widersprüche und Lügen eines Kronzeugen präsentieren kann. Welche Motivation hätte das Gericht, dem Antrag auf Freilassung nicht stattzugeben?

Am 5.2. wurde der Kronzeuge Hans-Joachim Klein weiter befragt. Er hat sich dabei erneut in Widersprüche verwickelt und offenbart neue Erinnerungslücken. Die Richterin hält trotz „gewisser Erinnerungslücken“ an seiner Glaubwürdigkeit fest. Für sie besteht weiterhin „dringender Tatverdacht“. Über den Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung entscheidet sie nicht.

Solikomitee für Sonja und Christian

Weitere Prozesstermine und Infos zum aktuellen Stand des Verfahrens:

www.verdammtlangquer.org

Hintergrundinfos zur Geschichte und Texte der RZ:

www.freilassung.de/div/texte/rz.htm

Die Wiedergeburt des radikalen Nationalismus in Polen

Warschau – Die letzten Tage, die den nationalistischen Krawallen des 11. November 2012 folgten, waren für diejenigen unter uns, die in Polen leben aber auch für unsere zuschauenden FreundInnen rund um die Welt, eine Zeit der ernsthaften Reflektion. Wir sind in einer neuen Realität aufgewacht, nicht im übertriebenen oder theoretischen Sinne, sondern in einer konkreten, neuen Realität des faschistischen Terrors auf den Straßen unserer Städte mit ausgebrannten Wohnungen, im Krankenhaus liegenden AntifaschistInnen, Morden, nationalistischen Massenaufmärschen durch unsere Städte und nun der Formierung von nationalistischen Milizen sowie einem Aufruf zum Umsturz der Republik. Wir fragen uns, genauso wie unsere Großeltern es vor 80 Jahren taten, "wie konnte das in unserer Zeit passieren?"

Historischer Zusammenhang

Der Sturz der "kommunistischen" Diktaturen in den 1990'ern bot neuen politischen Ideologien in den ehemaligen Einparteienstaaten einen Nährboden zum Erstarren. Wo einst die Geschichte durch die stalinistische Propaganda an die Menschen vermittelt wurde, kehrte der Krieg über die historische Wahrheit zurück und die NationalistInnen tun alles in ihrer Macht stehende, um die Geschichte zu ihrem düsteren Vorteil zu verfälschen. Überall im vergessenen Teil Europas beobachten wir heute diese Tendenz. In Dresden organisieren die NationalistInnen Aufmärsche, um der Opfer der Bombenangriffe durch die Alliierten zu gedenken; in Ungarn werden NationalistInnen aus der Vorkriegszeit (und Verbündete der Nazis) als die wahren Verteidiger der Freiheit glorifiziert; in der Ukraine werden Monumente für die terroristische Organisation UPA errichtet, ihren Anführern wird der Status des 'Nationalhelden' zugesprochen. Wir leben in extrem unsicheren Zeiten. Die Schwarzweißmalerei, die NationalistInnen anbieten, stößt bei einer Generation, die unter den Gegebenheiten der modernen Ökonomie leidet, auf Resonanz.

In Polen verbrachten die NationalistInnen die letzten 20 Jahre damit, Fußballfans zu rekrutieren, bestrebt, die Kultur und Identität der Arbeiterklasse zu übernehmen. Diese Taktik beobachten wir überall in Europa. Die BBC-Dokumentation, die sich kritisch mit der faschistischen Gewalt innerhalb des polnischen und ukrainischen Fußballs auseinandersetzte, schockierte diejenigen außerhalb dieser Region, die überlegten, einen Urlaubsausflug zu den EURO 2012 Meisterschaften zu machen. Aber nationalistische Kultur und Ideen lassen sich nicht länger nur im Umkreis der Fußballstadien finden, sie dringen immer weiter in den Alltag, die Massenmedien, die Kirchenpredigten und sogar auf den Universitätskampus vor.

Die radikalen NationalistInnen haben ihre Militä-

runiformen und Fußballklubpolitik zu Gunsten von Anzügen und Krawatten, sowie dem Bündnisaufbau eingetauscht. Durch die Etablierung von Allianzen quer durch die Rechte, was auch Großverlage mit einschließt, brachten sie die 11. November Aufmärsche von 300 Neonazi-Skinheads im Jahr 2009 auf 20.000 "PatriotInnen" im Jahr 2012, bereit "das System umzustürzen". Aber wir reden hier nicht nur von Propaganda und Aufmärschen, wir stehen auch einer neuen Ära der organisierten und koordinierten Gewalt gegenüber, die es so jahrelang nicht



Polnische NationalistInnen und Fußballhooligans beim nationalistischen "Unabhängigkeitsmarsch" am 11.11.2012

zu sehen gab. Sie fahren eine zweigleisige Strategie, wobei sie einerseits das öffentliche Bild von der extremen Politik säubern (sie bemächtigen sich des Märchens vom ewigen Opfer "wahrer PatriotInnen", die von einem unterdrückerischen System verdammt werden), während sie gleichzeitig ganz kurz unter der Oberfläche ihrer Organisation eine Kultur der Gewalt erschaffen. Ihre Strategie erreichte diesen 11. November ihren Höhepunkt.

Mit Entsetzen standen wir da, als nationalistische Gruppen polnische Städte terrorisierten und Straßenkämpfe, die den Hauptaufmarsch begleiteten, von den NationalistInnen und ihrer Masse konspirierender SympathisantInnen als "provoziert durch verdeckte Ermittler" abgetan wurden. Die total inkompetenten polnischen Medien begannen die Behauptungen der ONR zu wiederholen, von der langen, bemitleidenswerten "nationalen Aufopferung", die nun der Hauptmythos des 11. November zu sein scheinen. Die Mär des vergangenen Jahres von den "ausländischen Antifaschisten, die kommen, um polnische Patrioten zu bekämpfen und Warschau zu demolieren," wurde ersetzt durch eine neue paranoide Theorie von "verdeckten Ermittlern mit Skimasken, die Krawalle in Warschau verursachen". Die Realität hat die Masse der Gesellschaft noch zu erkennen, polnisch-nationalistische Gewalt erreicht ihren Höhepunkt und polnische AntifaschistInnen, ImmigrantInnen und LGBT's erleben es aus erster Hand.

Eine kurze Zusammenfassung der koordinierten nationalistischen Gewalt im Jahr 2012

Die Welle der Gewalt trat nicht erst kürzlich in Erscheinung, in den vergangenen Jahren sahen wir einen Mord und dutzende, wenn nicht hunderte Angriffe im ganzen Land. Die Osternacht in Białystok: Eine Gruppe NationalistInnen grölt, sie würden "die Stadt von Linken und Schwuchteln säubern", ermordeten einen Studenten und stachen auf mehrere andere ein. Stundenlang durch die Straßen ziehend, versagte die Polizei dabei einzugreifen. In Poznań wurde ein Kinderkunstfestival, veranstaltet vom Rozbrat Squat, von gruppenweise Männern mit Steinen angegriffen. In Opole wird ein kleines kurdisches Restaurant von Schlägern mit Knüppeln und Messern angegriffen. Die Polizei ignoriert mehrfach Anzeigen der ArbeiterInnen über nationalistische Drohungen. In Piła werden zwei Jugendliche von fünf Männern, die sie als "dreckige Schwuchteln" bezeichnen, zusammengeschlagen, weil sie Plakate für ein Punkkonzert aufhängen. In Warschau kommt es im Anschluss auf Solidaritätsdemonstrationen von ArbeiterInnen wiederholt zu Übergriffen auf örtliche GewerkschafterInnen; Übergriffen auf die LGBT-freundliche Bar "Schöne neue Welt", während nationalistischen Aufmärschen; Drohungen gegen linke AktivistInnen im Anschluss auf öffentliche Demonstrationen. In Lublin kommt es zu einem Übergriff auf das Kulturzentrum Tektura Kollektiv und Wochen später gegen "Free Tibet"-DemonstrantInnen auf dem Platz der Stadt. In Sopot wird ein junger Mann, der auf seinen Zug Nachhause wartete, angegriffen, weil er "bunte Hosen trägt". Es wird ihm vorgeworfen schwul zu sein, er wird zusammengeschlagen. In Wrocław greift der nationalistische "Aufmarsch der Sturmhauben" eine Demonstration für Gleichberechtigung, das anarchistische Sozialzentrum CRK, die örtliche Synagoge etc. an. Ein kubanisch-polnischer Fußballer wird bedroht, sein Motorrad demoliert und mit den Worten "white Power" und "KKK" beschmiert. Friedhöfe, Synagogen, Denkmäler, multikulturelle Symbole, Cafes, Sozialzentren, besetzte Häuser werden angegriffen, die Liste geht weiter, das alles in den letzten 11 Monaten, in Städten überall im Land. Und dann ist da noch, was am 11. November geschah.

Der 11. November war ein Tag, den die NationalistInnen als einen großen Sieg feiern; der Beginn einer neuen nationalen Front und der Anfang vom Ende der polnischen Republik.

Die nationalistische Machtergreifung und Bildung der Nationalistischen Milizen

„Wir leben jetzt in einer neuen Realität – und kaum ein Mensch scheint es zu bemerken“ erklärte die Antifaschistische Koalition des 11. Novembers. Neben den nationalistischen Krawallen, die Warschau am Abend des 11. Novembers erschütterten, fanden an diesem Tag eine Menge Angriffe statt, um



den „nationalen Unabhängigkeitstag“ zu feiern. Die NationalistInnen kündigten eine neue militante Strategie gegen die Demokratie an. ONR (Obóz Narodowo Radykalny, das Radikale Nationale Lager) und Młodzież Wszechpolska (Gesamtpolnische Jugend) MW, die Gruppen, die den Marsch durch Warschau organisierten, haben sich nun offiziell vereinigt und anschließend zum Umsturz der Republik und zur Bildung paramilitärischer Gruppen innerhalb einer so genannten „Nationalgarde“ aufgerufen. Der Aufruf erinnert sehr stark an Hitlers Braunhemden, die in deutschen Städten patrouillierten und in den 1920'ern und 30'ern Widerstandsgruppen zerschlugen. Mussolini hatte eine ähnliche Rückendeckung mit seinen „Schwarzhemden“, die Rom übernahmen, indem sie Straße für Straße durchkämmten und so politische Feinde aufspürten. Das ist die Realität über die wir reden, faschistische Milizen kommen in eine Stadt in deiner Nähe.

Es wird sich zeigen, inwieweit diesem Aufruf von den Braunhemden der ONR und MW Beachtung geschenkt wird, aber wenn der 11. November ein Indiz ist, dann sind sie schon da. Sonntagnacht, direkt nach dem „Patriotenmarsch“, drang eine 100 Mann starke Gruppe gewaltsam in das Sozialzentrum Wagenburg in Wrocław ein. Sie begannen mehrere Menschen bewusstlos zu prügeln und flüchteten anschließend vom Tatort. Ein Mann wurde in Eile ins Krankenhaus gebracht und entkam nur knapp dem Tod. Er befindet sich, nachdem er mehrmals operiert wurde, immer noch in kritischem aber stabilem Zustand. Fahrzeuge, Häuser und das Gebäude selbst wurden beschädigt oder zerstört. Auf Facebook gratulierte der Anführer der NOP (eine weitere große nationalistische Organisation) den Angreifern und spornte zu Weiterem an. Die vier Männer, die infolge des Übergriffs festgenommen wurden, wurden mittlerweile ohne Anklagen entlassen. In Białystok kam es zu einem Brandanschlag auf die Wohnung einer tschetschenischen Familie. Ebenfalls in Białystok verkündete der Bürgermeister jetzt öffentlich, dass er sich für die ONR einsetzen möchte. In Warschau wurden nicht kommerzielle Räume angegriffen, unter ihnen das Lambda. Außerdem kam es im Umkreis der Stadt zu Angriffen auf Einzelpersonen und Massenmedienunternehmen. In Wieluń wurde der Friedhof mit ONR-

Graffiti verunstaltet, in Ostrołęka Grabmäler unbekannter russischer Soldaten zerstört. Das sind einige der Angriffe, die uns bis jetzt bekannt sind.

Dies ist eine offenkundige und landesweite Kampagne des Terrors. Und wir sehen, dass neofaschistische Gruppen in Nachbarländern ähnliche Kampagnen organisieren. Einige von denen beteiligten sich am Sonntag an dem Aufmarsch in Warschau, u. a. italienische, spanische, ungarische, schwedische und norwegische NationalistInnen. Erinnern wir uns daran, dass Anders Breivik, der Nationalist, der 2011 Oslo terrorisierte und 77 Menschen tötete, die polnischen Nationalisten als große „Inspiration“ anführte.

Apathische Öffentlichkeit

Mit solch einer Welle der Gewalt und Aufrufen zum Umsturz der Regierung, fragst du dich, wo die polnische Gesellschaft und der Staat bei all dem bleiben? Wie schon oben erwähnt, scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Wie es bereits im vorkommunistischen Italien und Spanien passierte, rüstet der Staat nicht etwa zum Schutz gegen eine faschistische „Revolution“ sondern zur Repression gegen den linken Flügel, AnarchistInnen und antifaschistische Organisationen, die für den wirtschaftlichen Frieden eine weitaus größere Bedrohung darstellen, als jegliche faschistische Machtübernahme es vermag. Außerdem hat sich eine Kultur der Apathie und des Schweigens in der Gesellschaft etabliert, die eher mit Fragen der Armut und Identität als die der Politik kämpft. In einem System, das eine Mehrheitsbevölkerung desillusionierter Armer kreiert, ist es kein Wunder, dass der Staat sie lieber für die Nation kämpfen sieht als für Gerechtigkeit. Als Maßstab, wie wenig die polnische Polizei und Regierung die Vorgänge begreift, dient ihr Vorgehen am 11. November: Die Woche zuvor schikanierten sie AntifaschistInnen, verhörten sie „ob Leute irgendwelche Kämpfe für den 11. November planen?“. Die antifaschistische Demo durchquerte Warschau natürlich ohne einen Hauch von Gewalt, während im Stadtzentrum nationalistische Machtdemonstration Krawalle wüteten. Und dennoch bleibt der Fokus der Polizei gegen antifaschistische AktivistInnen gerichtet.

Und die Medien? Nationalistische und populistische Ideen werden im Mainstreamdiskurs sichtbar, die ONR nutzt die unkritische Herangehensweise der Medien, um ihre Rhetorik zu propagieren. An diesem Unabhängigkeitstag, war sogar der Präsident in einer populistischen Bildeinstellung beim Kranzniederlegen für die nationalistische Ikone Roman Dmowski zu sehen.



Anführer der neuen Nationalistischen Bewegung, von links: Artur Zawisza, Robert Winnicki (MW), Marian Kowalski (ONR).

(Staats)Bürgerliche Organisationen sind nun offen Verbündete von ONR und MW; größtenteils, weil die Medien sie oder ihre extreme Politik mangelhaft überprüfen. Und wie sieht es mit der Presse aus, die in der Kritik eine aktive Rolle einnimmt? Sie werden als kommunistisch, elitär oder jüdisch abgestempelt und durch einen rechten Medienboykott angegriffen – ganz nach dem Motto: „Ich werde nicht lesen, ich werde nicht schauen.“

Dermaßen gedeckt von allen Seiten, scheint die Saison für einen neuen Nationalismus eröffnet zu sein, der einen Sprung vorwärts macht aus der Asche des gescheiterten post-kommunistischen, ökonomischen Experiments. Die NationalistInnen behaupten den „dritten Weg“ zu haben, weder kommunistisch noch kapitalistisch, aber – was sie noch herausfinden werden – ist, dass dieser Weg mit antifaschistischen Blockaden gepflastert sein wird.

Wie lange noch können wir die Bedrohung einer nationalistischen Revolution tolerieren und erstarken lassen? Mit gedeihender nationalistischer Propaganda und cleverer „Koalitionsbildung“, die sich bezahlt macht, kriecht der Schatten des Faschismus kontinuierlich über dieses Land. Wie wir in den letzten beiden Jahren sehen konnten, wird dieser „dritte Weg“ mit Blut getränkt sein. Wir können nicht länger warten. Es ist jetzt oder nie.

In Gedenken an unsere Großeltern, die die Todeslager befreit haben und die faschistische Monstrosität in die Knie gezwungen haben. Lasst uns nie wieder an diesen Ort zurückkehren!

Keine Kompromisse im Kampf gegen den modernen Faschismus!

¡No pasarán!



Antifaschistische Demo gegen den nationalistischen „Unabhängigkeitsmarsch“ am 11.11.2012

Plötzlich plappern Anna und Arthur

Seit Jahren betreiben wir Server und Kommunikationsdienste für linke Gruppen, geben wir uns alle Mühe, die Server sicher zu halten, wehren wir – mit unterschiedlichen Mitteln – Anfragen von Behörden zu irgendwelchen Daten ab. Kurz: Wir versuchen im kapitalistischen Internet eine emanzipatorische Basis der Kommunikation zu bieten. Seitdem auch viele Linke Facebook „nutzen“ (oder Facebook viele Linke nutzt), sind wir jedoch verunsichert: Vielen scheint es nun nicht mehr darum zu gehen, einerseits das Internet als Ressource für linke Kämpfe zu nutzen, andererseits aber das Internet selbst als politisch umkämpftes Terrain zu verstehen und sich in diesem Kampf dazu zu verhalten. Vielmehr wird unsere politische Arbeit selbst als defizitär und anstrengend wahrgenommen. Verschlüsselte Kommunikation mit autonomen Servern scheint nicht als emanzipativ, sondern als lästig angesehen zu werden.

Disneyland

Wir hatten einfach nicht verstanden, dass es nach all dem Stress auf der Straße und den langen Gruppendiskussionen der Wunsch vieler Aktivist_innen ist, auf Facebook in Ruhe über alles, was erlebt wurde, mit allen zu quatschen. Dass Facebook eben auch für Linke die sanfteste Art der Verführung ist. Dass auch Linke es genießen, dort, wo es scheinbar nicht weh tut, den Strömen der subtilsten Form der Ausbeutung zu folgen und endlich einmal keinen Widerstand zu leisten. Das schlechte Gewissen, das viele dabei sicherlich plagt, weil sie wissen oder ahnen, welche fatalen Konsequenzen Facebook mit sich bringt, scheint hierbei keine besondere Handlungsanweisung zu erteilen.

Ist es wirklich Unwissenheit?

Um einmal kurz zu skizzieren, was das Problem ist: Mit der Benutzung von Facebook machen Linke nicht nur ihre eigene Kommunikation, Meinung, „Likes“ usw. transparent und prozessierbar. Sondern, und dies halten wir für weit folgenreicher, es werden linke Strukturen und Einzelpersonen, die selbst mit Facebook wenig oder gar nichts zu tun haben, aufgedeckt. Die Mächtigkeit Facebooks, das Netz nach Relationen, Ähnlichkeiten usw. zu durchsuchen, ist für Laien kaum vorstellbar: Mit dem Plappern auf Facebook werden für Behörden und Konzerne politische Strukturen reproduziert. Diese können dann bequem nach bestimmten Fragen durchsucht, geordnet und aggregiert werden, um präzise Aussagen nicht nur über soziale Relationen, wichtige Personen in der Mitte usw. zu produzieren, sondern auch auf der Zeitachse bestimmte Prognosen treffen zu können, die sich aus Regelmäßigkeiten ableiten lassen. Facebook ist die subtilste, billigste und beste Überwachungstechnologie neben Handys!

Linke Facebooknutzer_innen als unbezahlte V-Leute?

Wir hatten immer gedacht, es geht der Linken um etwas anderes: Die Kämpfe auch im Internet weiterzuführen. Und darum, das Internet für die politischen Kämpfe zu nutzen. Uns geht es darum – auch heute noch. Deshalb sehen wir in Facebook-User_innen eine echte Gefahr für unsere Kämpfe. Und besonders Linke auf Facebook produzieren (meist ohne zu ahnen, was sie tun) wertvolles Wissen, auf das Verfolgungsbehörden in zunehmendem Maße zurückgreifen. Wir könnten fast soweit gehen, diese Linken der Kompliz_innenschaft zu beschuldigen. Aber soweit sind wir noch nicht. Noch ist unsere Hoffnung nicht gestorben, dass sich die Einsicht einmal durchsetzt, dass Facebook ein politischer Gegner ist. Und, dass diejenigen, die Facebook nutzen, Facebook immer mächtiger machen. Linke Facebooknutzer_innen füttern erst die Maschine und legen damit Strukturen offen! Und dies ohne Not, ohne Richter_in, ohne Druck. [1]

Standpunkt

Uns ist klar, dass wir von einer gewissen Höhe herab sprechen. Da wir uns seit Jahren mit dem Netz und Computern, Systemadministration, Programmieren, Kryptographie und einigem mehr beschäftigen und teils damit unser Geld verdienen, ist Facebook quasi ein natürlicher Feind für uns. Da wir uns außerdem als Linke verstehen, addiert sich dazu noch eine Analyse der politischen Ökonomie Facebooks, in der „User_innen“ zum Produkt werden, an das gleichzeitig auch verkauft wird. In der Fachsprache heißt das „demand generation“. Uns ist klar, dass sich nicht alle mit solcher Hingabe mit dem Internet auseinandersetzen, wie wir es tun. Aber dass Linke dieses trojanische Pferd namens Facebook an ihrem Alltag teilhaben lassen, ist weniger Ausdruck von Unwissenheit als von Ignoranz an einer extrem kritischen Stelle.

Wir fordern mit allem Nachdruck alle auf: Schließt Eure Facebook-Accounts! Ihr gefährdet andere! Verhaltet Euch zu diesem Datenmonster!

Und ansonsten: Verlasst GMX und Co! Nieder mit Google! Gegen die Vorratsdatenspeicherung! Für Netzneutralität! Freiheit für Bradley Manning! Hoch die Dezentralität!

Fight Capitalism! Auch – und gerade – im Internet! Gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Auch – und gerade – im Internet!

Nervt Eure Genoss_innen. Macht ihnen klar, dass, wenn sie Facebook füttern, sie sich echt mit der falschen Seite eingelassen haben!

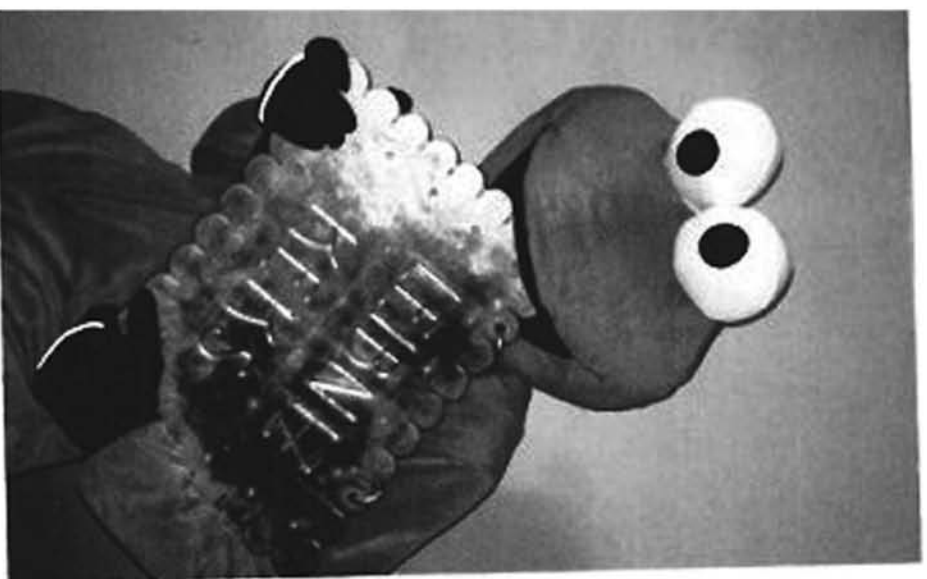
Nadir.org, Oktober 2012

[1] Interface für Law Enforcement bei Facebook: <https://www.facebook.com/records>

autonomes Blättchen



Dokumentation



null Kekse

ich ^{haben} ~~ihre~~ ^{Wollt} ~~ihnen~~ haben. ~~des~~ ^{Wesens}

wollt ~~ihre~~ ^{an} ~~einem~~ ^{Tage} im Februar ~~Allen~~ ^{Kindern} im Krankenhaus ^{BILLT} ^{Kekse}

~~schenken~~. Aber die mit voll Milch. nicht! Die Mit ~~schwarzer~~ Schokolade

und nicht die ohne Schokolade ^{und} ~~denen~~ ^{guten} ^{Kekse} für die ~~Kinder~~ ^{KREBS} ^{Starfon}.

sonst geht ~~das~~ ^{Nicht} [!] und ~~dozu~~ ^{wollt} ^{Ihr} die 1000 Euro

Belohnung an ^{des} ~~tierhe~~ im ⁱⁿ ^{LANGENHAGEN}

Spenden. ~~Also~~ ^{hoffen} ^{tlich} ^{hab} ^t

den ^{hat} ^{so} ^{Lieb} ^{Wie} ^{ich} ^{und} ^{wollt} ^{des} ^{HAUTE}

wirklich ^{Groß} ^{zügig} ^{sein} [!] ^{echt}

und ~~Das~~ ^{ist} ^{ernst} [/] ^{sonst} ^{kommt} ^{der}

~~Zu~~ ^{oskar} ⁱⁿ die ~~Mülltonne~~

~~wirk~~ ^{lich} ^{!!!} ^{wenn} ^{Ihr} ^{das} ^{alles} ^{gemac}

~~Habt~~ ^{SCHREIBE} ^{ICH} ^{wieder} ^{einen} ^{Brief} ^{an} ^{steht}
^{Dann} ^{DRIN} ^{WO} ^{der} ^{Keks} ^{ist}

KrümelMonster